Nr. 253 — Halle (Saale), Dienstag den 28. Oktober 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,85 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 49/48. Fernsprecher 386. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Nonpareillezeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 49/48. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Reform und Revolution.

Folgendes entnehmen wir dem Vorwärts:

Genosse Peus in Dessau hat das alte Problem neu aufgerollt und in seiner bekannten Weise restlos gelöst. Für ihn lautet die Frage: Reform oder Revolution? Genosse Peus antwortet darauf: „Reform, Reform und noch einmal Reform! Fort mit der vom Moderduft einer überwundenen Romantik durchsetzten revolutionären Phrase. Fort mit der gefährlichen „Verherrlichung" früherer Revolutionen, die durch Atte der Gewalt mit einem Ludergeruch behaftet sind." (Genosse Peus spricht in diesem Zusammenhange im geschmackvollen Stile der Kreuzzeitungs-Historiker von den „Septembermördern" der großen französischen Revolution.) Hinein in die Konsumvereine, Baugenossenschaften und in alle auf eine praktische Gegenwartsarbeit eingestellten Organisationen! Unsere Revolution braucht keine Gewalt; nur in der Dauermacht der wirtschaftlichen und politischen Organisationen liegt das Fundament der Freiheit der Zukunft."

Das ist dem Sinne nach der letzte Schluß Peusscher Reformweisheit. Nur schade, daß dies Ergebnis potenzierter Gescheitheit in das, aus Höflichkeit an dieser Stelle nicht mit seinem wahren Namen bezeichnete Gegenteil von Gescheitheit umschlägt.

Denn es kommt nicht darauf an, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob Reform oder Revolution für die kämpfende Arbeiterschaft der richtige Weg sei. In Wirklichkeit muß der Kampf für den Sozialismus mit der Parole: Reform und Revolution durchgefochten werden. Das eine schließt das andere nicht aus. Im Gegenteil: **die dem Klassenstaate abgetrotzten und die von der Arbeiterschaft aus eigener Kraft geschaffenen Reformergebnisse werden und müssen die Kerntruppe der Arbeiterbewegung in den Stand setzen, den letzten und entscheidenden Kampf gegen die um die Erhaltung ihrer Herrschaft ringenden Gewalten des Klassenstaates zu einem siegreichen Ende zu führen.** —

Das Wort von den drei Armeekorps der Arbeiterbewegung ist zur Genüge bekannt. Alles, was diese drei Betätigungsformen, die genossenschaftliche, gewerkschaftliche und politische, bisher geschaffen und geleistet haben und in nächster Zukunft noch leisten werden, ist ein Vormarsch im Reformgelände. Aber für jedes dieser drei Armeekorps wird ein Zeitpunkt kommen, an dem der Vormarsch auf Widerstände stößt, an denen man nicht durch geschicktes Manövrieren vorbeikommt, die vielmehr durch eine scharfe Abwehr- und Angriffstaktik überwunden werden müssen. In einem solchen Falle werden die drei getrennt marschierenden Armeekorps im eigenen Interesse vereint zu schlagen haben.

Die Genossenschaftsbewegung ist gewiß nützlich, um einen möglichst großen Teil der Arbeiterklasse als Konsumenten zu schützen, ihnen den Bezug ihrer Lebensbedürfnisse zu erleichtern und zu verbilligen und dadurch den Kaufwert ihres Lohnes zu erhöhen. Es liegt auch durchaus auf dem Wege dieser notwendigen und segensreichen Reformarbeit, zur Eigenproduktion auf genossenschaftlicher Grundlage überzugehen. Aber all das wird nur Teilarbeit mit Teilerfolgen bleiben können, zu einer Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftsform wird es niemals führen. Selbst wenn die Genossenschaftsbewegung dazu übergehen könnte, eigene Maschinenfabriken für ihre verschiedenen genossenschaftlichen Produktionsbetriebe zu errichten, wie will sie sich in großem Maßstabe in Besitz der erforderlichen Kohlen- und Eisenvorräte setzen? Wie will sie die Macht der Kartelle, Syndikate und der mit diesen versippten Großbanken brechen? Auch eine nach vielen Millionen zählende Konsumvereins-Bewegung kann die Hauptwurzel und den Hauptstamm der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht erschüttern. Ganz abgesehen davon, daß diese Kapitalmächte dank des ihnen zur Verfügung stehenden politischen Einflusses die Gesetzgebung so beeinflussen können, daß die genossenschaftlichen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Deswegen ist die genossenschaftliche Betätigung nicht zwecklos und überflüssig, sie ist aber auch kein Allheilmittel, als das sie neben Peus unter anderen auch der bekannte Professor Staudinger hinstellen möchte. Sie wirkt auf der einen Seite im Sinne einer Reform, indem sie einen Teil der Arbeiterschaft in manchen Gebieten des Konsums vor kapitalistischer Uebervorteilung bewahrt, sie schafft auf der anderen Seite auch die ersten Ansätze einer Regelung des Konsums, die eine der Hauptaufgaben einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sein wird. Aber diese sozialistische Gesellschaftsordnung selbst herbeiführen kann die Genossenschaftsbewegung für sich allein nicht.

Es bleibt schon bei der alten Wahrheit, daß die Sozialisierung der Gesellschaft nur durch den Klassenkampf der Arbeiterschaft bewirkt werden kann. Dieser Kampf gegen die bei aller Konzentration komplizierte Kapitalsmacht und gegen die vielartigen Formen des Klassenstaates ähnelt heute mehr denn je der Vielgestaltigkeit moderner Kriegskunst. Unbeschadet unserer grundsätzlichen Feindschaft gegen Krieg und Militarismus, würden wir es doch für absurd halten, wenn ein moderner Staat seine Wehrkraft ausschließlich auf der Infanterie oder der Artillerie oder irgendeiner anderen Waffe aufbauen wollte. Nein, jede dieser Waffen muß in Verbindung und als Ergänzung mit den anderen Waffen Schlachtenwirkungen erzielen. Und genau so ist es mit dem modernen Klassenkampf. Jede Einseitigkeit, jede ausschließliche Betonung nur eines bestimmten Kampfmittels ist hier vom Uebel; im Zusammenwirken aller Kampfmittel, im Ausnutzen aller Kampfesmöglichkeiten liegt die Gewähr des Erfolges.

Werden die drei Armeekorps der Arbeiterbewegung in dieser Erkenntnis geschult, bleibt in ihnen, trotz getrennten Aufmarsches, eine gemeinsame Marschrichtung, dann werden sie auch die letzten Widerstände, die sich einer Sozialisierung der Wirtschaft und Gesellschaft entgegenstellen, gemeinsam überwinden. Dann waren die Reformleistungen, die sie bis dahin vollbracht haben, die unerläßlichen Vorbedingungen des letzten Entscheidungskampfes. Nicht im Organisieren um der Organisation willen, nicht in der Heranzüchtung kleinbürgerlichen Behagens über diesen oder jenen Reformerfolg, der in den meisten Fällen nicht einmal der Gesamtheit der Arbeiterschaft zugute kommt, liegt die Gewähr der Niederwerfung des kapitalistischen Klassenstaates, sondern in der Verbreitung der Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft durch Reformen zur Revolution kommen wird.

Sie wird dazu kommen und es wird nicht von ihr abhängen, ob es dabei zu Akten der Gewalt kommt. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit hat sich die Arbeiterbewegung bisher auf den Boden der Gesetzlichkeit gestellt, auf dem Reformen möglich sind. Und sie wird diesen Boden nicht verlassen, wenn sie nicht mit offener oder versteckter Gewalt davon verdrängt wird. Werden aber ihre Gegner, die ihre Macht mit den Mitteln der Gewalt stützen, auf die Anwendung dieser ihrer Meinung nach wirksamen Mittel verzichten, wenn die durch Reformen erstarkte Arbeiterbewegung sie von ihren Sitzen aufsagen will? Wer da glaubt, daß die Großbanken und die Großindustriellen, daß die Armee- und Regierungsjunker, daß die Monarchien Deutschlands vor einer viele Millionen zählenden Genossenschafts- oder Gewerkschaftsbewegung oder vor einem Meer von Stimmzetteln **oder auch vor einem Austritt der Massen aus der Landeskirche freiwillig das Feld räumen, der mag meinen, daß die Freiheit der Zukunft ohne gewaltsame Erschütterungen ihren Einzug halten wird. Wer aber diesen Glauben nicht hat, der wird mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die der Arbeiterbewegung feindlichen Mächte zu Maßnahmen der Gewalt greifen werden.** Dann gibt es für die Arbeiterbewegung nur zwei Möglichkeiten: entweder feige zurückzuweichen, dadurch der feindlichen Gewalt noch mehr Offensivlust und Offensivkraft einzuflößen und damit die bisherige Reformarbeit zu gefährden und weitere Reformarbeit zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Oder aber der Gewalt der Herrschenden die Gewalt der Notwehr entgegenzusetzen, einer Notwehr, die mit möglichst wenig Opfern und in möglichst kurzer Zeit den Gegner unschädlich macht.

Klugheit und Energie, gepaart mit der Begeisterung, zur Erhaltung seiner kostbarsten Güter alles einzusetzen, sind die seelischen Voraussetzungen für einen solchen im Bereiche der Möglichkeit liegenden Notwehrkampf. Diese seelischen Voraussetzungen werden aber nicht geschaffen durch eine Verächtlichmachung revolutionärer Volksbewegungen der Vergangenheit. Die sozialistische Wissenschaft „verherrlicht" die Revolutionen nicht um der bloßen Gewaltakte willen. Sie will die historische Bedingtheit der Kämpfe aufdecken und die Lehren, die auch noch für Gegenwart und Zukunft Geltung haben, an den Tag bringen. Das hat mit „revolutionärer Phrase" nicht das mindeste zu tun. Schädlicher aber und gefährlichere Illusionen erweckend als die sogenannte revolutionäre Phrase ist die überspannte reformistische „Klugheit" à la Peus. Und gegen solche auchsozialistischen Anschauungen mit konterrevolutionärem Einschlag heißt es Front machen im Interesse der Arbeiterbewegung.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 27. Oktober 1913.

Luftmilitarismus und Barbarei.

Wie schön haben es sich die Menschen vorgestellt, wenn auch sie einmal fliegen können. Und was ist bis jetzt daraus geworden? Fortschritte freilich, aber begleitet durch eine ununterbrochene Kette von furchtbaren tödlichen Unglücksfällen! Da man die ganze Fliegerei, wie sich freilich von selbst verstand, sofort für den Krieg nutzbar machen wollte, stellen Militärpersonen, vor allem Offiziere, das größte Kontingent zu den Verunglückten. Das ist aber sehr dazu angetan, den Wert von Menschenleben in den Augen der Militaristen noch tiefer sinken zu lassen, als er in ihnen leider schon gesunken ist. Und es ist ferner dazu geeignet, das Volk immer mehr an den Glauben zu gewöhnen, es gehöre nun einmal zum militärischen Dienst, daß er alljährlich Dutzende von Menschenleben fordert. Wie soll denn die Oeffentlichkeit sich noch über einige tödliche Hitzschläge bei den Sommer- und Herbstübungen der Armee aufregen, wenn bei den militärischen Flugübungen das ganze Jahr hindurch eine Reihe von Menschen zugrunde geht? Die Kunst des Fliegens, die, als sie nur in der Phantasie existierte, sich so wunderschön ausnahm, ist darauf und daran, bei der Wiederbarbarisierung der sog. zivilisierten Völker sogar sehr intensiv mitzuhelfen.

Würde nicht bei uns alles dem bewaffneten Frieden dienen müssen, so hätte die Konstruktion der Flugapparte und lenkbaren Luftschiffe viel langsamer vor sich gehen und die Eroberung der Lüfte viel systematischer und ruhiger betrieben werden können. Aber weil der organisierte Massenmord sofort nach den neuen Erfindungen griff, begann sogleich auch ein Wettrennen zwischen den großen Militärstaaten, vor allem zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche. Einer wollte dem anderen auf dem Gebiete des Flugwesens überlegen sein. Die Armeen und die Kriegsmarinen dürften, wenn in ihnen vernünftig verfahren wird, nur Erfindungen verwenden, die ausgereift und erprobt sind. Auf unfertige Erfindungen sollen sie sich schon deswegen nicht einlassen, weil sie dem Volke nach Umständen große Summen kosten, ja ihm ganz unnötige Blutopfer auferlegen. Diese Selbstverständlichkeiten wurden aber bei der Einführung der Flugapparte und Zeppelinschen Lenkballons in die Armee und in die Marine aus den dargelegten Gründen nicht beobachtet. Und nun ist die Bescherung da: Mit den toten Militärpersonen, die allein im Deutschen Reiche durch das Fliegen und die Lenkballons ihr Leben verloren haben, könnte man einen kleinen Friedhof belegen.

Hoffentlich wird der Reichstag sich wenigstens dazu aufraffen, daß er der Anschaffung von Zeppelinschiffen für militärische Zwecke eine Bremse anlegt. Daß sie zum mindesten vorläufig für den Krieg nicht brauchbar sind, kann nicht mehr bezweifelt werden. Im Kriege kann man nur Maschinen brauchen, die auch einen gehörigen Puff aushalten können. Vor allem aber ist der Krieg in der Luft und aus der Luft der Rückfall in eine so fürchterliche Barbarei, daß es ein Segen wäre, wenn die Häufung der Katastrophen ihm Einhalt geböte.

Das Stichwahl-Abkommen in Baden.

Das sozialdemokratische Zentralkomitee in Baden hat in Ausführung des vom Freiburger Parteitage gefaßten Beschlusses mit den Vertretern der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei folgendes Abkommen getroffen:

Die Nationalliberalen und Fortschrittler haben in folgenden Kreisen ihre eigenen Kandidaten zurückzuziehen und für diejenigen der Sozialdemokratie zu stimmen: Lörrach-Stadt, Freiburg II, Bruchsal-Durlach, Schwetzingen, Mannheim-Schwetzingen. In folgenden Kreisen werden die sozialdemokratischen Kandidaten zurückgezogen und die sozialdemokratischen Wähler stimmen für die Kandidaten der liberalen Parteien: Konstanz-Stadt für die Fortschrittliche Volkspartei, Donaueschingen-Engen, Schopfheim-Schönau, Freiburg III, Freiburg-Emmendingen für die Nationalliberalen, Triberg-Wolfach für die Fortschrittliche Volkspartei, Baden-Stadt, Bretten-Bruchsal und Sinsheim für die Nationalliberalen. Außerdem werden in folgenden Kreisen die sozialdemokratischen Kandidaten zurückgezogen: Lahr-Stadt, Karlsruhe IV, Mannheim III, Heidelberg-Stadt. — In Karlsruhe-Land und Mannheim-Weinheim wird der Wahlkampf ausgefochten.

Der Aufruf des Zentralkomitees schließt: „Parteigenossen! Die politische Zukunft unseres Landes und die Ehre unserer Partei stehen auf dem Spiel. Zeigt den übermütig gewordenen Gegnern, daß sie zu früh gejubelt haben. Von eurer bewährten Disziplin und eurer politischen Reife erwarten wir, daß in allen Wahlkreisen das Abkommen treu und gewissenhaft durchgeführt wird. Nur wenn jedermann seine Pflicht tut, wird es gelingen, der konservativ-klerikalen Reaktion in letzter Stunde ein Halt zu gebieten. An die Arbeit!"

Landtagsersatzwahl in Stuttgart-Land.

Bei der durch den Verzug des Genossen Hildenbrand nach Hamburg notwendig gewordenen Ersatzwahl zum württembergischen Landtag blieb das Mandat im Besitze unserer Partei. Gewählt wurde Genosse Redakteur Pflüger mit 5046 Stimmen gegen den Nationalliberalen Stadtpfarrer Lamparter, der 4162 Stimmen erhielt. Bei der vorjährigen allgemeinen Wahl hatte Genosse Hildenbrand 6715, der nationalliberale Kandidat 2460, ein Konservativer 169 Stimmen erhalten. Wie im Vorjahre, so trat auch diesmal wieder die Volkspartei für die nationalliberale Kandidatur ein und entfaltete in der Agitation einen größeren Eifer als die Nationalliberalen selbst. Auch die Konservativen hatten diesmal zugunsten der Nationalliberalen auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Der nationalliberale Kandidat erzielte 1500 Stimmen mehr als im Vorjahre für die bürgerlichen Parteien insgesamt abgegeben wurden und der Sozialdemokratie gingen stark 1000 Stimmen verloren. Die Nationalliberalen hatten ganz ernstlich gehofft, daß ihnen das Mandat zufallen werde, deshalb kamen sie auch auf die Kandidatur des Stadtpfarrers, der an der Spitze der evangelischen Arbeitervereine steht, in der Hoffnung, dadurch Arbeiter zu angeln. Verschiedene Kommerzienräte stellten ihre Automobile zur Verfügung, in denen die evangelischen Arbeitersekretäre von Ort zu Ort eilten. In skrupelloser Weise wurden die württembergischen Parteidifferenzen ausgeschlachtet. Dieser Wahlausgang ist nicht ermutigend. Er zeigt dieselbe Erscheinung des Stimmenrückgangs wie in Baden. Auch hier wird genau zu untersuchen und festzustellen sein, wie in Zukunft die Bewegung wieder aufwärts gebracht werden kann.

Die Stärke der Fraktionen in der Zweiten Kammer ist nunmehr endgültig folgende: Zentrum 25, Bund der Landwirte und Konservative 20, Volkspartei 19, Sozialdemokraten 17, Nationalliberale 11. Die Rechte hat somit 45, die „Linke" 47 Sitze in der Zweiten Kammer.

Konservative „Wahlrechtsfreunde".

Die Konservativen pflegen im Wahlkampfe immer hoch und teuer zu versichern, daß es eine schwere Verleumdung ihrer Partei sei, wenn behauptet werde, sie seien Gegner des Reichstagswahlrechts. Wenn die Wahlen vorüber sind, dann allerdings denken die Konservativen wesentlich anders, so schreibt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131028-14/fragment/page=0001

setzt das Organ des Herrn von Heydebrand, die Schlesische Zeitung:

Wir stehen allerdings auch auf dem Standpunkt, daß das Reichstagswahlrecht ein ausgesprochen klassenfreundliches Wahlrecht ist, und zwar einzig und allein zugunsten der besitzlosen Klasse. Darum das Elend unseres Parlamentarismus und vor allem das Wachstum und die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie. Wir würden uns auch keineswegs scheuen, die Konsequenzen daraus zu ziehen, wenn zur Durchsetzung dieser Forderung irgendwelche Aussicht vorhanden wäre.

Diese Auslassung muß man sich merken, sie kann in kommenden Wahlkämpfen ganz gute Dienste leisten, denn das konservative Organ erklärt hier ausdrücklich, daß die Konservativen dem Reichstagswahlrecht nur deshalb nicht zu Leibe gehen, weil sie im Augenblick nicht die Macht dazu haben. Im selben Moment aber, wo sie die Macht in die Hände bekämen, würden sie nicht zögern, das Reichstagswahlrecht zu Scherben zu schlagen.

Wer terrorisiert?

Angesichts des täglich wütender werdenden Scharfmacher-Geschreis nach neuen verschärften Strafmitteln gegen die Arbeiterbewegung gibt die Frankf. Zeitung, also ein gut kapitalistisches Organ, auf obige Frage eine treffende Antwort. Sie schreibt:

„Seitdem sich in Leipzig der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Landwirte und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband zu einem Bunde der Verteuerer und der Scharfmacher zusammengefunden haben, beherrschten die von diesem Trio wieder ausgegebenen Schlagworte vom „Schutz der nationalen Arbeit" und vom „Schutz der Arbeitswilligen" in wachsendem Umfange die öffentliche politische Diskussion; namentlich mit der Forderung nach einem besseren Schutz der Arbeitswilligen, worunter man in Wirklichkeit eine Fesselung der Arbeitergewerkschaften versteht, glaubt man, politische Geschäfte machen zu können. Die Unternehmer der Schwerindustrie, die seit einiger Zeit auch in größtem Umfange an der Schaffung und Ausbreitung der gelben Gewerkschaften arbeiten, sind hier, unterstützt von der agrarkonservativen Presse, die eigentlichen Rufer im Streite. Daß sie damit ein Feuer anfachen, dessen Flammen einmal ihrem eignen Hause sehr bedenklich nahe kommen können, merken sie nicht. Sie lassen ihre Organe mit immer lauteren Tönen zum Kreuzzug gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie predigen. Und sie stellen sich, als wüßten sie nicht, daß der von den Arbeiterorganisationen ausgeübte Zwang nur eine Teilerscheinung eines viel umfassenderen Problems ist, daß er sein Gegenstück findet in dem Organisationszwange, den die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer in noch viel schärferem Maße auszuüben verstehen. Der Organisationszwang ist in Wirklichkeit jeder nach Marktbeherrschung strebenden wirtschaftlichen Organisation immanent und unentbehrlich; spricht man vom Terrorismus der Gewerkschaften, so muß man noch viel mehr vom Terrorismus der Unternehmerkartelle und der Arbeitgeberverbände sprechen. Das recht deutlich zu betonen, ist im gegenwärtigen Augenblick vielleicht doch nützlich. Denn es mag denen, die jetzt ein neues Schlagwort für reaktionäre Politik gefunden zu haben glauben, eine Warnung sein.

Das ist durchaus richtig und von uns wiederholt scharf betont worden. Daß auch ein unanfechtbar kapitalistisches Organ die Tatsache anerkennt, ist immerhin von Wert. Auch ehrliche Leiter von Unternehmer-Organisationen haben ja schon zugegeben, daß es ohne einen gewissen Zwang beim Organisationswerk nicht abgeht. Wenn die Scharfmacher über den „Terrorismus" bei den Arbeitern schreien, so soll dadurch nur ihr eigener Terrorismus verdeckt werden.

Vom Landrat angeschossen — ein Betriebsunfall.

Die sozialpolitische und Rechtsauffassung eines schlesischen Landrats erfährt eine grelle Beleuchtung durch folgenden Fall, der sich im Kreise Neumarkt zutrug. Während der Jagd schoß der Landrat des Kreises, von Tettenborn, eine auf dem Rübenfelde arbeitende Frau in den rechten Arm, so daß sie arbeitsunfähig wurde. Als Schmerzensgeld und Entschädigung für den Lohnverlust bot ihr ein Mittelsmann — 5 Mark an. Als die Frau das zurückwies und 50 Mk. verlangte, ging ihr folgendes Schreiben des Herrn Landrats zu:

Neumark, den 20. Oktober 1913.

Den Antrag vom 16. d. M. betreffend Ihre Schadenersatzansprüche habe ich an den Kreisausschuß hierselbst abgegeben, da die Ausführung der Jagd einen Bestandteil des landwirtschaftlichen Betriebs bildet, welcher der Unfallversicherung bei der schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft unterliegt. Tettenborn, Kgl. Landrat, Geh. Regierungsrat.

Der unbefangene Leser muß dabei zu der Ansicht kommen, die Frau habe die Jagd ausgeübt oder wenigstens daran teilgenommen und dabei den Unfall erlitten. Das hat aber nur der Herr Landrat getan und er hat den Unfall nicht erlitten. Immerhin, der Kreisausschuß hat die Sache in der Hand und im Kreisausschuß ist der Landrat und vortreffliche Schütze — Vorsitzender.

Eine sozialdemokrat. Steuerinitiative in der Schweiz.

Von dem wichtigen demokratischen Rechte der Gesetzes-Initiative machen unsere Genossen im Kanton Bern Gebrauch, um zu einer notwendigen, sozial gerechten Steuerreform zu kommen.

Am letzten Sonntag beschloß nun der in Bern abgehaltene außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratie des Kantons Bern die Ergreifung der Steuerinitiative in Form eines fertigen Gesetzentwurfs. Den Klein- und Mittelbauern wird darin ein Abzug von 20 Proz. des Schätzungswertes landwirtschaftlichen Kulturlandes bis zu 15 000 Fr. des rohen Grundsteuerkapitals des betreffenden Grundeigentümers und von 10 Prozent bis zu 30 000 Fr. gestattet. Das steuerfreie Existenzminimum wird auf 1000 Fr. erhöht, wozu der Steuerpflichtige für seine Ehefrau und für jedes seiner Kinder unter 18 Jahren sowie für jede vermögenslose, erwerbsunfähige Person, für deren Unterhalt er allein aufkommt, einen Betrag von 100 Fr. zurechnen darf. Weiter sollen Beiträge an Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters- und Lebensversicherungen sowie an Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, jedoch im Maximum 200 Fr., steuerfrei bleiben, desgleichen Rabatte, Skonti und Rückvergütungen bis zu 4 Proz. Die Steuerprogression sieht bei einem Steuersatz von 100 Fr. einen Zuschlag von 5 Proz. bis zu 200 Fr. und von 5 Proz. bis 1800 Fr. Steuersumme vor. Bei dieser Steuerberechnung bleibt die Armensteuer außer Betracht. Genossenschaften sollen für den Teil der zu steuerpflichtigen Rückvergütungen verwandten Summe ihres Einkommens von der Staatssteuer befreit bleiben. Die Steuer soll in jedem Jahre auf einmal oder in Raten einkassiert werden können. Wichtig ist die Einführung der amtlichen Inventarisation in jedem Todesfalle. Sie soll nur dann unterbleiben, wenn aus anderen Gründen ein öffentliches Inventar aufgenommen wird, was von den Erben der Steuerbehörde vorzulegen ist. Mit der obligatorischen amtlichen Inventarisation kommt man an die Quelle der Steuerdefraudation und wird so die ehrliche Versteuerung fördern, wie die Steuereinnahme des Staates erhöhen. Eine wichtige Neuerung bringt die Einführung der Gemeinde-Autonomie in Steuersachen, wodurch die Gemeinden ermächtigt werden, Spezialsteuern einzuführen. Immerhin unterliegen bezügliche Beschlüsse der Genehmigung durch die Kantonsregierung.

Es ist eine bedeutsame Aktion, die da unsere Berner Genossen beschlossen und für die sie zunächst 12 000 Unterschriften von stimmberechtigten Schweizer Bürgern aufzubringen haben. Aber es ist eine volkstümliche Aktion, eine Steuerreform nach sozialpolitischen und nicht plutokratischen Gesichtspunkten, und sie werden daher tatkräftige Unterstützung in den weitesten Volkskreisen finden, so daß das Unternehmen die besten Aussichten auf Erfolg hat.

Deutsches Reich.

— **Neue Millionen für koloniale Eisenbahnbauten.** Zwischen dem Kolonialamt und dem Reichsschatzamt sind, wie die Vossische Zeitung erfährt, Differenzen ausgebrochen, weil das Kolonialamt eine Forderung von 80 Millionen Mark für Eisenbahn- und Bewässerungsarbeiten in den Kolonien gemacht hat, die dem Schatzamt unbequem ist.

— **Die bayerische Königsmacherei.** Schon in den nächsten Tagen wird eine Vorlage der Regierung an den Landtag erwartet, durch die die verfassungsmäßige Möglichkeit geschaffen werden soll, den König Otto abzusetzen und den Prinzregenten Ludwig als König einzusetzen. Zuvor verhandelt man noch mit den am Montag zusammentretenden Reichsräten, die im Dezember v. J. fast einstimmig sich gegen die Königsmacherei erklärt hatten. Man hofft, diesmal die immer noch vorhandenen Widerstände in der Ersten Kammer zu überwinden und wird dann, falls das gelingt, unverzüglich die Königssache nebst der Erhöhung der Zivilliste erledigen.

— **Die polizeilichen Haussuchungen werden immer zahlreicher.** Zwölf Polizeibeamte erschienen am Sonnabend vormittag im Parteisekretariat Breslau-Land, um nach dem Original einer Beschwerde gegen einen Amtsvorsteher zu haussuchen, die dem Landrat in Form einer Abschrift übermittelt worden war. Das Aktenstück wurde nicht gefunden, dagegen wurden mehrere Abschriften beschlagnahmt. Das Vorgehen der Behörde ist natürlich kein Beweis dafür, daß die Beschwerde zu unrecht erfolgte. Aber welches Interesse konnte die Behörde wohl daran haben, den Urheber der Beschwerde persönlich kennen zu lernen?

— **Wieder ein militärischer Aufruhrprozeß.** Vor dem Insterburger Kriegsgericht hatte sich eine Anzahl Musketiere des Infanterieregiments Nr. 44 zu verantworten. Am 3. September waren diese Soldaten während des Manövers in Eichmedien bei Rastenburg auf einem Tanzvergnügen. Um 10 Uhr abends ordnete der Unteroffizier vom Dienst an, sie sollen nach Hause gehen. Die Soldaten weigerten sich nicht nur, sondern sie sollen sich auch gegen den Unteroffizier tätlich vergangen haben. Verurteilt wurde Musketier Bröcker zu zwei Jahren drei Monaten einer Woche, Musketier Jablonsky zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis, Musketier Werner zu 28 Tagen strengen und Musketier Blickert zu zwei Wochen Mittelarrest verurteilt.

Balkan.

Die serbischen Truppen aus Albanien zurückgezogen. Die serbische Regierung gibt amtlich bekannt, daß alle Truppen, die auf albanisches Gebiet übergeschritten waren, nunmehr auf serbisches Gebiet zurückkehrten. Die Vertreter der serbischen Regierung bei den Großmächten sind hiervon verständigt worden mit dem Ersuchen, die Mächte von dieser Truppenzurückziehung in Kenntnis zu setzen.

Ueber die Haltung der serbischen Regierung in dem Konflikte mit Oesterreich schreibt die Norddeutsche Allgem. Ztg. u. a.: Die Leiter der serbischen Politik haben die in ihre Klugheit gesetzte Erwartung nicht enttäuscht. Serbien gibt in der albanischen Grenzfrage der Forderung Oesterreich-Ungarns statt, die sich mit den in London gefaßten und von allen Großmächten aufrechterhaltenen Beschlüssen deckt. — In den türkisch-griechischen Verhandlungen steht die Einigung auch über die letzten, während der abgelaufenen Woche wesentlich geförderten Fragen bevor. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der Pforte und Griechenland wird vor Ende dieser Woche erwartet werden können.

Konstantinopel, 27. Oktober. In Adabasar (Kleinasien) entstand anläßlich des Jubiläums der Einführung des armenischen Alphabets zwischen der Menge, der Polizei und den Truppen ein Handgemenge, wobei ein Soldat getötet und mehrere Polizeibeamte verwundet wurden.

England.

Asquith über die irische Frage. Der englische Premierminister Asquith hielt am Sonnabend in Ladybank (Grafschaft Fife) eine Rede, die im wesentlichen die irische Frage zum Gegenstand hatte. Er führte ungefähr aus: Die Regierung werde sich durch die Androhung gewaltsamen Widerstandes nicht beeinflussen lassen. Wenn das Gesetz, nachdem es Rechtskraft erlangt habe, organisiertem, bewaffnetem Widerstand begegnen sollte, so werde es die Pflicht der Exekutive sein, durch alle notwendigen entsprechenden Maßregeln dem Gesetz Achtung zu verschaffen, aber die eingewurzelten aufrichtigen Ueberzeugungen der Ulsterleute müßten berücksichtigt werden. Die beste Lösung der Frage wäre eine Erledigung in gegenseitiger Uebereinstimmung, eine förmliche Konferenz halte er für unzweckmäßig, aber wenn eine allgemeine Neigung für einen Meinungsaustausch vorhanden wäre, so wäre die Regierung durchaus zur Teilnahme bereit, unter der Voraussetzung, daß in Dublin ein irisches Parlament und eine Exekutive geschaffen und kein dauerndes unüberwindliches Hindernis für die Einheit Irlands errichtet würde.

Ein Schandurteil der Klassenjustiz. Aus London schreibt man uns: Die Verurteilung Caudles, des Lokomotivführers des bei Aisgill verunglückten Expreßzuges, zu acht Wochen Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung hat in ganz Großbritannien einen Sturm der Entrüstung entfacht. Bei diesem Unglück waren bekanntlich 16 Personen ums Leben gekommen. Der Zusammenstoß wurde dadurch verursacht, daß Caudle ein Signal, das die Strecke als besetzt bezeichnete, übersah. Die erste Totenschaujury sprach Caudle mit dem größten Nachdruck jeder Schuld der Fahrlässigkeit frei und machte die Eisenbahngesellschaft verantwortlich, weil sie vorsätzlich minderwertige Kohle benutzte und den Lokomotivführer so überarbeitete, daß er den Signalen nicht die volle Aufmerksamkeit widmen konnte. Die Jury blieb bei diesem Spruche, auch nachdem der Coroner (Totenbeschauer) sie zweimal zur neuerlichen Beratung zurückschickte. Ein zweites Gericht, das in Leeds tagte, sprach Caudle ebenfalls entschieden jeder Schuld frei. Aber ein drittes, das den Todesfall der einzigen verunglückten betitelten Person, des Sir Artur Douglas, in Carlisle vor sich hatte, kam nach den überaus eindringlichen Instruktionen des Coroners zu einem Schuldig gegen Caudle. Als die Sache vor das Assisengericht kam, setzte der Richter Avory alles in Bewegung, um jede Frage der Mitschuld der Eisenbahnverwaltung auszuscheiden, und belehrte die Geschworenen so gründlich, daß sie Caudle der fahrlässigen Tötung für schuldig erklärten, daneben aber eine „starke Empfehlung der Gnade" hinzufügten. Dieser Empfehlung kam der Richter in der Weise nach, daß er den unglücklichen Caudle, der seinen Irrtum mannhaft eingestand, zu acht Wochen Gefängnis verurteilte und das Urteil in geradezu gehässiger Weise begründete. Caudle ist seit 20 Jahren Lokomotivführer, ohne daß ihm je das geringste Versehen zur Last gelegt werden konnte; ja, er besitzt sogar eine Anzahl Medaillen für besonders tüchtigen Dienst. Diesmal war sein Versehen darauf zurückzuführen, daß er und der Heizer infolge der gegen ihren ausdrücklichen Protest gelieferten schlechten Kohle allerlei Scherereien hatten und Caudle gezwungen war, selber die Lokomotive zu ölen. Die Verhandlungen zeigten, daß der Mann, der selber nur durch ein Wunder dem Tode entronnen war, durch die furchtbare moralische Verantwortung ganz zerknirscht war. Aber die Klassenjustiz wirft ihn auch noch wie einen gemeinen Verbrecher ins Gefängnis, während die Eisenbahndirektoren und Aktionäre, deren skrupelloser Dividendenhunger die wirkliche Ursache der Katastrophe war, ohne ein Wort des Tadels ausgehen.

Namentlich die Eisenbahner sind so erbittert, daß in vielen Städten der Ruf nach einem Streik laut geworden ist, und die energische Abwehr der Führer der Eisenbahnergewerkschaft zeigt, daß es wirklich dazu kommen kann, wenn Caudle nicht unverzüglich auf freien Fuß gesetzt wird. Die Regierung wird von allen Seiten mit Protestresolutionen und Petitionen um die Freisetzung Caudles bestürmt. Der Minister des Innern hat nun bekannt gemacht, daß er die Akten der Gerichtssache einverlangt habe, um sie untersuchen zu lassen.

Frankreich.

Eine Rede Jaurès' über nationale Verteidigung. Genosse Jaurès hielt am Sonnabend in einer Versammlung in Limoges eine Rede. Er sprach zunächst in sehr ironischer Weise über die „Reorganisation der radikalen Partei" in Frankreich. Ueber die dreijährige Dienstzeit führte er aus: Anstatt Preußen nachzuahmen, müssen wir das uns verbleibende Mittel der moralischen und nationalen Verteidigung anwenden. Dieses besteht darin, auf jeden Angriffskrieg zu verzichten, und wenn ein Konflikt entstehe, müsse die Schlichtung des Streites einem Schiedsgerichte unterbreitet werden, nachdem vorher alle übrigen Mächte davon verständigt worden sind. Sollte sich der Gegner weigern, der Schlichtung des Konflikts durch ein Schiedsgericht zuzustimmen, so würde ganz Frankreich wie ein Mann gegen ihn aufstehen. Zum Schlusse sagte Jaurès, daß der Sozialismus nicht allein die Aufgabe habe, die Befreiung des Proletariats herbeizuführen, sondern auch dazu berufen sei, Menschlichkeit und Kultur zu verteidigen und zu schützen.

Italien.

Die allgemeinen Wahlen zur Abgeordnetenkammer haben am gestrigen Sonntage in Italien stattgefunden. Ueber ihren Ausfall liegt uns zur Stunde ein Ergebnis noch nicht vor. Die große Bedeutung dieser Wahlen liegt diesmal darin, daß sie sich zum ersten Male unter dem von dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti geschaffenen demokratischen Wahlsystem vollzogen, das man dem italienischen Volke „gnädigst" gewährte, weil es durch seinen während des Tripolis-Raubzuges gezeigten „Patriotismus" den Beweis seiner „politischen Mündigkeit und Reife" erbracht habe. Die Giolittische Wahlreform stellt eine sehr gründliche Verbesserung des früheren beschränkten Wahlrechts dar. Das ergibt sich schon daraus, daß sich unter dem neuen Wahlgesetz allein die Zahl der Wahlberechtigten von 3 319 000 auf 8 600 000 erhöht. Außerdem hat es sowohl die im alten Wahlsystem vorhandenen Vorrechte der reichen Steuerzahler wie auch das höhere Wahlrecht der Gebildeten beseitigt. Auch den Analphabeten — und die zählen in Italien noch nach Millionen! — hat man, sobald sie über 30 Jahre alt sind, das volle Wahlrecht zugestanden. Man erwartete diesmal eine starke Wahlbeteiligung, und es dürften auch an die 5 Millionen Wähler von ihrem Wahlrechte Gebrauch gemacht haben. Die Wahl vollzog sich in 508 Wahlkreisen mit je einem Abgeordneten. Die Abstimmung erfolgte in Wahlbezirken und begann morgens um 8 Uhr. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel, die neben dem Namen des Kandidaten ein Gegenzeichen tragen, das auch das Porträt des Kandidaten sein kann, um den Analphabeten den Wahlzettel kenntlich zu machen. Der Stimmzettel wird in einen amtlichen Umschlag von einheitlichem Typus gelegt, der von der staatlichen Wertpapierfabrik hergestellt wird. Zur Sicherung des Wahlgeheimnisses und zur Verhinderung jeder Art von Betrug sind strenge Vorsichtsmaßregeln getroffen. Das Einstecken des Stimmzettels in den Umschlag erfolgt durch den Wähler in einer besonderen Kabine. Die Wahlurnen zeigten ebenfalls einen einheitlichen Typ, bestehen aus Glas und sind durch einen Metallsaden gegen jedes Erbrechen gesichert. Die Zahl der Kandidaten für die 508 Mandate betrug ungefähr 1300. In einzelnen Wahlkreisen waren bis zu sieben Kandidaten aufgestellt. In 46 Wahlkreisen war nur je ein Kandidat aufgestellt; solche Kandidaten ohne Gegner waren Ministerpräsident Giolitti, der Schatzminister Tedesco, der Justizminister Finocchiaro-Aprile und der frühere Ministerpräsident Luzzatti.

Die sozialistische Partei hat tüchtige Wahlarbeit geleistet. In keinem früheren Wahlkampfe haben die italienischen Genossen, wie dem Vorwärts aus Rom berichtet wird, eine solche Energie, eine solche Unermüdlichkeit und Ausdauer bewiesen, wie in den letzten Wochen. Bis in den kleinsten Ort sind ihre Redner gedrungen. Tag für Tag haben sie Tausende von Versammlungen abgehalten, überall das Programm der Partei und ihre Kritik der gegenwärtigen Zustände zu Worte kommen lassen. Auch da, wo die Uebermacht der Gegner den Kampf von vornherein aussichtslos erscheinen ließ, haben unsere Propagandisten mit Wort und Schrift sich an das Proletariat gewendet, haben gearbeitet, nicht für die Eroberung eines Mandats, sondern für die Aufklärung und Aufrüttelung der Massen.

In nicht weniger als 311 Wahlkreisen hatte die Partei gegen den Block der Ordnungsparteien zu ringen. Als einzige unter allen Parteien vertritt sie ein klarumrissenes Programm und hoffte ohne Wahlbündnisse eine Million proletarischer Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigen zu können. — Die Vorbereitung war auch bei den anderen Parteien intensiv, und das ganze Land sieht mit gespannter Erwartung dem Wahlausfall entgegen. Die Klerikalen legten sich eifrig für die Ordnungskandidaten ins Zeug.

Ob die sozialistische Partei ihren bisherigen Besitzstand von 25 Parlamentssitzen nur behauptet oder ihn vermehrt oder verdoppelt hat — eine beträchtliche Stimmenzunahme dürfte sie bei diesen Wahlen jedenfalls gewonnen haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131028-14/fragment/page=0002

Die Wahlen selbst haben sich ohne wesentliche Störungen vollzogen; nur in Rudo kam es zu Ausschreitungen, bei denen ein 14jähriger Knabe durch Revolverschüsse getötet wurde, und in Castelltermini wurde während stattgefundener Wahlkrawalle der Vater des Deputierten Caccaro tödlich verwundet. Aus Palermo und Castel Votrano werden ebenfalls Wahlunruhen gemeldet, bei denen vor allem der Revolver eine Rolle spielte. Es wurden mehrere Personen durch Revolverschüsse verwundet.

Das Wahlergebnis ist erst zum Teil bekannt. Bis Montag, morgens 2 Uhr, lagen erst die Ergebnisse aus 69 Wahlkreisen vor. In diesen sind 38 Ministerielle, 7 verfassungstreue Oppositionelle, 2 ministerielle Radikale, 1 Katholik, 4 Republikaner, 8 oppositionelle Sozialisten und 3 reformierte Sozialisten gewählt worden. Die Minister Giolitti, Pedesco und Sacchi sind wiedergewählt worden. Stichwahlen sind bis jetzt in sechs Wahlkreisen notwendig; die Stichwahlen sollen am 2. November vorgenommen werden.

Spanien.

Rücktritt des Ministeriums Romanones. Spanien hat wieder seine Ministerkrise. Der Senat hat am Sonnabend eine Tagesordnung, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, mit 106 gegen 101 Stimmen abgelehnt. Der Ministerpräsident Romanones hat darauf dem König die Demission des Gesamtministeriums unterbreitet. Die Krisis ist hauptsächlich durch die Haltung der liberalen Dissidenten unter Garcia Prieto, dem früheren Außenminister, herbeigeführt worden.

Romanones richtet an die Blätter einen längeren Brief, in dem er die Lage auseinandersetzt und sagt, daß bei der Abstimmung der Vertrauensfrage die Konservativen mit den dissidenten Liberalen einig gingen und dadurch die Regierung mit drei Stimmen unterlegen sei. Trotz dieser kleinen Minderheit glaubte aber das Kabinett gut zu tun, seine Demission dem König anzubieten. Es ist unzweifelhaft, daß diese Lage nur durch die Zwistigkeiten in der liberalen Partei entstanden ist, und daß dieses auch der einzige Grund ist, warum die Kammer arbeitsunfähig war. Er knüpft an seine Ausführungen den Wunsch, daß die liberale Partei bis zum Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode bleiben möge, glaubt jedoch nicht, daß es möglich sei, eine Einigung der Liberalen herbeizuführen. — Die Folge davon wird wahrscheinlich ein konservatives Ministerium sein.

Der König hat Maura mit der Bildung des Kabinetts betraut, dieser lehnte aber ab. Maura riet dem König, den früheren konservativen Präsidenten der Kammer, Dato, mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Dato nahm an, behielt sich aber Bedenkzeit bis Montag mittag vor.

Die linksstehenden Blätter betonen die Notwendigkeit der Beibehaltung einer liberalen Politik. Eine Rückkehr Mauras zur Regierung würde eine Revolution hervorrufen.

Mexiko.

Die Präsidentenwahlkomödie hat sich am gestrigen Sonntage abgespielt. Wie „gewählt" wurde, das geht schon zur Genüge aus der Meldung hervor, wonach alle Beamten „Befehl" erhielten, für Huerta als Präsidenten und für General Blanchez als Vizepräsident zu stimmen. Wenn man nun noch hinzufügt, daß der Korrespondent desselben Blattes aus Juarez mitteilt, daß alle Truppen für Huerta stimmen müssen, so braucht man wirklich nicht mehr zu zweifeln, ob Huerta „ehrlich" war, als er die Mitteilung machte, daß er für die Präsidentenwahl „nicht kandidieren" werde. — Die Huertasche Gewaltpolitik äußert sich weiter in der Verhaftung von Gegnern seiner Politik. Der Vetter des früheren Präsidenten Manuel Madero wurde in Saltillo verhaftet unter der Anklage, an dem letzthin entdeckten Komplott teilgenommen zu haben. Weiter verlautet, daß die beiden Brüder Maderos, die ebenfalls verhaftet sind, nach Veracruz gebracht werden, um dort vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.

Monterey von den Aufständischen erobert. Nach in Brownsville (Texas) eingelaufenen Depeschen scheint sich die Stadt Monterey den Rebellen ergeben zu haben, nachdem dort ein verzweifelter Straßenkampf stattgefunden hatte. Bundestruppen, die zum Entsatz herbeieilen wollten, wurden nach heftigem Kampfe von den Rebellen geschlagen.

Gewerkschaftliches.

Eine christliche Legende.

Eine der am meisten gebrauchten Behauptungen in der christlichen Gewerkschaftsagitation ist die, daß dort, wo die christlichen Gewerkschaften dominieren, die Löhne durchgängig höher seien als dort, wo die freien Verbände ihre Kerntruppen haben. Aber verlogen wie die christliche Agitation ist auch die Behauptung von den hohen Löhnen in den christlichen Domänen. Es soll das bewiesen werden in der Darlegung die Lohnverhältnisse der Textilindustrie. Die christlichen Agitatoren stützen sich bei ihren Behauptungen auf die Ergebnisse der Rechnungsübersichten in den Berufsgenossenschaften der Textilindustrie. Nun sind die Löhne nach diesen Angaben allerdings in den verschiedenen Distrikten des Reiches sehr unterschiedlich. Die rheinisch-westfälische Textil-Berufsgenossenschaft verzeichnete im Jahre 1911 einen Verdienst von 927 Mk. pro Kopf. Damit stand sie an der Spitze aller Textilberufsgenossenschaften. Nach ihr folgte die norddeutsche Textilberufsgenossenschaft mit 863 Mk., die sächsische mit 791 Mk., die elsässische mit 778 Mk., die süddeutsche mit 714 Mk. und die schlesische mit 627 Mk.

In Rheinland-Westfalen dominiert der christliche Textilarbeiterverband; es könnte demnach scheinen, als ob tatsächlich in den christlichen Domänen die Löhne durchweg alle übrigen im Reich überragen. Daß das nicht der Fall ist, wird sofort klar, wenn man die Löhne der rheinisch-westfälischen Textil-Berufsgenossenschaft getrennt nach Sektionen betrachtet. Danach betragen pro Kopf die Löhne in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie: in Sektion Barmen 1101,10 Mk., Elberfeld 1010,50 Mk., M.-Gladbach 897,20 Mark, Düsseldorf 884,30 Mk., Lennep 864,40 Mk., Aachen 860,90 Mk., Münster 830,60 Mk.

Hier zeigt sich, daß die beiden Hochburgen der Zentrumsgewerkschaften, Aachen und das Münsterland, weit hinter den von den freien Gewerkschaften beherrschten Barmen, Elberfeld, Düsseldorf usw. stehen. Die Löhne in Aachen und Münster, diese beiden christlichen Domänen, stehen aber auch nur wenig über den Löhnen in Sachsen. Wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, die schlechtentlohnte sächsische Oberlausitz von dem übrigen Sachsen zu trennen, würde dieser Vorsprung sofort verschwinden.

Bei Betrachtung der Arbeiterlöhne in den verschiedenen Distrikten ist jedoch ihre geschichtliche Entwicklung mit zu berücksichtigen. Die linksrheinische Entwicklung der Textilindustrie wurde außerordentlich befruchtet durch die Einverleibung in die französische Republik im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts. Die Nachfrage nach Arbeitern daselbst und damit der Lohn stieg. Umgekehrt wurde die Entwicklung des übrigen Deutschland gehemmt durch die Aufrichtung hoher Zollmauern um Frankreich und zum Teil durch die Kontinentalsperre.

Noch besser wird der Rückstand der christlichen Domänen gekennzeichnet, wenn man die prozentuale Steigerung der Löhne ins Auge fasst. Prozentual sind die Löhne nach den Ergebnissen der Textilberufsgenossenschaften gestiegen seit dem Jahre 1888:

in Sachsen	von 515 Mk.	auf 791 Mk	= 53	Proz.
„ Norddeutschland . .	„ 546 „	„ 863 „	= 58	„
„ Schlesien	„ 415 „	„ 627 „	= 50	„
„ Rheinland-Westfalen	„ 648 „	„ 927 „	= 43	„

In Elsaß und in Süddeutschland stiegen die Löhne nur um 32 resp. 29 Proz. Das christliche Rheinland steht also in der Steigerung zurück hinter Sachsen und Norddeutschland, wo die freien Gewerkschaften erfolgreich arbeiteten.

Werftarbeiterstreik und Aussperrung in Geestemünde.

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet:

Auf der Werft Joh. C. Tedlenborg, Aktiengesellschaft in Geestemünde, sind, wie die Weserzeitung berichtet, die Nieter und Bohrer, im ganzen 250 Mann, vor einigen Tagen in den Streik getreten. Deshalb sieht sich die Werft nicht mehr in der Lage, ihren Betrieb noch weiter voll aufrechtzuerhalten. Infolgedessen wurden nach vorausgegangener Kündigung etwa 500 Arbeiter am letzten Sonnabend entlassen.

Nähere Nachrichten von gewerkschaftlicher Seite fehlen noch.

Schroffe Maßregelung von Angestellten der Deutschen Bank.

Nach der am 9. Oktober 1913 stattgefundenen Versammlung von über 1400 Beamten der Deutschen Bank hat sich die Direktion zu einer Maßnahme hinreißen lassen, die geeignet ist, große Erbitterung in den Kreisen der gesamten Angestellten hervorzurufen. Der Sprecher jener Versammlung, Herr Baron, der als Obmann einer dreigliedrigen Kommission die von der Versammlung einstimmig gefaßte Resolution um Gewährung einer Teuerungszulage bezw. Gehaltsregulierung der Direktion übermitteln sollte, blieb auf seine Bitte um Bestimmung eines Termins zur Erledigung des ihm gewordenen Auftrages durch die Direktion acht Tage lang ohne jede Antwort. Am Vormittag des 17. Oktober hat er in einem zweiten Schreiben die Direktion nochmals um Festsetzung eines Termins zum Empfang der Kommission. Am Nachmittage des gleichen Tages empfing er seine Kündigung.

Einige Tage später wurde die Kommission nun doch empfangen. Die Forderungen der Angestellten wurden abgelehnt. Die Annahme der Resolution verweigerte die Direktion mit dem Bemerken, sie sei es nicht gewohnt, mit ihren Beamten schriftlich zu verkehren.

Nachdem Herr Baron am 23. Oktober nochmals in der Angelegenheit vorstellig geworden war, erhielt er die schriftliche Aufforderung, unverzüglich die Bank zu verlassen. Die Berliner Bankbeamten sind über das Vorgehen der Deutschen Bank entrüstet, umsomehr, als auch andere Banken Teuerungszulagen abgelehnt haben und dabei den Abordnungen der Beamten z. T. in ungeziemender Weise entgegengetreten sind. In einer großen Kundgebung wollen die Berliner Bankangestellten am Donnerstag, den 30. Oktober, zu diesen Vorgängen Stellung nehmen.

Streik in den Rheinischen Glashüttenwerken in Köln-Ehrenfeld.

Die Direktion des genannten Wertes verlangte, daß die Glasschleifer jeden Tag 45 Minuten länger arbeiten sollten. Dafür sollte nachmittags noch eine Pause von 15 Minuten eingelegt werden, so daß die Arbeitszeit um eine volle Stunde verlängert wurde. Gegen diese Verlängerung haben die Glasarbeiter Stellung genommen und die Kündigung eingereicht. — Die eingeleiteten Verhandlungen haben zu keinem befriedigenden Resultat geführt, weil die Firma auf ihrem Standpunkt beharrte. Die Glasarbeiter haben deshalb am 23. Oktober die Arbeit eingestellt.

Es werden alle Glasarbeiter ersucht, die Rheinischen Glashüttenwerke in Köln-Ehrenfeld zu meiden. Die Firma dürfte sich vornehmlich nach Holland und Belgien um Streikbrecher wenden.

Soziales.

Der Kampf der Aerzte gegen die Krankenkassen.

In Berlin fand am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung von Aerzten und Aerztinnen ein vom Deutschen Aerzteverein einberufener außerordentlicher deutscher Aerztetag statt, um zu den Streitigkeiten zwischen den Aerzten und den Krankenkassenvorständen Stellung zu nehmen. Es waren 458 Delegierte von 387 Aerztevereinen, die 21 207 Stimmen vertraten, aus allen Teilen des Reiches einschließlich Elsaß-Lothringen anwesend. Es gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, gegen welche von den vertretenen 21 207 Stimmen nur 164 stimmten. Sie besagt im wesentlichen:

Der außerordentliche Deutsche Aerztetag macht es jedem einzelnen Arzt und jeder ärztlichen Vertretung zur Pflicht, von jetzt ab mit keiner Krankenkasse einen Vertrag abzuschließen und die kassenärztliche Versorgung aller früheren wie auch neu hinzutretenden Versicherten unbedingt abzulehnen. Die Kranken werden die Hilfe ihres Arztes nach wie vor finden, uneingeschränkt, nur ohne die Einmischung einer Kassenverwaltung. Den Krankenkassen kann unter der Voraussetzung der Unerfüllbarkeit der ärztlichen Forderungen von ihren Aufsichtsbehörden das Recht verliehen werden, den Versicherten an Stelle der freien ärztlichen Behandlung eine Barentschädigung zu gewähren. Die Resolution schließt: Wenn bei alledem der Gedanke der sozialen Versicherung und der Krankenkassenversicherung selbst Schaden erleidet und vielleicht die Selbstverwaltung der Versicherungsträger in Gefahr gerät, so haben die Führer der Kassenverbände durch ihr kaltes Zurückweisen der ihnen gebotenen Friedenshand die Verantwortung allein zu tragen.

Nach unserer Ansicht werden Dutzende solcher Resolutionen die Aerztevereine nicht von der Schuld, den neuen Streit veranlaßt zu haben, befreien. Vielmehr läßt diese Resolution mit dem Hinweis auf die Schädigung des Gedankens der Sozialversicherung und der Selbstverwaltung erkennen, wohin die Fahrt der Aerztevereine geht. Daß das Vertrauen zu den Aerzten durch solche Drohungen steigt, ist sehr zweifelhaft.

Herbst-Kontrollversammlungen

im Kreise Querfurt.

Zur Herbstkontrollversammlung haben zu erscheinen: Die Reservisten einschl. Dispositionsurlauber und die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften, sowie die dauernd Halbinvaliden und die dauernd nur garnisondienstfähigen Militär-Rentempfänger, mit ihrer Jahresklasse und Waffe. Welcher Jahresklasse jeder einzelne angehört, ist auf dem Deckel des Militärpasses zu ersehen. Verspätetes Erscheinen zu einer Kontrollversammlung oder unentschuldigtes Ausbleiben hat Strafe zur Folge. Bei den Kontrollversammlungen werden die Kriegsbeorderungen und Paßnotizen geprüft.

Goseck im Kochs Garten, 1. November, nachm. 1/2 3 Uhr, für die Ortschaften: Dobichau, Eulau mit Gut, Goseck mit Gut, Markröblitz mit Gut, Pödelitz mit Forsthaus.

Roßbach bei Weißenfels im Elsteschen Gasthofe, 3. November, vorm. 8 1/2 Uhr, für die Ortschaften: Almsdorf, Bedra mit Pedendorf, Braunsdorf, Geiß, Beika, Lunstädt, Nahlendorf, Neustädt mit Luftschiff, Roßbach, Schortau.

Crumpa im Gemeindegasthause, 3. November, vorm. 11 Uhr, für die Ortschaften: Crumpa mit Gut, Geißelröblitz mit Gut, Großendorf, Lützkendorf, Kämmeritz, Neumark, Wernsdorf, Züschdorf.

Mücheln im Schützenhause, 3. November, nachm. 1 1/2 Uhr, für die Ortschaften: Branderoda mit Gut, Möckerling, Niedereichstädt, Obereichstädt, Oberwünsch mit Gut, Oechlitz mit Gut, Schmirma, Eptingen, Gehüfte, Mücheln, St. Micheln, Stöbnitz mit Gut, St. Ulrich mit Gut, Wenden, Zöbigker mit Gut, Zorbau.

Querfurt im Bahnhofs-Hotel, 4. November, vorm. 11 Uhr, für die Ortschaften: Barnstädt, Döcklitz, Gohrendorf, Göhritz, Kuckenburg, Leimbach, Lodersleben, Nemsdorf, Obhausen-Johannis, -Nicolai, -Petri, Weidenbach, Querfurt mit Schloß, Thaldorf mit Weidenthal.

Oberfarnstedt im Rauscheschen Gasthof, 4. November, nachm. 2 Uhr, für die Ortschaften: Gatterstädt, Großosterhausen, Kleinosterhausen, Oberfarnstädt, Rothenschirmbach mit Bischofsroda, Sittichenbach, Unterfarnstädt, Bergfarnstädt.

Gatzendorf im Gasthofe zur Unstrutbrücke, 5. November, vorm. 8 3/4 Uhr, für die Ortschaften: Alberstroda, Gatzendorf, Carsdorf, Jüdendorf, Schnellroda, Steigra, Wennungen, Wetzendorf.

Nebra im Ratskeller, 5. November, vorm. 10 1/2 Uhr, für die Ortschaften: Altenroda, Großwangen, Kleinwangen, Nebra, Wippach, Gutsbezirk Nebra mit Birkigt.

Liederstedt im Möglingschen Gasthofe, 5. November, mittags 12 1/4 Uhr, für die Ortschaften: Gölbitz, Grockstädt, Zingst, Kleineichstädt, Liederstädt, Niederschmon, Oberschmon, Pretitz, Reinsdorf, Spielberg, Vitzenburg, Weißenschirmbach.

Laucha im Schützenhause, 6. November, vorm. 8 1/2 Uhr, für die Ortschaften: Burgscheidungen, Dorndorf, Gleina, Golzen, Kirchscheidungen, Laucha a. U., Münckeroda, Plötnitz, Thalwinkel, Tröbsdorf, Weischütz, Hirschroda.

Freyburg im Schützenhause, 7. November, vorm. 9 1/2 Uhr, für die Ortschaften: Balgstädt, Baumersroda, Ebersroda, Freyburg mit Schloß, Großnitz, Großwilsdorf, Nißmitz, Schlebsroda, Städten, Reuckfeld, Zscheiplitz.

Roßleben im Weißen Hirsch, 13. November, vorm. 9 1/2 Uhr, für die Ortschaften: Bottendorf, Eßmannsdorf, Roßleben, Schönewerda, Wendelstein, Ziegelroda.

Versammlungsberichte.

Fabrikarbeiter. Am 18. Oktober tagte im Volkspark unsere Generalversammlung. Aus dem Bericht des Agitationsleiters geht hervor, daß im letzten Quartal stattgefunden haben: Generalversammlung 1, Mitgliederversammlungen 5, Bezirksversammlungen 3, Betriebsbesprechungen 39, Vorstandssitzungen 5, kombinierte Sitzungen 2, Sitzungen mit Vertrauensleuten 32; für Lohnbewegungen und Streiks machten sich 8 Sitzungen notwendig. An Unternehmer wurden 14 Eingaben gemacht. Anschließend daran gab der Kassierer seinen Bericht. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse schließt mit 16 826,35 Mk. ab. An die Verbandskasse sind 6002,77 Mk. gesandt. An 87 arbeitslose Kollegen wurden 1265,30 Mk., an 278 Kranke 4087,15 Mk. gezahlt. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt 18 148,89 Mk., die Ausgabe 5996,47 Mk., so daß ein Bestand von 12 152,42 Mk. verbleibt. Mitglieder haben wir am Schlusse des 3. Quartals 3062, davon sind 104 weibliche. Den Geschäftsführern wurde Entlastung erteilt. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, dem neu errichteten Jugendheim zur Ausschmückung ein zweckentsprechendes Geschenk zum Preise von ungefähr 20 Mk. zu übermitteln. Beschlossen wurde ferner, daß die Präsenzliste in der Generalversammlung nicht mehr festgestellt wird. Folgender Resolution wurde dann noch zugestimmt: Die am 18. Oktober 1913 im Volkspark tagende Generalversammlung macht es den Distriktsführern zur Pflicht, in allen kombinierten Sitzungen und Generalversammlungen zu erscheinen oder im Behinderungsfalle bestimmt einen Stellvertreter zu entsenden. Nachdem wurde noch auf die vom Bildungsausschuß arrangierten Vorträge, welche Sonntags abgehalten werden, hingewiesen. Dann erfolgte Schluß der Versammlung. (Eingegangen am 27. Oktober.

*

An die Schriftführer der Gewerkschaften richtet die Redaktion wiederholt das dringende Ersuchen, ihr Versammlungsberichte umgehend zukommen zu lassen. Für schleunigste Veröffentlichung soll dann Sorge getragen werden.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig; für Ausland, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock; für Gewerkschaftliches, Stadtverordnetenwahl und Sozialdemokratie und Kirche Wilhelm Koenen; für Lokales Otto Kilian; für Aus der Provinz Gottlieb Kasparet; für die Anzeigen Wilhelm Herzig; Verleger Alfred Zähnig; sämtlich in Halle. — Druck der Hall. Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.).

Left die Arbeiter-Jugend!

Bestellungen nimmt entgegen Frau Marie Schmidt, Wilhelmstraße 7.

Für Erwachsene ist Kufeke in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die bestgeeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte Krankenkost. *2138

TADELLOS ist die Jasmatzi-Dubec M/G 2 1/2 Pfg. M/M CIGARETTE Nur echt in der ges. gesch. Packung mit dem Tabakblatt GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN Grösste Deutsche Cigarettenfabrik *2126

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191310 28-14/fragment/page=0003

Allg. Konsumverein Halle u. Umg.

Zur Eindeckung des Winterbedarfs empfehlen wir unseren verehrten Mitgliedern:

Kartoffeln { Magnum bonum / Up to date / Industrie } à Zentner 2.40 Mk. ab Lager, „ „ 2.50 „ frei Haus.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir keine altmärker, sondern nur thüringer und mecklenburger Ware führen. — Bestellungen bitten umgehend in unseren Verkaufsstellen und auf dem Lager abgeben zu wollen. 4490

Der Vorstand.

Walhalla-Theater

Anfang 8 Uhr.

Letzte 4 Tage! 4494

Eine Verlängerung des Gastspieles unmöglich.

„Die Kino-Königin“

Operette in 8 Akten von Georg Okonkowsky u. Julius Freund, Musik von Jean Gilbert.

Hauptschlager: Ach Amalia; Jupplaia-Duett;

Liebliche kleine Dingerchen!

In der Nacht, in der Nacht, wenn die Liebe erwacht!

Oeffentlicher Vortrag.

Dienstag den 28. d. Mts., abends ½9 Uhr,

findet im Saale des Neumarkt-Schützenhauses ein

Vortrag über Einkommensteuer, Wehrbeitrag und Besitzsteuer statt.

Referent: Herr **Holthaus** von der Treuhand-Revisions-Gesellschaft a. Essen.

Alle Interessenten sind hierdurch eingeladen. 4886

Rabatt-Spar-Verein (E. V.).

Apollo-Theater.

!! Nur noch 5 Tage !!

8.10 Uhr: „Die Krampfsache“, Schwank i. 1 Akt v. O. Härtig, mit **Vera Forst** und **Robert von Valberg** in den Hauptrollen.

9 Uhr: Der einzige Film der ganzen Welt von kulturhistor. Werte:

„Die letzten Tage von Pompeji“ 4421

in 1 Vorspiel u. 6 Akten, m. d. grandiosen Naturschauspiel

Der Ausbruch des Vesuv.

PASSAGE-THEATER

Halle (Saale) Lichtspielhaus Leipzigerstr. 88

Ab Montag den 27. Oktober cr.:

Programm-Wechsel.

Das mit so ausserordentlichem Beifall aufgenommene und zugleich gewaltigste und prächtigste Filmgemälde der Gegenwart:

„Cleopatra“

„die Herrin des Nils“

sowie die ausserordentliche Aufnahme der

„Völkerschlacht-Denkmal-Einweihung“

bleiben dem Programm beibehalten.

Das übrige Programm ist neu!

Beginn der Vorführungen: Präzise 4 Uhr.

4427 **Die Direktion.**

Kindermilch a Liter 30 Pfg.

Verschluss mit grünem Aufdruck.

Vorzugs-Vollmilch in Flaschen a Ltr. 24 Pf. Verschluss mit schwz. Aufdr.

H. M. ½ L.

Wir bemerken noch, dass die Milch nur von Kühen stammt, welche sämtlich tierärztlich untersucht und frei von gefährlichen Formen der Tuberkulose ermittelt sind. Die Rindviehbestände sind dem von dem Bakteriologischen Institut der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen durchgeführten, staatlich anerkannten Tuberkulosetilgungsverfahren unterstellt und stehen unter dauernder Kontrolle desselben.

Der neue, ges. geschützte **Verschluss,** welchen sämtl. Flaschen tragen, ½ u. 1/1 Ltr., **lässt ein Verstauben u. Fälschen der Milch nicht zu.**

Flaschen mit beschädigten Verschlüssen bitten wir zurückzuweisen. *2129

Telephon 374. **Hallesche Molkerei,** Glauchaerstrasse.

Ein Kind frei Mittw. u. Sonnab. 2½-4½

Kaiser-Panorama Gr. Ulrichstr. 4/5. 4426 Jungfrau-Bahn.

Stadttheater Halle (S.)

Fernruf 1181.

Direktion: Geh. Hofrat Richards.

Dienstag den 28. Oktober 1913: 53. Vorst. im Abonn. 1. Viert. Gastspiel Dorelaise Meiting. Zum letzten Male:

Der Troubadour.

Oper in 4 Akten von G. Verdi.

Kassenöffnung 7, Anfang 7½ Uhr, Ende 10¼ Uhr.

Mittwoch d. 29. Oktober 1913: 54. Vorst. im Abonn. 2. Viert. Zum letzten Male

Carmen,

Oper in 4 Akten v. Georges Bizet.

Lederhandlung Brüdersirasse 13

Carl Friedrich Nachf.

Lederausschnitt u. Schuhmacherartikel. *2075

Die Polizei hat mir mein Firmenschild abgemacht.

Ich bitte meine werte Kundschaft, zu beachten, daß sich meine Filiale **Mansfelderstr. 62** befindet, in dem Laden ohne Firmenschild.

Hochachtend

Max Fricke, Pantoffelfabrik, *4417

Trothaerstr. 69. Telephon 1879.

Verein f. Naturheilkunde Halle-Nord (E.V.).

Dienstag den 28. Oktober 1913, abends 8½ Uhr, im „Burgtheater“, Gr. Gosenstr. 12: 4415

Vortrag durch Zahnarzt Barbe über: „Zahn- und Mundkrankheiten und Zahnpflege“.

Alle Mitglieder nebst Angehörigen, sowie Gäste sind hierzu eingeladen. **Der Vorstand.**

Restaurant Hugo Haase,

Mansfelderstr. 11. Mansfelderstr. 11.

Dienstag den 28. Oktober cr.

Grosses Schlachtefest.

Hierzu ladet freundlichst ein 4416

Hugo Haase.

Gute preiswerte Schriften

statt **1 Mk.** jetzt **60 Pf.**

Jugendgeschichte einer Arbeiterin von **Adelheid Popp** mit einem Geleitwort von **August Bebel.**

Erlebnisse eines Hamburger Dienstmädchens. Von **Doris Viersbeck.**

Erinnerungen ein. Waisenknaben Mit Vorwort von Professor Dr. **Aug. Forel.**

Ich suche meine Mutter. Jugendgeschichte e. Findelkindes von **Max Winter.**

Preis jedes Bandes **60 Pfg.** statt 1.00 Mark.

Zu beziehen durch

Volksbuchhandlung Halle a. S., Harz 42/44.

Wasch-Gefässe,

dauerhaft und billig, Lagerbestand über 600 Stück. — Transport frei Haus. —

Badewannen von 3 Mk. an, **Waschwannen** von 5 Mk. an, **Brühfässer** m. Deckel v. 4 Mk. an, **Schöpffässer,** Stück 60, 75, 90 Pf.

Böttcherei Schülershof I, 18 dicht am Markt.

— Gegründet 1883. —

Nordsee

Deutschlands größter Seefischhandel.

Grosse Ulrichstr. 58.

Niederlage: **Grosse Brunnenstrasse 65.**

Telephon 3783 und 1275.

Dienstag

billige Seefische

Grüne Heringe	Pfd.	19 ₰
Goldbarsch	Pfund	
Kabeljau	ohne Kopf Pfund	23 ₰
Schellfisch	ohne Kopf Pfund	28 ₰
Bratschollen	Pfund	28 ₰
Schellfisch	1-1½ pfünd. Pfund	28 ₰

Alle **anderen Seefische billigst.** 4428

Neue Vollheringe St. 5 ₰

Spezial-Damen-Frisier-Salon

Ferdinand Dahm, Damen-Friseur, Halle (S.), Kl. Ulrichstr. 31.

10 sep. Gabinen. *2078

Kopfwäsche mit Frisur **1 Mk.**

Mod. Frisur 50 Pfg.

Zöpfe von **2** Mk. an.

Sangerhausen.

Geschäfts-Uebernahme!

Den geehrten Einwohnern von Sangerhausen u. Umg. erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich die

Restauration mit Schlächterei

Sackgasse Nr. 8 (vormals Karl Knoche)

käuflich erworben habe.

Ich bitte, das meinem Vorgänger bewiesene Vertrauen auch mir schenken zu wollen, da ich bestrebt sein werde, für prompte Bedienung sowie für **gute Speisen** und **Getränke** Sorge tragen zu wollen.

Um gütigen Zuspruch bittet

Hochachtungsvoll **Paul Krüger.**

Sangerhausen, 27. Oktober 1913. *2124

Pa. Speise-Kartoffeln

à Zentner Mk. 2,30 verkauft

Otto Just, Ludwig Wuchererstr. 45 Telephon 8149. *2122

Zollstäbe

4425

mit guter Feder nur 30 Pfg.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Kimbeersaft

mit feinst. Raffinade eingekocht, per Pfund 50 ₰, bei 5 Pfund per Pfund 45 ₰ empfiehlt

Carl Booch, Breitestraße 1 u. Markt, Roter Turm. 3879

Michel

Michel—Brikets

anerkannt beste Marke.

Jahresproduktion 100 000 Waggons

Zu haben beim *1934

Halleschen Kohlen- und Brikett-Kontor

Merseburgerstrasse, Ecke Schmiedestr. — Tel. 3939 —

u. **Allgemeinen Konsumverein** und dessen Filialen.

✚ Frauen! ✚

Bei Störung, u. Unregelmäßigkeit wenden sich vertrauensvoll an Frau **F. Brune,** Oberhausen (Rhld.) Friedenstr. 14. *11

Auskunft kostenlos.

Parteischriften

empfiehlt Volksbuchhandlg.

Plüschsofa

wenig gebraucht, Schreibtisch, Tisch, Waschtisch, Bettstelle, gutes Gebett Federbetten nur 18 Mk., Nähmaschine spottbillig zu verkaufen 4418

Geiststrasse 21, 2 Tr., links.

Morgen, Dienstag: 2507 **Schlachtefest.**

M. Feisch, Merseburgerstr. 53, Loeffs Hof. Fernruf 4480.

Morgen u. jed. Dienstag 16 **Schlachtefest.**

Joh. Fischer, Große Gosenstraße 30.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst. *9 **Zander,** Gr. Klausstraße 12.

Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Pfefferminztee „Minzin“, vorzüglich für den Abendtisch, überall erhältlich, à Paket 10 Pf. 1836

Tafel- 10 ℔ Kolli fr. Nachn. Mk. 9.50
Butter: Blumenhonig „ 9.00
Zur Probe ½ Butter, ½ Honig „ 7.75
*2037] Epstein, Tluste 15, Oesterreich.

Groß. Federbett 9 ℳ, Kissen 3 ℳ z. vkf. Albrechtstr. 16 II. 3913

Arbeitsmarkt

Tüchtiger *2130

Elektromonteur

für Haus-Installation im Saalkreis-Bitterfeld sofort in dauernde Stellung gesucht.

Rob. Kreissler Nchf., Zörbig.

Wohnungs-Anzeigen

Schlafst. f. anst. H. z. verm. Dal. Mittagstisch. Friedrichstr. 6. 3759

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131028-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 253 — Halle (Saale), Dienstag den 28. Oktober 1913 — 24. Jahrg.

Pflicht- oder Ersatzkasse.

Die Reichsversicherungsordnung hat bekanntlich den Kreis der versicherungspflichtigen Personen weiter ausgedehnt. Da die Bestimmungen über die Krankenversicherung mit dem 1. Januar 1914 in Kraft treten, so sind von diesem Zeitpunkt ab alle land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienstboten, die Hausgewerbetreibenden, ebenso die unständig Beschäftigten der Krankenversicherung unterstellt. Eine einheitliche Kassenform haben wir nicht erhalten, die Zersplitterung im Krankenkassenwesen bleibt also größtenteils bestehen. Als Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung kommen nun in Betracht:

1. die Ortskrankenkassen,
2. die Landkrankenkassen,
3. die Betriebskrankenkassen,
4. die Innungskrankenkassen.

Diese Kassen gelten als die Pflichtkrankenkassen. Daneben können nun auch noch freie Hilfskassen als Ersatzkassen zugelassen werden. Hat schon die bisherige Zwangsversicherung den freien Hilfskassen die Existenz erschwert, so stellt die Reichsversicherungsordnung weitere erschwerende Anforderungen, die von einem Teil dieser Kassen auf die Dauer schwerlich zu erfüllen sein werden. Da bisher eine große Anzahl von Unternehmern mit Vorliebe nur solche Arbeiter beschäftigten, die einer den gesetzlichen Bestimmungen genügenden freien Hilfskasse angehörten, so konnten sich neben den reellen beruflichen freien Hilfskassen auch eine Anzahl sog. Schwindelkassen behaupten. Wenn sich der Arbeiter jedoch einer freien Hilfskasse anschließt, dann kann er nicht dringend genug vor dem Beitritt zu den Schwindelkassen gewarnt werden. Auf jedem Arbeitersekretariat erhält er auf Wunsch Auskunft, welche Kassen da nicht zu empfehlen sind.

Als eine wichtige Neuerung ist nun hervorzuheben, daß die Mitgliedschaft zu einer Ersatzkasse vom 1. Januar 1914 ab grundsätzlich nicht mehr von der Mitgliedschaft zur Pflichtkasse (Orts-, Land-, Betriebs- oder Innungskasse) befreit. Nach dem § 517 der Reichsversicherungsordnung ruhen für Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind, auf ihren Antrag die eigenen Rechte und Pflichten der Krankenkasse, in die sie gehören, sie haben keinen Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse und sind weder wählbar noch wahlberechtigt. Weiter ist sehr wichtig, daß die Unternehmer die Mitglieder der Ersatzkassen aber der Pflichtkasse zu melden und ihren Beitragsanteil an diese einzuzahlen haben. Da die Unternehmer somit das Beitragsdrittel nicht mehr sparen, werden sie wohl auch keinen Druck mehr auf die Arbeiter ausüben, sich den Hilfskassen anzuschließen. Aber auch die Versicherten werden sich zu überlegen haben, ob sie sich nicht in erster Linie der Pflichtkasse anschließen, da sie zu dieser ja nur zwei Drittel des Beitrages zu zahlen brauchen. Davon, daß die Unternehmer für die Ersatzkassenmitglieder den Beitragsanteil (ein Drittel) an die Pflichtkasse abführen müssen, haben die Versicherten keinen Vorteil. Nur wenn der Mitgliederkreis einer Ersatzkasse überwiegend aus Bureauangestellten oder Zieglern oder anderen Versicherten besteht, in deren Beruf ein häufiger Wechsel der Beschäftigung von Ort zu Ort üblich ist, kann unter Umständen diese Ersatzkasse davon Vorteil haben. Der Bundesrat kann nämlich widerruflich anordnen, daß die Pflichtkassen an die Ersatzkassen die bei ihnen für deren Mitgliedern von den Unternehmern eingehenden Beitragsteile bis zu vier Fünfteln abzuführen haben.

Will nun ein Versicherungspflichtiger von dem Recht des § 517 R.V.O. Gebrauch machen und den Befreiungsantrag stellen, dann hat er diesen Antrag bei Eintritt in die Krankenkasse oder spätestens am zweiten Zahltage darauf beim Kassenvorstande zu stellen; dabei hat er ihm Namen und Sitz der Ersatzkasse mitzuteilen und seine Zugehörigkeit zu ihr nachzuweisen. Auf Antrag einer Ersatzkasse kann der Bundesrat es ihr übertragen, die Anträge statt der Versicherungspflichtigen zu stellen. Den Unternehmern des Versicherungspflichtigen soll die Pflichtkasse nur Auskunft darüber erteilen, ob seine Rechte und Pflichten ruhen, nicht aber, welcher Ersatzkasse er angehört. Ist der Antrag beim Eintritt in die Krankenkasse nicht rechtzeitig gestellt worden, so kann er frühestens für den Beginn des nächsten Kalendervierteljahres gestellt werden; es muß mindestens einen Monat zuvor beim Kassenvorstande geschehen; ihm ist auch der Beitritt zur Ersatzkasse nachzuweisen. Das gleiche gilt für Mitglieder der Krankenkasse, die erst nach dem Eintritt einer Ersatzkasse beitreten. Nach dem § 19 des jetzigen, nur noch bis zum 31. Dezember 1913 gültigen Krankenversicherungsgesetzes konnte der Austritt aus der Ortskrankenkasse wegen Zugehörigkeit zu einer dem § 75 K.V.G. genügenden Hilfskasse nur mit dem Schlusse eines Rechnungsjahres erfolgen. Die jetzige auf einem Beschlusse der Reichstagskommission beruhende Fassung will die Folgen einer nicht rechtzeitigen Antragstellung für den Versicherten zeitig mildern.

An Leistungen sind seitens der Ersatzkassen den Versicherungspflichtigen mindestens die Regelleistungen der Pflichtkasse nach dem Grundlohne zu gewähren, der bei dieser maßgebend ist. Die Pflichtkassen können nun bekanntlich an Stelle der Regelleistungen auch höhere Leistungen gewähren. Da unter den heutigen Teuerungsverhältnissen das Krankengeld nicht hoch genug sein kann, so liegt es nur im eigensten Interesse der Arbeiter, sich zunächst zur Pflichtkasse anmelden zu lassen und daneben dann noch einer reellen freien Hilfskasse bezw. Zuschußkasse sich anzuschließen. Auf alle Fälle muß aber jetzt die Losung sein: „Heraus aus den Schwindelkassen!" Da die Kündigungsfrist bei diesen Kassen meistens eine sechswöchige ist, so reiche man dieselbe umgehend ein, damit die Mitgliedschaft mit dem 31. Dezember d. J. erlischt. Dieser Hinweis gilt insbesondere für die Hausgewerbetreibenden und die unständig Beschäftigten, unter denen sich eine überaus große Anzahl befindet, die sog. Schwindelkassen angehören.

Was nun die Mitgliedschaft bei den Krankenkassen anbetrifft, so beginnt dieselbe für Versicherungspflichtige mit dem Tag des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung. Für die unständig Beschäftigten und die Hausgewerbetreibenden dagegen beginnt die Mitgliedschaft erst mit der Eintragung in das Mitgliederverzeichnis. Zur Eintragung haben sich diese Personen selbst zu melden. Die Unständigen müssen dann auch noch ihre Beitragsteile selbst einzahlen. Während für die übrigen Versicherten die Leistungen nach einem von der Kasse festzusetzenden Grundlohn bemessen werden, der bis zu 6 Mk. betragen kann, richten sich für die Unständigen die Leistungen nach der Höhe des Ortslohns. Die Unständigen gehören in die Ortskrankenkassen, die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten neben den Dienstboten (auch den städtischen) und den im Wandergewerbe Beschäftigten in den Bezirken, wo neben der Ortskasse noch eine Landkrankenkasse errichtet worden ist, in diese Kasse. Die Landkrankenkassen setzen aber die Leistungen in der Regel auch nur nach dem Ortslohn fest. Somit gelten leider keine einheitlichen Bestimmungen für alle Versicherten und aus diesem Grunde mit ist die Doppelversicherung wohl zu erwägen.

G.

Krupp-Prozeß.

P. B. Berlin, 25. Oktober 1913.

Am Sonnabend erfolgte zunächst die Vernehmung des Polizeirats Koch, der den Angeklagten Brandt verhaftet und in seinem Bureau gehaussucht hat (wir haben über diese Vernehmung schon am Sonnabend unter Letzte Nachrichten berichtet. Red.) Im weiteren Verlauf bemerkt Brandt, er habe bei dem Untersuchungsrichter allerdings gesagt, er habe die Nachrichten im Einverständnis der Firma Krupp eingezogen. Er habe das schon deshalb betont, da er nicht auch von der Firma Krupp verlassen sein wollte.

Es wird alsdann Landrichter Wetzel als Zeuge vernommen. Er habe in der Wohnung Brandts in Rahnsdorf und im Kruppschen Bureau in der Voß-Straße Haussuchung gehalten. Er hatte nicht die erste Vernehmung. Er hatte aber nicht die Empfindung, daß Brandt bestürzt war. Er habe Brandt zur vollen Wahrheit ermahnt, und er habe auch den Eindruck, daß Brandt die volle Wahrheit sagte. Brandt bestritt, sich der Bestechung schuldig gemacht zu haben, er gab zu, sich den Leuten, die ihm Nachrichten gegeben, erkenntlich gemacht zu haben durch Bezahlung der Zechen, Gewährung von kleinen Geschenken und Darlehen. Er hatte die Empfindung, daß Brandt Geldgeschenke aus Dankbarkeit gegeben habe. — Oberstaatsanwalt: In dem Protokoll ist die Aeußerung verzeichnet: Ich habe den Leuten aus Dankbarkeit und auch um sie zur Lieferung weiterer Nachrichten geneigt zu machen, Geschenke und Darlehen gegeben. Der Angeklagte sagt, daß er bei dieser Vernehmung sehr aufgeregt war. Wetzel: Ich habe eine Aufregung des Angeklagten nicht wahrgenommen. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Bei einer solchen Beschuldigung sind doch wohl fast alle Leute bei der Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter mehr oder weniger erregt. Zeuge: Das gebe ich zu.

Es wird darauf Zeugleutnant Tilian, der bereits vor dem Kriegsgericht wegen passiver Bestechung, militärischen Ungehorsams usw. verurteilt worden ist, unter Aussetzung der Vereidigung als Zeuge vernommen. Er bekundet: Es ist richtig, daß bei freien Ausschreibungen Stillschweigen zu beobachten ist. Ich habe aber dem Brandt auch bei freien Ausschreibungen über Zuschläge Auskunft erteilt. Bei beschränkten Verdingungen ist eine Mitteilung erlaubt. Ich habe bei freihändigen Vergebungen nur im allgemeinen, nicht aber im speziellen dem Brandt Mitteilung gemacht. Ich habe auch geglaubt, Brandt könnte die Nachrichten schließlich auch von offizieller Seite als Vertreter der Firma Krupp erhalten. Oberstaatsanwalt: Ich werde den Nachweis führen, das Brandt die Nachrichten nicht offiziell erhalten konnte. Sie befolgten aber eine Bevorzugung der Firma Krupp, um die Konkurrenz totzuschweigen. — Zeuge: Diese Absicht hatte ich keineswegs. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Hatten Sie nicht die Empfindung, daß eine verständige Militärverwaltung die Konkurrenz nicht ausschließen werde, schon um sie sich als Lieferanten zu erhalten? — Zeuge: Jawohl. — Verteidiger: Es ist bereits in der Kriegsgerichtsverhandlung zur Sprache gekommen, daß die Mitteilungen der Konkurrenzpreise an Brandt nur den Erfolg hatten, daß bei Verdingung auch ein Teil der Lieferung die Firma Krupp erhalte. — Zeuge: Diese Auffassung hatte ich allerdings. — Verteidiger: Sie waren also der Ueberzeugung, daß ihre Mitteilungen der Heeresverwaltung nichts schaden könnten. — Zeuge: Jawohl. Brandt sagte mir auch ausdrücklich, eine Kenntnis von den Konkurrenzpreisen werde niemals eine Erhöhung, sondern nur eine Herabsetzung der von der Firma Krupp berechneten Preise bewirken. — Auf Befragen des Vorsitzenden bemerkt der Zeuge: Er habe niemals eine direkte Bezahlung wohl aber kleine Darlehen von Brandt erhalten. Der Zeuge bekundet weiter: Er habe seinem Nachfolger im Dienst, dem Zeugleutnant Schleuder, gesagt, wenn der Vertreter der Firma Krupp etwas frage, so liegen keine Bedenken vor, diesem Auskunft zu erteilen. — Zeugleutnant Schleuder: Er habe keine Bedenken gehabt, dem Brandt Mitteilung über bevorstehende Anschaffung, über Zuschlagsverteilung und über die Preise der anderen Firmen zu machen. Er hatte um so weniger dagegen Bedenken, da sein Vorgänger ihm gesagt hatte, man könne dem Vertreter der Firma Krupp ohne weiteres Mitteilung machen. Brandt habe für ihn oftmals die Zechen in den Restaurants bezahlt und ihm auch kleine Darlehen, im ganzen etwa 200 Mk., gegeben. Auf Vorhalt des Vorsitzenden gibt der Zeuge zu, er habe dem Untersuchungsrichter gesagt, Brandt hatte ihn gebeten, ihn seinem Nachfolger zu empfehlen. Er habe das aber abgelehnt, um den Nachfolger nicht in eine schiefe Lage zu bringen. Er müsse aber hinzufügen, er befürchtete, der Nachfolger könnte Mitteilungen machen, die bedenklich wären. Auf Betragen des Verteidigers Dr. v. Gordon gibt der Zeuge zu, daß Brandt über alle militärischen Angelegenheiten besser unterrichtet war, als er. Darauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wurde Zeugleutnant Hinst als Zeuge vernommen: Er habe Brandt Nachrichten über bevorstehende Ausschreibungen, Preise der Konkurrenzfirmen usw. geliefert, von Brandt kleine Geschenke und auch die Zechen bezahlt erhalten. Feuerwerker Schmidt äußerte: Brandt habe für ihn mehrfach die Zechen bezahlt und ihn ersucht, ihm die Preise der Konkurrenz, die in Aussicht stehenden Aufträge usw. mitzuteilen. Er habe mit Brandt verschiedene Lokale, wie den Ratskeller, das Weinrestaurant Rheingold usw. besucht. Brandt habe ihm auch einmal einen Zwanzig-Mark-Schein zugesteckt. Der folgende Zeuge ist der frühere Zeugfeldwebel, jetzige Beamte von Krupp in Essen, Richard Dröse. Er habe, als er noch Feldwebel war, Brandt auf einem Kegelabend kennen gelernt. Er habe Brandt einige Male Auszüge aus dem Bestellbuch gegeben. Brandt sei auch drei- bis viermal in seiner Wohnung gewesen, und habe sich selbst Auszüge aus dem Bestellbuch gemacht. Zeuge habe geglaubt, daß er nichts Unrechtes tue, da allgemein die Ansicht verbreitet war, Krupp gegenüber bestehe bei der Militärverwaltung kein Geheimnis. Zeuge habe sich als er noch im Militärdienst war, bei Krupp in Essen um eine Anstellung beworben und zunächst die Antwort erhalten, er sei vorgemerkt. Schließlich sei er aber engagiert worden. Geld oder Geschenke habe er von Brandt nie erhalten, auch Zechen habe Brandt für ihn nicht bezahlt. Auf weiteres Befragen bemerkt Zeuge, es sei möglich, da er sich in seinem Bewerbungsschreiben auf Brandt berufen habe, daß dieser von Essen aus angefragt worden sei und Brandt ihm wohl auch bei der Direktion empfohlen habe. — Zeugleutnant Huge: Er sei ebenfalls seit 1907 Zeugleutnant bei der Artillerieprüfungskommission. Ihm sei gesagt worden, vor Krupp habe die Militärverwaltung keine Geheimnisse. Deshalb habe er Brandt auf Verlangen über bevorstehende Verbesserungen, Lieferungen und Preise der Konkurrenz teils mündlich, teils schriftlich unterrichtet. Er habe keinerlei Bedenken gehabt, da Brandt ein Angestellter von Krupp war. Geld oder Geschenke habe er von Brandt nicht erhalten; nicht einmal ein Glas Bier habe er sich von ihm bezahlen lassen. Wohl habe er aber einmal von Brandt ein Darlehn von 1000 Mk. erhalten, das er jedoch prompt mit Zinsen zurückzahlte. — Auf die Vernehmung des Oberintendantursekretärs Pfeifer wird verzichtet. Der Oberstaatsanwalt beantragt, sämtliche Zeugen, die vom Kriegsgericht verurteilt worden seien, nicht zu vereidigen. Die Verteidiger beantragten die Vereidigung. Nach langer Beratung beschloß der Gerichtshof, die Zeugen nicht zu vereidigen, da sie mit den zur Verhandlung stehenden Sachen in engster Verbindung stehen. Die Sitzung wird auf Montag vertagt.

Stadtverordnetenwahl.

Die sozialdemokratischen Kandidaten.

Im großen Saale des Volksparks tagte gestern mittag eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die die Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl vornahm.

Der Vorsitzende, Genosse Frommhold, unterbreitete der Versammlung die Liste, die Vorstand und Funktionäre nach den Vorschlägen der Distriktsversammlungen ausgearbeitet hatten. Für die dritte Wählerabteilung ist im Norden je ein Unansässiger und ein Hausbesitzer vorzuschlagen und in der Altstadt sind 5 Unansässige und 4 Hausbesitzer zur Wahl zu stellen. Da in den Distriktsversammlungen und der Funktionärsitzung schon ausgiebig über die Kandidaten diskutiert, wurden durch die Versammlung ohne besondere Debatte aufgestellt:

Für die Vororte:

Genosse Wilhelm **Osterburg** als Unansässiger,
„ Paul **Gröbel** als Ansässiger.

Für die Altstadt:

Genosse Adolf **Albrecht** als Unansässiger,
„ Paul **Hennig** „ „
„ Wilhelm **Koenen** „ „
„ Emil **Koch** „ „
„ Gustav **Mendorf** „ „
„ Gustav **Rappsilber** „ Ansässiger,
„ Franz **Peters** „ „
„ Hermann **Schade** „ „
„ Joseph **Streicher** „ „

Nachdem die Aufstellung der Kandidaten vollzogen war, hielt Genosse Hennig noch eine kernige Ansprache, in der zu eifrigster Agitationsarbeit und Werbetätigkeit für die nächsten Wochen nachdrücklichst aufgefordert wurde.

•

Wer bezahlt, verlangt auch etwas dafür!

Zwei Bettelbriefe!

Um uns mit dem bekannten Schweineglück rechtzeitig auf die Schliche der Gegner zu bringen, wehte uns der bekannte günstige Wind dieser Tage einen Bettelbrief auf den Tisch, der die Wahlarbeit der Gegner scharf charakterisiert. Die Schnorrerei geht von den liberalen Kommunalvereinlern aus. Ihr Bittgesuch an die Hallischen Geldleute sieht aus wie folgt:

Halle (Saale), im Oktober 1913.

Allgemeiner Bürgerverein
für städt. Interessen.

Ew. Hochwohlgeboren
bitten wir auch bei den diesjährigen
Stadtverordnetenwahlen
um gütige Unterstützung.

Bisher ist es gelungen, die Sozialdemokratie in unserem Stadtverordneten-Kollegium auf wenige Sitze zu beschränken. Der Wahlkampf um die Plätze der 3. Abteilung wird aber von Jahr zu Jahr schwieriger und kostspieliger. Der Arbeit wollen wir uns wohl unterziehen, müssen aber unsere Mitbürger, besonders die kapitalkräftigeren, um finanzielle Unterstützung bitten.

In den nächsten Tagen werden wir uns daher erlauben, Ihnen eine Liste vorlegen zu lassen, in die Sie den für unsern Wahlfonds bestimmten Betrag gütigst eintragen wollen.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand
des Allgemeinen Bürgervereins
für städt. Interessen.
W. Wirmer. Th. Starke.
Osk. Breitter.

Der Inhalt dieses Bettelbriefs erinnert sehr lebhaft an einen anderen, der uns vor zwei Jahren — leider erst nach der damaligen Stadtverordnetenwahl — zuflatterte. Der andere von damals ging vom Hallischen Bürgerverein — der mehr konservativen Gruppe — aus, die das Geld der Reichen noch dringender brauchte und deshalb eine tiefe Verbeugung vor den vollen Geldsäcken machte, indem sie deren Besitzern allerunterthänigst schrieb:

Halle (Saale), im Oktober 1911.

Hallischer Bürgerverein.

Ew. Hochwohlgeboren
haben bei den bisherigen Stadtverordnetenwahlen uns in dankbar anerkannter Weise finanziell tatkräftig unterstützt.

Mit Genugtuung weisen wir darauf hin, daß Halle fast die einzige Großstadt ist, in der es den bürgerlichen Wählern bisher gelang, sich trotz stärkster sozialdemokratischer Agi-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131028-14/fragment/page=0005

lustiren und Verhetzung bei dem Wähler die Sache der 3. Abteilung bis auf wenige zu erhalten.

Nicht zum wenigsten haben zu den bisherigen Erfolgen die uns gewordenen finanziellen Unterstützungen mit beigetragen.

In diesem Jahre steht besonders viel auf dem Spiele, denn es werden — „8 Mandate" — frei.

Zudem stellen nach den Wählerlisten die der Sozialdemokratie nahestehenden Bevölkerungsschichten jetzt eine erheblich größere Zahl von Wählern. Deshalb wird der bevorstehende Wahlkampf außerordentlich schwierig werden und **große Opfer an Arbeit und Geld erfordern.**

Gern nehmen wir die Arbeitslast auf uns, doch **bedürfen wir der finanziellen Beihilfe unserer kapitalkräftigen Mitglieder, die gleich uns das größte Interesse daran haben,** zu verhüten, daß die Sozialdemokratie einen wesentlichen Einfluß im Stadtverordnetenkollegium und damit auf alle kommunalpolitischen Maßnahmen gewinnt.

Wir hoffen daher besonders in diesem Jahre **auf eine finanzielle Unterstützung und werden uns erlauben, Ihnen durch ein Vorstandsmitglied eine Zeichnungsliste vorzulegen.**

Mit besonderer Hochachtung

Der Ausschuß des Hallischen Bürger-Vereins.

Th. Borchert, Eisenbahnobersekretär und Stadtverordneter. Dr. Steinbrück, Universitätsprofessor und Stadtverordneter. Borges, Kaufmann und Stadtverordneter. Krühme, Werkzeugfabrikant und Stadtverordneter. Völker, Mittelschullehrer.

Das ist das offene Eingeständnis, daß die gesamten bürgerlichen Stadtverordneten der dritten Abteilung mit Haut und Haaren den Kapitalisten verschrieben sind. Das letztere der beiden Schreiben ist ja schon vor zwei Jahren und auch jetzt in einem Flugblatt genügend charakterisiert worden. Es sei hier deshalb nur noch die eine brennende Frage aufgeworfen: **Was leisten die bürgerlichen drittklassigen Stadtverordneten für die Geldgeber??** Ihre Arbeit muß doch den Herren Kapitalisten, wenn sie so reichlich geben, ganz besonderen Nutzen bringen? Denn daß Kaufleute, Bankiers und Industrielle Wahlgelder um der schönen Augen der besitzlosen Kandidaten willen hingeben, glaubt doch der dümmste Wähler nicht! Also, **was leisten die bürgerlichen Stadtverordneten dritter Klasse für die Kapitalisten?** — — Wer gibt Antwort?

•

Die Schulden der Stadt Halle.

Wie verlautet, wollen die städtischen Behörden schon wieder einen Sieben-Millionenpump machen. Das Geld soll besonders zum Bau des Hallenschwimmbades, für die Anlage des neuen Friedhofes und für Kanalbauten gebraucht und mit 4 Prozent verzinst werden. Zwei Millionen sollen noch in diesem Vierteljahr ausgeschrieben werden, die andern fünf Millionen erst im nächsten Vierteljahr.

In Anbetracht dieses neuen Pumpes dürfte es allgemein interessieren, wie hoch unsere Schulden überhaupt sind. Im Jahre 1910 betrugen die Anleihescheulden 30 623,452 Mark, davon waren 23 590 400 Mk. in Obligationen und 7 033 052 Mk. in langfristigen Darlehen angelegt. Die Hypotheken und Restkaufgelder betrugen 2 452 577 Mk., die Passivrenten und Lasten dazu 226 732 Mk., zusammen also 33 302 761 Mk. Die jährliche Verzinsung dieser Schuldensumme beträgt 1 242 583 Mk., die Schuldentilgung resp. Amortisation jährlich 743 807 Mk. Im Jahre 1911 hat sich die Schuldenwirtschaft etwas verändert, die Anleiheschulden betrugen nur noch 29 823 946 Mk., wovon 23 052 700 Mk. in Obligationen und 6 771 246 Mk. in Darlehen angelegt waren. Die Hypotheken und Restkaufgelder betrugen zur genannten Zeit 2 398 872 Mk., die Passivrenten und Lasten standen mit 226 577 Mk. zu Buch, so daß die gesamten Schulden sich auf 32 449 395 Mk. beliefen. Die Verzinsung dieser Schuldensumme erforderte 1 227 300 Mk., der Aufwand für ihre Tilgung stieg infolge Erhöhung des Tilgungssatzes von 743 807 Mark auf 797 569 Mk.

Die gesamten Anleiheschulden von ziemlich 31 Millionen verteilen sich auf folgende städtische Werke wie folgt:

Elektrizitätswerk . . .	4 082 745 Mk.
Kanalisation	2 870 616 „
Wasserwerke	1 931 904 „
Schlacht- und Viehhof .	1 448 171 „
Gaswerke	514 058 „
Straßenbahn	227 568 „
Badeanstalten	68 200 „
Verschiedene Zwecke . .	19 480 190 „
Summa:	30 623 452 Mk.

Obgleich zugegeben werden muß, daß andere Kommunen auch so viel Schulden haben, so brauchte unsere Stadt einen Teil dieser Schulden doch nicht zu haben. Wenn man in Betracht zieht, daß jede Anleihe während 40jähriger Amortisationszeit den doppelten Aufwand an Wert verursacht, so sollte mindestens peinlich darauf gesehen werden, daß **Anleihen nur zu industriellen Zwecken resp. für Erwerbsinstitute** aufgenommen würden, **niemals** aber zu — wie es jetzt geschieht — Wohlfahrtszwecken, wie Badeanstalt, Friedhof und Kanalbauten. Für letztere Zwecke ist nur das Ansparsystem zu empfehlen. Leider wird von bürgerlicher Seite nach dieser Richtung nicht die nötige Sorgfalt angewendet, sondern immer darauf los gepumpt, so daß es schon vorgekommen ist, daß Anleihegelder zur Zahlung von Gehältern an städtischen Beamten verwendet wurden. Den Finanzmännern und Börsenjobbern ist das natürlich recht. Wenn recht viel gepumpt wird, bringen sie ihr goldenes Schäfchen sicher ins Trockene. Ihr Grundsatz lautet bekanntlich: Nach uns die Sündflut!!

Die Zuschüsse zur Schuldenverwaltung haben sich von 1901 bis 1911 denn auch immer in aufsteigender Linie bewegt und betrugen:

1901 . . .	845 957 Mk.
1906 . . .	1 088 238 „
1911 . . .	1 441 162 „

Erst in den Jahren 1912 und 1913 nahmen die Zuschüsse wieder etwas ab, immerhin waren es im vorigen Jahre noch 1 257 109 Mk., während es in diesem Jahre noch 1 214 160 Mk. sind. Jedenfalls wird es aber nicht lange dauern, daß diese Zuschüsse wieder steigen, da der jetzigen Sieben-Millionenanleihe ja vor kurzer Zeit erst eine Fünf-Millionenanleihe vorausgegangen ist. Ihre Verzinsung und Tilgung wird sich uns bald bei der Steuerzahlung sehr fühlbar machen!

Allerlei.

Ein Schreckensbild aus dem kapitalistischen Gegenwartsstaate.

In Wien wurde die Wäscherin Berta Schwanzer und ihre aus vier Köpfen bestehende Familie, Kinder im Alter von 5—13 Jahren, in der Wohnung durch Kohlenoxydgas erstickt aufgefunden. Die Frau hat die Tat aus Not begangen, da sie ihr Mann, ein Hilfsarbeiter, verlassen hatte, und sie mit Nahrungssorgen zu kämpfen hatte.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 27. Oktober

Zur Frage der Arbeitslosenfürsorge in Halle.

Die letzte, am 21. Oktober stattgefundene Arbeitslosenversammlung beschloß bekanntlich, den Kampf um die Arbeitslosenversicherung noch nicht ruhen zu lassen. Das Gewerkschaftskartell hat jetzt nachstehende Eingabe an den Magistrat (aber nur an diesen) gelangen lassen:

„Wie aus den Berichten über die Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung zu ersehen ist, hat diese es abgelehnt, eine Deputation zur Beratung und Beschlußfassung über eine Arbeitslosenversicherung einzusetzen.

Der ergebenst unterzeichnete Vorstand des Gewerkschaftskartells gibt sich der Hoffnung hin, daß mit diesem Beschluß nicht die Frage der Arbeitslosenversicherung in der Stadt Halle gänzlich erledigt ist. Er gestattet sich, darauf hinzuweisen, daß bei den Verhandlungen vor einigen Jahren über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung diese nicht überhaupt, sondern nur zur gegebenen Zeit abgelehnt wurde, und zwar weil ein zentralisierter öffentlicher Arbeitsnachweis noch nicht bestünde.

Wir bitten daher, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und zunächst für die Stadt Halle einen öffentlichen zentralisierten paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten. Die in der Stadt Halle vorhandene und mit städtischen Mitteln unterstützte Arbeitsvermittlung des Vereins Volkswohl kann als solcher Arbeitsnachweis nicht betrachtet werden. Seine Benutzung ist daher auch eine verhältnismäßig unbedeutende.

Gleichzeitig mit dieser Umgestaltung bitten wir, den Plan einer Arbeitslosenversicherung auszuarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zugehen zu lassen. Nach allgemeinen Erfahrungen sind die Stadtverordneten eher geneigt, einer Magistratsvorlage als einem Initiativantrag einzelner Stadtverordneten zuzustimmen. Es kann dem Magistrat nicht gleichgültig sein, daß die Stadt Halle eine Arbeitslosenversicherung entbehrt, während andere Städte in wachsender Zahl eine solche einführen und dadurch an Ansehen gewinnen.

Wir bitten um einen zustimmenden Bescheid.

Ergebenst

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells."

Hoffentlich zeigt der Magistrat für die Frage mehr Verständnis als die auf Grund eines Geldsackwahlrechts gewählten Vertreter der bestehenden Klassen im Stadtparlament. Die Zahl der Städte, die die kommunale Arbeitslosenversicherung einführen, wächst von Tag zu Tag. Es bedeutet sozialpolitische Rückständigkeit, wenn eine Stadt zurückbleibt.

Vorbeigeblasen!

Wie ein Flugblatt des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie mutet die gestrige zweite Auflage des konservativen Organs für Halle an. Allein auf der ersten Seite stehen drei Artikel und Notizen, die sich mit der Sozialdemokratie befassen.

Nummer 1 ist Der Arbeiter überschrieben. Ein sonderbarer Leitartikel! In ihm wird der Beweis versucht, daß die Arbeiter in der sozialdemokratischen Partei nichts zu sagen hätten. Wir würden über diesen Versuch lächeln, denn zur Heiterkeit liegt ein großer Anlaß vor, nach der Lektüre eines solchen Satzes:

„Und bis wir soweit sind, sitzen ganz andere Leute an der Parteikrippe und führen das große Wort und beziehen Ministergehälter und sammeln das Geld zu Tausenden und Hunderttausenden und halten es nicht für nötig, **es in die Parteibüchse zu blasen."**

Es ist schade, daß die Hallische darauf verzichtet hat, solche Leute vorzuführen, die an der Parteikrippe sitzen, das große Wort führen und Ministergehälter beziehen. Es fällt ihr schwer, noch schwerer, als die Fähigkeit, bei der Wahrheit zu bleiben. Denn unwahr ist die Behauptung des konservativen Organs, „daß sich auf dem Parteitage der Roten in Jena ein Arbeiter darüber beschwert habe, daß dort kein Arbeiter zu Worte gekommen sei". Tatsächlich ist eine ähnliche Bemerkung nur vom Genossen Dr. Südekum, einem der bekanntesten **Akademiker** der Partei, gemacht worden im Schlußwort zur Steuerdebatte, nicht von einem Arbeiter!

Höchlichst naiv kommen uns auch diese Sätze des Leitartikels der Hallischen Zeitung vor:

„Aber auch über manche andere Dinge, die auf dem Parteitage verhandelt wurden, würde man in erster Linie die Arbeiter hören müssen. Aber nicht nur da, sondern auch sonst in der Partei kommt das Interesse der Arbeiter immer in letzter Linie in Frage. In erster Linie handelt es sich immer um Parteiinteressen. Die Partei will wachsen, groß werden, Gewalt und Einfluß bekommen."

Kann das konservative Organ uns eine Partei nennen, die das Gegenteil von Wachstum, Größe, Gewalt und Einfluß erstrebte? Was aber die Unterscheidung von Arbeiter- und Parteiinteressen anlangt, so ist dies Verfahren mit einem bloßen Hinweis auf die konservative Partei und ihre Politik abgetan. Die Konservativen sind die ausgesprochenen Parteien der Grundherren, des agrarischen Besitzes und dessen Interessen vertreten sie. Wie aber Grundbesitzer-Interessen mit konservativen Parteiinteressen identisch sind, so besteht auch kein Unterschied zwischen sozialdemokratischen Partei- und Arbeiterinteressen. Die Geschichte unserer Partei und ihrer parlamentarischen Vertretung straft das Hallische Reichsverbandsorgan Lügen.

Ein Eingehen auf die übrigen Notizen müssen wir uns mit Rücksicht auf den Wert unseres Raumes versagen. Polemiken mit Ueberschriften wie Sozialdemokratische Sudeleien bedürfen einer Widerlegung nicht. Die eingangs wiedergegebene Wendung von „in die Parteibüchse blasen" ist aber doch zu nett und originell, um zum Schlusse noch einmal wiederholt zu werden. Schade nur, daß das Blasen so wenig Aussicht auf Erfolg hat. Es geht der Hallischen Zeitung heute wie am Sonnabend mit dem Pfeifen —: umsonst und vorbeigeblasen!

Eine Irrenhaus-Affäre,

die einen merkwürdigen Einblick in die Familienverhältnisse eines früheren Rittergutsbesitzers gewährte, beschäftigte das Gericht in der Sache des Schriftstellers Erwin Dathe von Leipzig-Plagwitz, der wegen Ausstellung eines Arztattestes, wozu er nicht berechtigt war, unter Anklage stand. Die Mutter des Angeklagten, eine Rittergutsbesitzerswitwe und geborene Baronesse, ist lebenslänglich in einer Irrenanstalt untergebracht, obwohl sie nach der Meinung ihres Sohnes geistig und leiblich durchaus gesund sein soll. Um die Befreiung aus der Irrenanstalt zu erzielen, fälschte Dathe im Dezember vorigen Jahres auf den Namen eines Arztes des Merseburger Krankenhauses ein Zeugnis, das bescheinigen sollte, daß seine Mutter gesund sei. Dieses „Zeugnis" reichte D. dann bei der Direktion der Anstalt ein mit dem Antrage, seine Mutter freizugeben.

Der Beschuldigte ist 31 Jahre alt und ebenfalls schon mehrmal in Nervenheilanstalten behandelt worden. Vom Militär wurde er wegen seines Geisteszustandes entlassen. Im Merseburger Krankenhause war er eine Zeitlang Krankenwärter. Früher lebte er von den Revenüen seiner Mutter, die ihr aber nach ihrer Unterbringung im Irrenhause entzogen seien. Er meint, seine Mutter sei zu Unrecht im Irrenhause untergebracht und erzählte aus seiner Familie die seltsamsten Geschichten. Sein Vater, so meinte er, habe eine Doppelehe geführt. Er wünschte, daß seine Ausführungen in der Presse veröffentlicht würden und dadurch in die Oeffentlichkeit kämen. Leider habe er sich bisher bei verschiedenen Zeitungen vergeblich bemüht, eine Veröffentlichung der Geschichte des unglaublichen Schicksals seiner Mutter zu erreichen. Auch an Behörden habe er sich ohne Erfolg mit Beschwerden über die ungerechte Behandlung seiner gutmütigen Mutter gewandt. Bei der Anfertigung des falschen ärztlichen Zeugnisses müsse er sich allerdings in einem Zustande von geistiger Umnachtung befunden haben. Bei der Tat sei er aber von edlen Motiven geleitet worden, denn er habe seine unglückliche Mutter befreien wollen. Daß er sich bei seinem Schritt Strafe zuziehen werde, habe er gewußt; ja, er habe das sogar gewollt und nehme an, daß durch einen Bericht über die Gerichtsverhandlung das unglückliche Los seiner Mutter endlich an die Oeffentlichkeit komme.

Beantragt wurde gegen den Angeklagten wegen Amtsanmaßung eine Gefängnisstrafe von drei Wochen. Die Strafkammer sah Dahte als normal an und verurteilte ihn zu **drei Tagen Gefängnis** mit der Begründung, sie habe seinen Angaben über die Motive seiner Handlungsweise Glauben geschenkt und deshalb Milde walten lassen.

---

* **Einen tollen Wahlrechtsvorschlag** leistete sich dieser Tage die Saaleszeitung. Der Vorschlag geht dahin, daß ein Mandat in Preußen künftig nur dann gültig sein soll, wenn mindestens 20 vom Hundert der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgegeben haben. Ist das nicht der Fall, so soll noch einmal gewählt werden. Wird dann die Zahl 20 vom Hundert nicht erreicht, dann soll der Wahlkreis überhaupt ohne Vertretung bleiben. Nach dem kleinlichen Geist, der aus diesem Plan spricht, kann man den Wert der fortschrittlichen Wahlrechtsfreundschaft ermessen. Die Deutsche Tageszeitung scheint dieses Produkt einer überhitzten Phantasie wirklich für ernst genommen zu haben. Denn sie glaubt, daß der Vorschlag darauf berechnet ist, die Konservativen zu schädigen. Diese Schädigung soll nach Ansicht des Oertel-Blattes dadurch eintreten können, daß die Opposition durch Empfehlung der Stimmenthaltung die Wahlbeteiligung in konservativen Bezirken derart herabdrücken könnte, daß eine gültige Wahl nicht zustande kommt.

* **Der Stand der Saaten.** Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats berichtet: Schönes trockenes Wetter begünstigte in der Berichtswoche den Fortgang sämtlicher Feldarbeiten. Im Osten, vorzugsweise in großen Brennereiwirtschaften, war man vielfach noch mit dem Aufnehmen der Kartoffeln beschäftigt, doch dürften die letzten Reste in diesen Tagen geborgen werden. Die Futterrüben sind in der Hauptsache eingeerntet; ihr Ertrag befriedigt. Von den Zuckerrüben befand sich ein Viertel bis die Hälfte noch im Boden. Bei der schönen milden Witterung haben die Rüben in der letzten Woche noch an Gewicht zugenommen, auch der Zuckergehalt hat sich gebessert. Die Herbstbestellung nähert sich ihrem Ende, meist handelt es sich nur noch um die Aussaat von Weizen auf Rübenland. Die frühen Saaten, die gleichmäßig aufgegangen sind, haben sich gut bestockt und kommen kräftig in den Winter. Für die später untergebrachten Saaten war das milde Wetter zwar auch von Nutzen, doch wird stellenweise Regen als erwünscht bezeichnet. Sehr zahlreich sind die Klagen über Schnecken-fraß; der angerichtete Schaden ist nellenweise so erheblich, daß mancher Schlag neu bestellt werden muß. Klee und besonders Luzerne haben meist noch guten Bestand; hier und da konnte sogar noch ein Schnitt genommen werden. Der junge Klee hat sich gut entwickelt, wird aber vielfach durch Mäuse beschädigt. Die Wiesen bieten dem Vieh bei der herrschenden Witterung immer noch eine gute Herbstweide.

* **Der Finanz-Ausschuß** stimmte in seiner letzten Sitzung dem Erwerb einer 19 Morgen großen Wiese in Passendorf, die von städtischem Besitz eingeschlossen ist, zum Preise von 7500 Mark, dem bereits im Bau-Ausschuß behandelten Landerwerb und Verkauf in der Reilstraße, Landerwerb zum Landrein und der Erneuerung des Reildenkmals zu. Für die Beschaffung einer Automobilfehrmaschine wurden 750 Mark nachbewilligt, weil die Bereifung der Automobiler nicht, wie zuerst beabsichtigt, mit Eisen, sondern mit Gummi genommen werden soll.

* **Warmes Frühstück für Volksschüler.** Auch im bevorstehenden Winterhalbjahre soll während der kalten Tage an bedürftige Kinder der städtischen Volksschulen warmes Frühstück, bestehend aus Roggenmehlsuppe und einem Weißbrötchen, verabreicht werden, wofür im diesjährigen Haushaltsplane 5000 Mark zur Verfügung stehen. Eltern, die sich um diese Vergünstigung bewerben wollen, haben sich in der Zeit vom 27. Oktober bis 1. November bei den Rektoren der Schulen, die ihre Kinder besuchen, zu melden. Ohne Antrag der Eltern dürfen keine Kinder berücksichtigt werden. Es mag noch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Inanspruchnahme des warmen Frühstücks nicht als Armenunterstützung gilt, die den Verlust des bürgerlichen Wahlrechts zur Folge hätte.

* **Fräulein Schneidermeister!** Die Schneiderinnen-Meisterprüfung bestanden Frau Bernstein, Fräulein Hohmann-Merseburg, Frau Pohlmann-Gerbstedt, Fräuleins Winkel, Bodemann, Runkel, Frau Fiedler, ferner Fräuleins Warneke und Heinze-Merseburg.

* **Aus eigener Kraft.** In gutbesuchter Versammlung im Volkspark beschloß der Turnverein Fichte dem Turnhallen-Baufonds 1000 Mk. zu entnehmen, damit die innere Einrichtung des neuerbauten Saales zu einer modernen Turnstätte gestaltet werden kann. Die Arbeiten wurden der bekannten Turngerätefabrik Dietrich & Hanak in Chemnitz übertragen. Dem eigentlichen Zweck des Saales entsprechend, wird die Anbringung der Geräte so vorsichtig und praktisch gemacht, daß keinerlei Störungen oder Beschädigungen vorkommen werden. Die neuesten technischen Errungenschaften werden dazu verwandt, die Turngeräte binnen kurzer Zeit verschwinden zu lassen und den Turnsaal wieder in einen Versammlungs- oder Tanzraum zu verwandeln. Selbst der Anstrich der Geräte wird mit der Farbe des Saales harmonieren. So ist auch hier wieder einmal der Streich der Gegner, die den Turnern die städtischen Turnhallen abtrieben, gut pariert. Da nach Fertigstellung des Turnsaales die Gründung einer Männerabteilung geplant ist, so werden sich hoffentlich aus den Kreisen der Arbeiterschaft recht viel neue Freunde den Arbeiterturnern anschließen.

* **Skelettfund.** An der Trift- und Gosenstraßen-Ecke wurde heute morgen bei der Ausschachtung eines Kanaleinlaufes in ganz geringer Tiefe unter dem Straßenpflaster ein menschliches Skelett entdeckt. Die Ausgrabung erfolgt in sachgemäßer Weise durch Leute vom Provinzialmuseum. Das Skelett liegt auf dem Rücken mit über der Brust gekreuzten Armen und scheint sehr alt zu sein.

* **Straßensperrungen.** Behufs Neupflasterung wird die Wegscheiderstraße zwischen Wittestraße und Röpziger Straße vom 27. d. Mts. ab bis auf weiteres für den Fahr- und Reitverkehr gesperrt; desgleichen die Röpziger Straße zwischen Tor- und Wegscheiderstraße.

* **Unfallchronik.** In der Talamtstraße stürzte gestern mittag ein vor einen Taselwagen gespanntes Pferd. Von einem in demselben Augenblicke vorbeifahrenden Motorwagen der Stadtbahn wurde es erfaßt und einige Meter mitgeschleift. Das Pferd hat anscheinend innere Verletzungen davongetragen. — Sonnabend nachm. wurde in der Magdeburger Straße ein zwei Jahre alter Knabe von einem zweispännigen Lastgeschirr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131028-14/fragment/page=0006

überfahren. Der Knabe, der einen Bruch des rechten Oberschenkels erlitt, wurde von seiner Mutter der Klinik zugeführt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. — Ein Konditor, der gestern abend mit seinem Fahrrad in der Raffineriestraße einem Kraftwagen ausweichen wollte, stürzte zu Boden und erlitt einen Unterschenkelbruch. Er wurde mittels Droschke seiner Wohnung zugeführt.

* **Allerlei vom Tage.** Dem Privatdozenten in der philosophischen Fakultät Dr. Hasenclever ist das Prädikat Professor beigelegt worden. — Die auf einer Weltreise befindlichen Gebrüder Geißler aus Dresden passierten gestern vormittag die Trotzkaer Straße in der Richtung Bernburg. — Gestern früh gegen 7½ Uhr überflog ein Flugzeug von Osten nach Westen, sodann wendend nach Osten zurück, den nördlichen Teil der Stadt. — Ein leerer Motorwagen der Stadtbahn entgleiste gestern nachmittag in der Weiche an der Klausbrücke. Hierdurch entstand eine Betriebsstörung von 5 Minuten. — Mit der Ausbesserung der Sechsbogenbrücke an der Halle-Nietleber Chaussee bei der Zementfabrik ist jetzt begonnen worden. — Eine 17 Jahre alte Arbeiterin versuchte sich gestern abend in ihrer Wohnung zu vergiften. Sie wurde der Kgl. Klinik zugeführt. Lebensgefahr besteht nicht. — In der Talamtstraße fand in der vergangenen Nacht zwischen mehreren jungen Leuten eine Schlägerei statt, wobei einer der Beteiligten geringfügige Verletzungen am Kopfe davontrug. Die Täter sind ermittelt.

* **Stadttheater. Auf die heutige Eulenberg-Premiere, welche** den Prolog und die Ernsten Schwänke des Dichters bringt, sei nochmals hingewiesen. Morgen, Dienstag, letzte Aufführung des Troubadour. Accuzena: Doreluife Meiling. Mittwoch Carmen. Donnerstag Ernste Schwänke. Freitag Tannhäuser. Sonnabend Filmzauber. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Die Förster-Christel. Abends Der fliegende Holländer.

* **Man beeile sich!** Aus dem Bureau des Walhalla-Theaters wird uns geschrieben: Gestern war wieder schon lange vor Beginn der Vorstellung das Theater total ausverkauft und Hunderte mußten, ohne Einlaß zu erhalten, wieder weggehen. Es sei nochmals hervorgehoben, daß anderweitiger Abschlüsse halber Die Kino-Königin nur noch bis 31. Oktober gegeben werden kann. Wer also das reizende Werk noch nicht gesehen hat, beeile sich! — Auch im Apollo-Theater geht in wenigen Tagen ein Spielplan zu Ende, der in jeder Beziehung als erstklassig und sehenswert bezeichnet werden muß. Außer Vera Forst und Robert von Valberg, die allabendlich durch ihr glänzendes Spiel die Theaterbesucher entzücken, bildet der klassische Meisterfilm Die letzten Tage von Pompeji eine Sehenswürdigkeit allerersten Ranges, deren Besuch sich niemand entgehen lassen sollte.

Vereine und Versammlungen.

Der Verein für Naturheilkunde Halle-Nord (e. V.) hält am Dienstag, den 28. Oktober 1913, abends 8½ Uhr, im Buratheater, Große Gosenstraße 12, einen Vortrag durch Zahnarzt Barbe über Zahn- und Mundkrankheiten und Zahnpflege ab.

Ammendorf. Autoomnibusverbindung mit Schkeuditz. Herr Schröter-Ammendorf, welcher täglich zweimal den Postverkehr mit Personenbeförderung zwischen Ammendorf-Radsnitz vermittelt, beabsichtigt, eine ständige Autoomnibusverbindung zwischen Ammendorf-Schkeuditz einzurichten und ist deshalb an die Gemeinden herangetreten, dies Unternehmen zu unterstützen. In Döllnitz fand kürzlich bereits eine Versammlung von Gemeindevertretern statt; doch es kam zu keinem endgültigen Ergebnis.

Ammendorf. Sozialdemokratischer Verein, Distrikt Ammendorf. Mittwoch, den 29. Oktober, hält der 2. Bezirk, (Osendorf-Radewell-Burg), im Burgschlößchen, eine Mitgliederversammlung ab. Da eine wichtige Angelegenheit erledigt werden muß ist vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Dölau. Aufgehobene Straßensperrung. Die Sperrung der Dölauer Straße an der Ortschaft Lettin ist aufgehoben und die Straße für den öffentlichen Verkehr wieder freigegeben worden.

Löbejün. Zwangsweise versteigert wurde am Donnerstag vor dem hiesigen Amtsgericht das Schützenhaus. Meistbietender blieb mit 19800 Mark der Kaufmann Hädicke-Hamburg, welcher noch eine größere Hypothek an dem Grundstück stehen hat. Der Zuschlag ist noch nicht erteilt worden.

Könnern. Feuer. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden der am Balzerschen Steinbruch liegende Pferdestall und Schuppen vollständig durch Feuer vernichtet. Eine Anzahl elektrische Geräte sowie verschiedene Ackergerätschaften wurden ein Raub der Flammen. Da um diese Zeit niemand dort zu tun hat, wird Brandstiftung vermutet.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

An Größenwahn leidet der 24jährige Schneider Hans Körber aus Köthen, der während seines Aufenthalts in Halle und früher auch in anderen Städten allerlei Tollheiten beging, die ihn mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt brachten. Der junge Mann ist vermögend, stammt aus gutsituierter Familie und hat in kurzer Zeit in Magdeburg 5000 Mk. verjubelt, weshalb er entmündigt wurde. Er kaufte allerhand Uniformen und große Ankleidepuppen, mit denen er Verwandten und Bekannten recht eigenartige Freuden bereitete. Auch seinem Vormund sandte er von Magdeburg in einer großen Kiste eine Ankleidepuppe. Der Empfänger erschrak bei dem Oeffnen der Kiste und glaubte, er erhalte einen „großen Menschen" zugesandt. In Dessau und Magdeburg trat K. öfter in Offiziers-, dann in Bahn- und Postuniformen auf. Einmal ließ er als „Bahnbeamter" auf einer kleinen Station eigenmächtig einen Schnellzug aufhalten, stieg ein und fuhr weiter. Hier in Halle hat er vom Mai bis Juli d. J. in einer Bergbeamtenuniform Betrügereien begangen. Er ließ sich als „Steiger und Schichtmeister" ein Automobil unter der Vorspiegelung, er müsse in den verschiedenen Schächten Revisionen vornehmen. In Wirklichkeit unternahm er aber in dem Auto mit seiner Geliebten Spazierfahrten. Dabei machte er in Kneipen als „Bergassessor" Zechen und bezahlte nicht. Bei Mahnungen erklärte er, der Oberbergrat bezahle alles. Das Autogeschäft ist um 81 Mk. geschädigt worden. Vor Gericht erklärte Körber, der sich eine Kompresse um den Kopf gelegt hatte, geisteskrank zu sein. Die geladenen Sachverständigen erklärten ihn wohl für geistig minderwertig, aber nicht für unzurechnungsfähig im Sinne des Gesetzes. Der Angeklagte wurde schließlich unter Einrechnung einer jüngst in Dessau erhaltenen Strafe von vier Monaten wegen Rückfallbetruges zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis und wegen unbefugten Tragens der Uniformen zu einer Woche Haft verurteilt.

Diebstähle in größerer Anzahl beschäftigten die weitere Sitzung. So stieg der schon oft vorbestrafte, erst 23 Jahre alte Arbeiter Karl Behrendt, ohne festen Wohnsitz, in der Nacht zum 12. August in einer hiesigen Gastwirtschaft in der Zinksgartenstraße ein und erbeutete Kleidungsstücke, Wäschestücke, Postkarten und Briefmarken. Dann entwendete er in der Nacht zum 14. August durch Einbruch bei einem Kleiderhändler in der Rannischenstraße auf drei Gängen Kleiderstoffe im Gesamtwerte von 800 bis 1000 Mk. Er schleppte die Stoffe angeblich ohne Helfer nach einem Getreidefelde, und von dort mit Unterstützung eines Unbekannten in die Wohnung des hiesigen Gärtners Otto Richter. Letzterer ist gleichfalls schon öfter vorbestraft. Er will aber von dem unlauteren Erwerb der Stoffe Kenntnis nicht gehabt haben. Richter wurde aber wegen Hehlerei zu 1½ Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen Behrendt hingegen wurde auf drei Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust erkannt. — Der vorbestrafte Konditor Otto Förderer von hier wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er einem Handelsmann Wäsche im Werte von 1 Mk. entwendet hat. — Der 33jährige Schlosser Alvin Fricke aus hier, der ebenfalls schon erhebliche Strafen verbüßt hat, erbrach am 24. August in einem hiesigen Restaurant einen Waschautomaten, aus dem er den Inhalt von acht Zehnern entwendete. Der geringe Gewinn — die Rückfallbestimmungen zeigten sich hier wieder einmal in einer grenzenlosen Härte — brachte dem Manne eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren ein.

Als Kriminalbeamter aufgespielt

haben soll sich am 9. August d. J. der hiesige Sattler Paul Seidel, der deshalb wegen Anmaßung eines öffentlichen Amtes unter Anklage stand. Er gab sich einer Arbeiterfrau gegenüber als Kriminalbeamter aus und verlangte einen Schrank, den ihr Mann hatte pfänden lassen, zurück mit der Begründung, der Schrank sei gestohlen. Auch einer Hausgenossin der Frau gegenüber soll er erklärt haben, er sei Kriminalbeamter. Die Frau geriet in großen Schreck und lief eiligst nach der Arbeitsstätte ihres Mannes. Die Hausgenossin hegte allerdings Zweifel an Seidels Beamteneigenschaft, weil er so schlecht gekleidet ging. Eine andere Hausnachbarin erklärte jedoch: „Ach, da kennen Sie die Kriminalbeamten schlecht! Die ziehen sich oft absichtlich so schlecht wie möglich an! Die kommen den Leuten auf alle möglichen Arten ins Haus!" Seidel erreichte durch seine Schlauheit nichts weiter als die Anzeige wegen Amtsanmaßung. Vor Gericht bestritt er sehr entschieden, sich als Kriminalbeamter aufgespielt zu haben. Er habe nur gesagt, er komme von der Kriminalpolizei, weil man ihm dort denselben Rat gegeben habe, selber nach dem Schranke, den er für zu Unrecht gepfändet hielt, zu sehen. Die Strafkammer meinte jedoch, der Fall liege milde und erkannte auf 20 Mark Geldstrafe.

Stadt-Theater.

Gastspiel von Aline Sanden in Carmen. Wer dächte nicht bei diesem Wort Carmen an Friedrich Nietzsche, der in seinem „Musikanten-Problem" Der Fall Wagner (1888) dieses Meisterwerk des Franzosen Georges Bizet gegen die Kunst Richard Wagners ausspielte. An dem Textbuch rühmte er: „Die Logik in der Passion, die kürzeste Linie, die harte Notwendigkeit, die Liebe als Fatum, als Fatalität, zynisch, unschuldig, grausam — und eben darin Statur." Und wie entzückte ihn Bizets Musik: „Sie kommt leicht, biegsam, mit Höflichkeit daher. Sie ist liebenswürdig — — böse, raffiniert, fatalistisch: sie bleibt dabei populär, — sie hat das Raffinement einer Rasse, nicht eines einzelnen." Der Historiker wird gründlicher diese Oper betrachten, die in der formalen Struktur der Arien, Ensembles und Chöre noch auf altem Boden steht, in der Gebetszene der Micaela dem Geschmacksbedürfnis der Zeit ein Zugeständnis macht, in der geschickten Verwendung der Chöre in Massenszenen übrigens französisch ist und doch, wiewohl schon 1875 entstanden, in der Harmonik und musikdramatischen Arbeit, wie besonders in der psychologischen Durchdringung des veristischen Librettos völlig modern anmutet und der geistige Ahnherr der jungitalienischen Schule geworden ist. Die faszinierende Rhythmik in der Carmen, die heiße Glut des Stoffes läßt uns begreifen, daß dies Werk ein Nationalheiligtum der Franzosen bedeutet. Und wir Deutsche müssen wohl resignierend eingestehen, daß wir dieser Oper nie völlig gerecht werden können.

Dies zeigte auch die gestrige Aufführung. Kapellmeister Wetzler hatte wie bei allen Aufgaben, die er sich stellt, auch diese Oper musikalisch gründlich studiert. Es war alles klug auseinander gelegt und klanglich fein ausgearbeitet. Dabei ging viel elementare Wirkung verloren und die heiße Sinnlichkeit, die diese Musik aus ihrer glühenden Harmonik und glitzernden Rhythmik ausströmt, wurde zu unromanisch abgestäubt. Die Streichertremoli und die pochenden Synkopen in den Trompeten im letzten Akt, die die grausame Unerbittlichkeit des Geschicks versinnbildlichen, dürften ruhig grob, sogar brutal hervortreten.

Dadurch wäre die Darstellung der Carmen durch Aline Sanden auch glaubenswürdiger geworden. Sie gibt ihre Carmen als die katzenhaft wilde, rein aus tierischen Instinkten handelnde Dirne. Wie sie durch spanische Geste und gefeiltestes Mienenspiel ihre Rolle gestaltete, war eine Meisterleistung allerersten Ranges. Auch Alfred Fährbach als Don José schuf eine bedeutende Leistung. E. van Horst als Escamillo war besonders in der Darstellung von echt spanischer Grandezza. Die Inszenierung schuf vor allem in dem schwierigen ersten Akte lebensvolle Bilder. Im Schlußakt hätte man durch mehr Tiefe auf der Bühne stärkere Wirkung erzielen können. Auch fehlte da die heiße Glut eines prallgelben Sonnenlichts, das die drückende Atmosphäre dieser Schlußszene beklemmend fühlen läßt. Alles in allem — außer der Carmen selbst — zu viel deutsche Gründlichkeit, kein rein instinktives wildes südländisches Temperament. N.

Aus der Provinz.

Der Elster-Saale-Kanal.

Die Elster-Saale-Kanal-Gesellschaft hatte kürzlich nach Merseburg eine Versammlung einberufen, zu der sich die Vertreter der Behörden ziemlich zahlreich eingefunden hatten. Das Interesse am Zustandekommen des Kanals bleibt also nach wie vor lebendig. Herr Rechtsanwalt Dr. Rademacher führte aus, daß noch ein anderer Plan vorliege: Leipzig—Berlin—Stettin, aber dieser Plan stehe zu dem Leipzig—Saale-Plan nicht in Konkurrenz. Preußen habe sich verpflichtet, sofern die mit der sächsischen Regierung getroffenen Vereinbarungen erfüllt würden, die Saale zu regulieren, dadurch werde der Plan Saale—Leipzig auf eine feste Grundlage gestellt, und man werde annehmen dürfen, daß er das Wohlwollen der preußischen Staatsregierung finde. Sollte das Schiffahrtsabgaben-Gesetz in Kraft treten, so sei die Zustimmung Oesterreichs erforderlich, daß die Schiffer auf der Elbe besondere Abgaben zu entrichten hätten. Wollten die Leipziger zu einer Wasserstraße kommen, so sei das Saale-Projekt das nächste, das Eilenburger Projekt hänge in den Wolken, es würde sehr hohe Kosten erfordern; es sei unwahrscheinlich, daß Leipzig derartige Kosten aufbringen werde. Er bezweifle, daß dem Saale-Projekt vom Eilenburger Projekt Gefahr drohe. Nun aber werde in der Leipziger Presse und sonst für das Stettiner Projekt Stimmung in der Oeffentlichkeit zu machen versucht. Die Merseburger Kanal-Gesellschaft habe es nicht für richtig gehalten, auch ihrerseits in der Presse vorzugehen, statt dessen hatte sie Herrn Dr. Ritter aus Halle gewonnen, um einen Vortrag über das Thema zu halten.

Herr Dr. Ritter führte etwa folgendes aus: An sich sei die in Eilenburg entstandene Bewegung erfreulich; zunächst müsse man daran festhalten, daß Leipzig in wirtschaftlicher Beziehung sein und bleiben werde, kein Ausgangs-, resp. Endpunkt. Ein Kanal, der Massengüter verfrachte, habe auszugehen von einem Endpunkt, der Rohmaterialien liefere oder aber von der See ausgehe. Ein Kanal von Leipzig nach Berlin habe volkswirtschaftlich keine Berechtigung, es fehle sozusagen der Lieferant, das Mittelland allein ohne solchen Lieferanten komme nicht in Betracht. Das sei beim Kanal Saale—Leipzig anders, da sei das Kohlenbecken der Lieferant, die Schiffe auf dem Saale—Leipzig-Kanal seien für 600 Tonnen Fracht in Aussicht genommen. Die Handelsgüter Leipzigs gravitierten auch nicht nach der Ostsee, Stettin, sondern nach der Nordsee, Hamburg. Deshalb genüge eine kurze Verbindung Leipzig—Halle, denn letzteres sei mit Hamburg zu Wasser verbunden. Der Weg Leipzig—Hamburg sei zugleich die billigste Wasserstraße, deshalb hätten alle Interessenten des Leipzig—Saale-Kanals alle Veranlassung, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Das Projekt Leipzig—Saale werde nicht zum Stillstand kommen, was man in Merseburg dafür tue, sei der aufgewendeten Mühe wert. Möglicherweise stehe Merseburg an einem wirtschaftlichen Wendepunkte, möglich, daß es über kurz oder lang in den großen allgemeinen Verkehr einbezogen werde. Merseburg müsse der Ausgangspunkt des Kanals werden. Der Kanal müsse kommen.

Bitterfeld. Wars wieder Juckpulver? Schon wieder wird von einer Massenerkrankung in der Filmfabrik gemeldet. Am Freitag wurden 11 Mädchen (nach Meldungen bürgerlicher Blätter sogar 20) von Unwohlsein befallen. Als sie wieder zum Bewußtsein kamen, wurden sie zum Teil in das Wohlfahrtsheim und einige nach Hause gebracht. Bereits am 23. Juli kamen mehrere Erkrankungen gleicher Art dort vor. Auf die Notiz in Nr. 173 des Volksblatts brachte der leitende Fabrikarzt eine sogenannte Richtigstellung, daß die Erkrankungen keine Vergiftungen, die mit der Arbeitsweise im Zusammenhang stehen, sondern auf einen Scherz der Mädchen zurückzuführen seien. Ein Mädchen soll Juckpulver unter die Mitarbeiterinnen verteilt haben. Was Juckpulver für gefährliche Wirkung haben soll, wurde von dem leitenden Arzt in seiner Richtigstellung in der weitgehendsten Weise geschildert. Jedenfalls schien es dem Herrn gelungen zu sein, ganz entschieden in Abrede zu stellen, daß die Erkrankungen Ursachen des Fabrikationsverfahrens sein könnten. Was wird der leitende Fabrikarzt wohl zu den neuesten Massenerkrankungen sagen?

Ramsin. Licht- und Wasserversorgung. Zwei Beschlüsse von weittragender Bedeutung wurden in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gefaßt. Die Gemeinde und der Gutsbezirk werden sich der Ueberlandzentrale anschließen, ferner soll ein Projekt zu einer generellen Wasserversorgung ausgearbeitet werden. Die Vorarbeiten sollen dem Kreiswiesenbaumeister in Bitterfeld übertragen werden.

Delitzsch. Großes Schadenfeuer. In Wiedemar wütete Sonnabend nachmittag ein großes Schadenfeuer. Den Flammen fielen eine große Scheune und ein Stallgebäude des Ortsvorstehers Felgner und zwei Scheunen des Gutsbesitzers Schulze zum Opfer. Reiche Erntevorräte und Gerätschaften sind vernichtet worden. Das Feuer soll durch zwei achtjährige Jungen vorsätzlich angelegt worden sein.

Eilenburg. Ins Gefängnis mit dem Preßsünder. Das Landgericht Leipzig hat am 15. Mai den verantwortlichen Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genossen Liebmann, wegen Beleidigung in zwei Fällen zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Durch den ersten Artikel sollte die Ehre eines Bezirkskommandeurs angeblich verletzt worden sein, während sich im zweiten Falle der Amtsvorsteher Graf v. Mengersen in Zschepplin bei Eilenburg beleidigt fühlte. Ein bei dem Gutsbesitzer Schräpler in Zschepplin bedienstetes Mädchen war wegen Krankheit der Arbeit ferngeblieben und vom Amtsvorsteher aufgefordert worden, in den Dienst zurückzukehren oder ein Krankheitsattest beizubringen. Das Mädchen ging nun mit der Krankheitsbescheinigung statt zum Amtsvorsteher zum Ortsvorsteher Räthel, der ihr gesagt hat, er könne das Attest nicht lesen. In dem Artikel der Leipziger Volkszeitung war aber irrtümlich berichtet worden, der Amtsvorsteher habe die Aeußerung zu dem Mädchen getan. Es folgte wegen dieser Personenverwechslung ein hochnotpeinliches Verfahren, das ebenfalls mit der Verurteilung des Verantwortlichen zu zwei Wochen Gefängnis endete. Das Landgericht mußte dem Preßsünder einen angemessenen Rabatt gewähren und aus den beiden Strafen eine Gesamtstrafe von drei Wochen zusammenziehen. Genosse Liebmann legte gegen das Urteil Revision ein, in der er behauptete, daß zu Unrecht eine Beleidigung für vorliegend erachtet worden sei. Die Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Nun strahlt der Ehrenschild der Beleidigten wieder in vollster Glorie, während der Preßsünder für seine schwarzen Taten brummen muß.

Eisleben. Verkehrsverein. Wie schon mitgeteilt, hat sich hier seit einiger Zeit auch ein Verkehrsverein gebildet. Allerdings machte er gleich bei seiner Gründung den Fehler, den Oberbürgermeister zu seinem Ehrenmitgliede zu ernennen. Diese einigermaßen befremdliche Maßnahme kam gelegentlich der Erhöhung des Wiesenmarktstandgeldes als Mißgriff so recht zur Geltung; konnte doch der Verein nicht gegen sein Ehrenmitglied kämpfen. Jetzt hat sich der Verein abermals des Beitritts eines hervorragenden Mitgliedes zu erfreuen. Herr Bergdirektor Vogelsang ist Mitglied geworden. Vogelsang als Mitglied, bald vielleicht auch „Ehrenmitglied" des Verkehrsvereins! Das gibt doch zu denken! Der Verein will den Verkehr in jeglicher Gestalt in der Stadt heben. Aber hat sich die Bergdirektion, in der Herr Vogelsang doch die erste Rolle spielte, nicht gerade in entgegengesetzter Richtung betätigt? Hat er nicht geholfen, daß Hunderte, ja Tausende von steßigen Bergleuten das Land und auch Eisleben verlassen mußten, bloß weil sie ein staatlich gewährleistetes Recht ausgeübt haben? Noch heute hat besonders Eisleben eine fortgesetzte Abnahme der Bevölkerung aufzuweisen, was mit auf die Strategie im Bergbaurean zurückzuführen ist. So „hebt" man in Eisleben den Verkehr. O Bürgerstolz vor Finanzkönigen!

Wittenberg. Zum Schneiderstreik. Die in den letzten Tagen aufgetauchten Hoffnungen auf baldige Beendigung des Streikes haben sich wieder gänzlich zerschlagen. Starr bleiben die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharren, daß sie Verhandlungen ablehnen und nichts bewilligen. Wie wir schon berichteten, suchen die Meister mit allen Mitteln Arbeitswillige nach hier zu locken; selbst schweres Geld scheuen sie nicht zur Erreichung ihres Zieles. Daß die herrschende Krise mit ihrer langen Arbeitslosigkeit für Tausende von Arbeitern so manchen ehrlichen Arbeiter mürbe macht und ihn zum Verräter werden läßt, ist zu begreifen. Trotzdem haben die Meister nur einige wenige Arbeitswillige zur Verfügung. Auf der andern Seite haben die Schneider schon mehrere Fälle von heroischem Opfermut zu verzeichnen, in denen nach hier Gelockte sofort ihre Arbeitsstätte verließen, als sie den wahren Sachverhalt erfuhren. Und das, obwohl die Betreffenden wissen, daß sie zu Hause wieder das graue Elend der Arbeitslosigkeit empfängt. Ueber so viel Opfermut staunt allerdings der bürgerliche Philister und schimpft über die dreimal verfluchte Sozialdemokratie, „die die Arbeiter verhetzt und sie am Arbeiten hindert." Er hat keine Ahnung von der Kraft der Solidarität, zu der die Gewerkschaften ihre Mitglieder erziehen, und läßt sich nur immer wieder vom Tageblatt die neuesten „Terrorismusfälle der sozialdemokratischen Gewerkschaftler" als unverbrüchliche Wahrheiten auftischen. So hoffen auch die Meister von Tag zu Tag, daß es ihnen gelingen möge, die Schneider niederzuringen. Kein Streikender erhält wieder Arbeit, so sprengen sie aus. Aengstlich wacht die Polizei über die Streikenden, daß ihre Posten „den Verkehr nicht hindern" und fast immer ist sie zur Stelle, wenn die Meister diesen oder jenen auf dem Heim Gegangenen vom Bahnhof nach ihrer Behausung transportieren wollen — zumeist erfreulicherweise mit negativen Erfolge. Auch der hiesige auf christlicher Basis aufgebaute öffentliche Arbeitsnachweis muß helfen, Arbeitswillige herbeizuziehen, denen dauernde Arbeit versprochen wird und dem Hinweis, die Streikenden würden nicht wieder beschäftigt. Einigen hat man 36 Mk. geboten; die geforderten Löhne dagegen betragen bei 10 Proz. Erhöhung gegen 30 Mk. Der Jahresdurchschnitt ist freilich infolge der Saisonarbeit erheblich geringer. So haben die Gesellen keine Veranlassung, von ihren Forderungen abzugehen und werden tapfer durchhalten bis zum Sieg.

Torgau. Die letzte Kartellsitzung erledigte zunächst eine Anzahl Eingänge. Unter diesen befand sich ein Schreiben des Bezirkssekretärs Daniel in Merseburg, in welchem dieser eine für die Versicherten, welche eine Vertretung durch den Sekretär vor dem Oberversicherungsamt wünschen, wichtige Mitteilung macht insofern, daß die Alten immer rechtzeitig an ihn eingesandt werden sollen. Weil das persönliche Erscheinen der Versicherten in vielen Fällen vom Oberversicherungsamt nicht angeordnet wird, zu einer wirksameren Durchführung von Ansprüchen jedoch aber unbedingt nötig ist, wird den Gewerkschaften empfohlen, den betr. Mitgliedern in solchen Fällen das Fahrgeld zu gewähren. Auf diese Weise wird den Unbemittelten zur Wahrnehmung ihrer Termine Gelegenheit gegeben. Weiter war ein Zirkular der Generalkommission ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131028-14/fragment/page=0007

gegangen, welches sich mit der Arbeitslosenfrage befaßte. Es wird beschlossen, mit dieser Angelegenheit zu warten, denn gegenwärtig sei glücklicherweise von einer Arbeitslosigkeit in Torgau nicht viel zu bemerken. Hierauf wurde der Bericht des Jugendausschusses zu Gehör gebracht. Hierbei ist zu bemerken, daß so viel Leser der Arbeiter-Jugend vorhanden sind, als gegenwärtig Jungbeutschland-Jünglinge bei ihren Veranstaltungen angetroffen werden. Beschlossen wurde, am ersten Weihnachtsfeiertag eine größere Veranstaltung zu treffen. Der Rechnungsstelle der Volksfürsorge wurden leihweise 25 Mark überwiesen, da der gleiche Betrag auch vom Konsumverein zur Verfügung gestellt ist. Den Schluß der Sitzung bildete eine Debatte, welche Grenzstreitigkeiten zwischen dem Metallarbeiter- und dem Fabrikarbeiter-Verbande angehen. Es fehlten entschuldigt: Kloß, Fabrikarbeiter; Wehlmann, Glaser; Mond, Metallarbeiter; Köhler, Maschinisten, Lück, Binnenschiffer; unentschuldigt: Hubert, Buchbinder; Schurig, Zimmerer; Wießner, Maler, und die Delegierten der Steinsetzer und Töpfer.

Dommitzsch. Spitzbubenfrechheit. Daß bei uns die Diebe keine Angst haben, beweist, daß sie sogar unseren Gendarmeriewachtmeister Schulze bestehlen. Aus dem Garten des Wachtmeisters war ein großes Quantum Futtermöhren gestohlen worden. Um den Spitzbuben zu suchen, wurde der Wittenberger Polizeihund geholt, der hier öfters „zu tun hat". Infolge seiner „präzisen Arbeit" wurden die entwendeten Möhren in einem Nachbargrundstück vorgefunden und beschlagnahmt.

Elsterwerda. Noch immer Streikurteile. Wegen angeblicher Nötigung und Beleidigung Arbeitswilliger hatten sich in der letzten Schöffengerichtssitzung wiederum einige Streikende zu verantworten, und zwar der Maurerpolier Hermann Sch. aus Kleinleipisch, der Maurer Oskar H. aus Bockwitz, der Schuhmacher Otto L. aus Grünewalde, der Maurer Arthur Sch. aus Dolsthaida und der Maurer Karl K. aus Naundorf. Die Streikünder bestritten die ihnen zur Last gelegten Straftaten, der Amtsanwalt fand sie jedoch nach erfolgter umfangreicher Beweisaufnahme für schuldig und beantragte durchweg Gefängnisstrafen von einem bis zwei Monaten. Auf Antrag des Verteidigers wurden zwei Sachverständige Ladung neuer Zeugen vertagt, während die Angeklagten L. zu 2 Wochen, A. Sch. zu 4 Wochen Gefängnis und K. zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden.

Allerlei.

Der Flugkünstler Pegoud in Johannisthal.

Der französische Flugkünstler Pegoud zeigte am Sonntag einem nach Tausenden zählenden Publikum auf dem Flugplatze in Johannisthal seine halsbrecherischen Purzelbaumflüge. Er erhielt, wie schon mitgeteilt, für einen einzigen Flug die enorme Summe von 20000 und für zwei Flüge 50000 Mark. Während seines ersten Fluges überschlug er sich achtmal in der Luft und vollführte eine waghalsigen Kurvenflüge; beim zweiten Auftritt machte er dieselben Flüge und überschlug sich zehnmal nach hinten. Das Publikum jubelte dem kühnen Flieger fortwährend zu und begrüßte ihn am Schluß seiner Vorführungen mit lautem Beifall und Händeklatschen.

Ueber die kühnen und verwegenen Flüge Pegouds entnehmen wir der B. Z. noch die folgende Schilderung: Langsam fährt Pegoud durch die Luft und umkreist den Platz. Die Menschenmenge ist totenstill: sie erwartet den ersten Sturzflug. Aber Pegoud macht noch keine Miene, seine Kunst zu zeigen. Ruhig fährt er seine Bahn, man merkt nur, daß er allmählich höher steigt. Da plötzlich ein tausendstimmiger Schrei. Der Flieger hat sich ganz auf die Seite gelegt, die Tragflächen ragen senkrecht in die Luft! Und Pegoud stürzt nicht. Senkrecht auf die Seite gestellt, fliegt er etwa zwei Minuten dahin. Des Publikums hat sich eine beispiellose, eine fieberhafte Erregung bemächtigt und während es in dem einen Schrei seinen Schrecken kundgegeben hat, deutet seine lautlose Stille jetzt das ungeheure Staunen an.

Da stellt Pegoud seinen Apparat ganz steil und in kleinen Spiralen windet er sich zu einer Höhe empor, daß man ihn nur wie einen kleinen Punkt sieht, einen kleinen glitzernden Stern. Immer höher und immer höher. Und da ertönt wieder dieser furchtbare Schrei, der die Herzensangst der Menge verrät. Und dann wieder diese Totenstille: in tausend Meter Höhe stellt Pegoud seinen Apparat auf den Kopf und sausend stürzt er herab. Es dauert nur Sekunden. Aber die Sekunden währen lange genug, um den erstarrten Zuschauer sich fragen zu lassen: Kann er diesen Sturz aushalten? Und gleich darauf jubelt man im Innern: Ja, er kann! Er hat es gekonnt! Denn nach einem fürchterlichen Sturz von sechshundert Metern hat er den Apparat angehalten — schneller als man ein Automobil anhält — und nun fährt er wieder in horizontaler Richtung dahin, als ob nichts gewesen wäre. Das Publikum schweigt. Es ist erschüttert. Was kann der Mann da oben noch mehr machen? Aber Pegoud läßt keine Zeit zur Ueberlegung. Mit starrem Entsetzen sieht man, wie der Apparat sich aufrichtet und nach rückwärts überschlägt und nun verkehrt dahingleitet, daß die Räder nach oben gerichtet sind. Und Pegoud winkt mit der Hand herab. Da löst sich die ungeheure Spannung, tosender Beifall bricht los, die Menge klatscht begeistert in die Hände und donnernde Zurufe steigen zu dem Flieger empor. Seine Kunst ist jedoch noch nicht am Ende. Er richtet sich auf, steigt wieder etwas höher und schlägt nun — es geschieht zum erstenmal — nach rückwärts einen Purzelbaum. Dann einen nach vorn und wieder einen nach rückwärts und so fort sechs- bis siebenmal.

Wieder ein Luftschiff-Unfall.

Bei der Probefahrt des Düsseldorfer Stahlluftschiffes „VI", die Sonnabend mit 13 Personen an Bord in Düsseldorf unternommen wurde, ereignete sich ein schwerer Unfall. Das Luftschiff ging nach längerer Fahrt über dem Rheinstal zur Landung nieder. Dabei verwickelte sich der Soldat Wiehler von der zweiten Kompagnie des Luftschifferbattaillons 3 mit dem Fuß im Schleifseil, wurde hochgerissen und erlitt beim Sturz eine Gehirnerschütterung. Ein zweiter Soldat und ein Arbeiter, die ebenfalls mit hochgerissen wurden, blieben unverletzt. Plötzlich bemerkten die Zuschauer, daß am Hinterschiff etwas nicht in Ordnung war. Das Steuerorgan setzte sich so heftig in Bewegung, daß die hintere Spitze des Luftschiffes sich plötzlich erhob und sich unmittelbar über die Halle zu legen drohte. Erst im letzten Augenblick konnte eine Katastrophe abgewendet und das Luftschiff unversehrt nach der Halle gebracht werden.

Brandkatastrophe in Neuyork.

Am Sonnabend wurde in der Kanalstraße zu Neuyork ein sechsstöckiges Fabrikgebäude durch Feuer zerstört, wobei **6 Personen, drei Frauen und drei Männer, den Tod fanden und über 20 Personen lebensgefährlich verletzt** wurden. Das Feuer entstand in den im dritten Stockwerk gelegenen Arbeitsräumen der Royal Machine Works, wo ein mit Gas geheizter Emaillierofen explodierte. Unmittelbar nach der Explosion schossen aus allen Fenstern die Flammen heraus. Als die Feuerwehr erschien, stand bereits der ganze obere Teil des Gebäudes in Flammen. Die Angestellten der Firma erschienen mit brennenden Kleidern auf den Feuerwehrleitern, einige sprangen, einige stürzten auf die Straße.

•

Prag, 26. Oktober. In Sluha bei Brandeis an der Elbe in Böhmen waren von den Eheleuten Anderle deren drei Kinder allein in der Wohnung zurückgelassen. Diese spielten mit Zündhölzchen und gingen dabei unvorsichtig mit diesen um, sodaß in der Wohnung Feuer ausbrach. **Alle drei Kinder sind verbrannt.**

Kleines Allerlei. Gestrandetes Schiff. Die Dampfer Le Tell von Marseille ist auf einen Felsen bei Saint Tropez aufgelaufen. Das Schiff befindet sich in äußerst kritischer Lage, und man müsse die Befürchtung hegen, daß es untergehen werde, ehe Hilfe zur Stelle sei, jedoch ist solche bereits unterwegs. An Bord des Dampfers befinden sich 30 Mann. — Zusammenstoß. Auf der Waterloostation in London stießen infolge des herrschenden Nebels zwei Züge zusammen. Drei Personen wurden getötet, 19 verletzt. — Bei der Station Stepnaja (Rußland) entgleiste ein Schnellzug. Drei Personenwagen fingen Feuer und verbrannten. Ein Schaffner ist verbrannt. Mehere Personen wurden leicht verletzt. — Die Jahrhundertausstellung in Breslau ist am Sonntag nach fünfmonatiger Dauer mit einem Festkonzert in der Jahrhunderthalle beendet worden. — Ein reichhaltiges Golderzlager wurde am rechten Talabhange des mittleren Laufes des Bodaibofluffes entdeckt.

Frauen-Schönheit verleiht ein rosiges, jugendfrischer Antlitz und ein reiner, zarter, schönes Teint. Dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Seife die beste Lilienmilchseife v. Bergmann & Co., Radebeul. Stück 50 Pf. Überall zu haben. Ferner macht der Lilienmilch-Cream „Dada" rote und spröde Haut in einer Nachtweil u. sammetweich. Tube 50 Pf.

Letzte Nachrichten.

Krupp-Prozeß.

Berlin, 27. Oktober. Heute wird mit der Vernehmung von Mitgliedern des Kruppschen Direktoriums begonnen. Zunächst wird Geh. Finanzrat Hugenberg vernommen. Er macht eingehend Mitteilung über die Geschäftsgebarung der Firma Krupp. Die Geschäfte des Direktoriums zerfallen in Dezernate. Jeder Dezernent ist selbständiger Leiter für sein Dezernat. Für den kaufmännischen Betrieb besteht nur ein Dezernat, welches seinerzeit in den Händen des Herrn v. Eccius lag, der während seiner Krankheit durch Direktor Mylon vertreten wurde. Herr v. Dewitz welchem Anfang 1912 Handlungsvollmacht erteilt wurde, war als Untergebener des Herrn v. Eccius an dessen Weisungen gebunden. Herr v. Dewitz sammelte Nachrichten über Preisfestsetzungen und Submissionen. Ueber die Aufgabe Brandts war ihm, dem Zeugen, nichts bekannt. Zeuge kann sich nicht erinnern, daß ihm Kornwalzer zu Gesicht gekommen sind, gibt aber die Möglichkeit zu, denn es seien ihm während der Untersuchung Kornwalzer vorgelegt worden, die sein Zeichen trugen. Im August 1912 brachte Dr. Mylon, der in Vertretung des Herrn v. Eccius nach Berlin eine Reise unternommen hatte, in Gegenwart ganz weniger Direktoren, unter denen sich Eccius nicht befand, die Angelegenheit Brandt zur Sprache. Brandt habe ihm gesagt, er könne das Leben nicht mehr aushalten, denn er wolle ein ordentlicher Mensch bleiben. Er fragte Herrn Mylon, ob er seine Stellung verlieren würde, wenn er seine Berichterstattung einstelle. Mylon erklärte Brandt, daß er seine Stellung verlieren würde, wenn er etwas tue, was nicht in Ordnung sei. Bei der Erörterung dieser Dinge im Direktorium erklärte Mylon, man könne wegen des geringen Interesses auf die Berichterstattung verzichten und Brandt abberufen. Er, der Zeuge, habe sich mit dieser Auffassung einverstanden erklärt. Er habe aber die endgültige Erledigung mit Rücksicht auf die schwache Teilnahme an der Sitzung und aus Fehlen des Herrn Eccius verschoben.

Die italienischen Wahlen.

Rom, 27. Oktober. Bis 5 Uhr morgens lagen die Ergebnisse aus 126 Wahlkreisen vor. Gewählt sind 72 Ministerielle, acht verfassungstreue Oppositionelle, drei ministerielle Radikale, drei Katholiken, fünf Republikaner, 11 offizielle Sozialisten, sechs „reformierte" Sozialisten. 18 Stichwahlen sind erforderlich (siehe auch unter Italien).

Die Präsidenten„wahl" in Mexiko.

Mexiko, 27. Oktober. Die Wähler beteiligten sich an der Präsidentenwahl nur in geringer Zahl. Man glaubt, daß die geringe Zahl der abgegebenen Stimmen für die verfassungsmäßige gesetzliche Wahl unzureichend sei und Huerta daher weiterhin „provisorischer Präsident" bleiben werde. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

Die Ministerkrise in Spanien.

Madrid, 27. Oktober. Der Sozialistenführer Iglesias erklärte in einer Versammlung, falls Maura die Bildung des Ministeriums übernähme, würde die Regierung nicht einen einzigen Tag Ruhe haben. Es heißt, daß mehrere konservative Politiker dem König den Rat gegeben hätten, die liberale Partei am Ruder zu lassen. Als die Konservativen Maura, Dato und General Azcarraga zum König gerufen wurden, sammelte sich vor dem Schloß eine große Volksmenge an und veranstaltete eine Kundgebung gegen Maura. In Barcelona wurde in der Stierfechtarena von der Polizei eine große Tafel entfernt, welche die Aufschrift trug: Es lebe Spanien, nicht Maura! Dabei kam es zu einer Rauferei, bei der ein Schutzmann verwundet wurde

Zugzusammenstoß.

Berlin, 27. Oktober. Infolge zu früher Freigabe des Einfahrtsignals ist um 12½ Uhr nachts auf Bahnhof Potsdam der Eilgüterzug 6040 auf den auf dem Bahnhofe haltenden Personenzug 400 aufgefahren. Die letzten drei Wagen des Personenzuges sind entgleist, teilweise in einander geschoben und erheblich beschädigt. Schwer verletzt sind einige Unteroffiziere von der 6. Batterie des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 3 in Brandenburg. Diese Verletzten wurden in das Garnisonlazarett in Potsdam eingeliefert. Leicht verletzt sind ein Lackierer und ein Kürassier.

Ueberschwemmung in Frankreich.

Paris, 27. Oktober. Im Departement Hautes-Pyrénées sind durch Wolkenbrüche große Ueberschwemmungen und Verheerungen angerichtet worden. In Lourdes, wo der Fluß Gave de Pau plötzlich um 6 Meter stieg, steht das Wiesengelände unter Wasser.

4425
Gamaschen
für Radfahrer
von 75 Pfennig an.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Gelegenheitskauf
Pelz-Stolas
alle Arten, billigst.
4358 Kl. Ulrichstraße 15.

+ Frauen +
erhalten bei Störungen, Stockungen etc. die besten Präparate billigst. Erste und älteste Marke der Welt. 4419
Spül-Apparate wie sie sein sollen, enorm **billig.**
Schon von 1.25 an. Gute 2.50. Beste 3.50—4.50.
Briefl. Auskunft geg. 20 Pfg. Briefmarken.
Diskreter Versand.
Dr. med. Ernst Geyer & Co.
(Sanitas-Depot)
Halle a. d. S., Leipzigerstr. 11, Eingang Kleiner Sandberg, gegenüb. Ulrichskirche.
Kein Laden. Frauenbedienung.

Friedr. Wilh. Kolbe.
Der Fremdenlegionär
Erlebnisse eines Deutschen in der französischen Fremdenlegion.
Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung, Halle (Saale),** Harz 42/44.

Makulatur verkauft Genossenschafts-Druckerei

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 25. Okt.

Aufgeboten: Arbeiter Meinhardt u. Marie Hoffmann (Gerberstraße 13). Konditor Peuker u. A. Alert (Hünern u. Breslau).

Eheschließungen: Klempner Haack und Ella Ludwig (Herderstraße 18 und Rud. Haymstr. 31). Glaser Dietrich u. Gertrud Mertin (Albrechtstraße 40 u. Kuttelhof 1). Schlosser Jahnke u. Klara Thomas (Hirtenstraße 12). Bergschmied Bindel und Martha Kühlemann (Wimmelburg und Bäckerstr. 6). Gelbgießer Vößler und Marie Engel (Fischerplan 3). Lokomotiv-Hilfsheizer Hoffmann und Anna Werner (Leipzig-Eutritzsch und Torstraße 56). Arbeiter Zimmermann und Christine Hoffmann (Marthastraße 7). Arbeiter Nordmann und Elise Schmidt (Turmstraße 3 und Schlosserstraße 16).

Geboren: Schlosser Müller T. (Thüringerstr. 28). Rangierer Harzdorf S. (Thomasiusstr. 4). Bäcker Metze T. (Thomasiusstraße 31). Schlosser Simon S. (Kabenbergstr. 3). Arbeiter Voigt S. (Kl. Sandberg 17).

Gestorben: Kassenboten Luke Ehefr. Marie geb. Linge, 53 J. (Bernburgerstraße 3). Arbeiters Borchardt aus Bitterfeld T., 2 T. (Klinik). Maurer Weber a. Gröbers, 43 J. (St. Elisab.-Krankenhaus). Arbeiter Neubert, 70 J. (Riemeyerstr. 16).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3).

24. Oktober.

Geboren: Dentist Richter T. (Yorkstraße 1). Stellmacher Reese (Leopoldstraße 5). Arbeiter Keller T. (Reilstraße 127). Arbeiter Block Sohn (Advokatenweg 28). Telegraphensekretär Haseloff T. (Wielandstraße 17). Schmied Stein S. (Seydlitzstr. 4). Waschmeister Moraß S. (Göthestraße 1).

Gestorben: Schlossers Schulze T., totgeboren (Körnerstraße 30). Privatmann Hoffmann, 53 Jahre (Lafontainestraße 14). Lokomotivheizers Schindler T., 4 Monate (Cecilienstraße 97).

25. Oktober.

Eheschließungen: Buchhalter Dertel u. Anna Wiedrich (Wilhelmweg 31 und Burgstraße 55). Postassistent Schuster u. Elsa Reichardt (Leipzig und Gütchenstraße 20). Stellmacher Vogel und Minna Guberiet (Körnerstraße 27 und Saalestraße 5). Bankvorsteher Hörter und Martha Pinthus (Berlin und Blumenstraße 8). Arbeiter Schwiegershausen und Emma Könnicke (Große Gosenstraße 29 und Triftstraße 24).

Geboren: Tischler Scheibe S. (Gabelsbergerstr. 10). Techniker Sperner T. (Reilstr. 32). Bureauvorsteher Gollnisch T. (Wasserweg 8). Lehrer Auban aus Obhausen-Johannis S.

Gestorben: Generberat Collins, 55 J. (Viktor Scheffelstraße 7).

Gestern morgen, 10 Uhr, starb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber guter Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Steinsetzer

Wilh. Semmler

im 63. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Trotharer Friedhofes aus statt. 4423

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Wilhelm Semmler

am Sonntag, vormittags 10 Uhr, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Trotharer Kirchhofes aus statt. 4422

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131028-14/fragment/page=0008

Halle, 28. Oktober

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 253 — 1913.

Zwischen dem Begehren und der Befriedigung liegt stets das Bestreben; ist es dieses redlich und auf vernünftige Ueberzeugung begründet, so wird die Befriedigung eine wahrhafte, eine glückliche sein. Langbein.

Fräulein Gertrud.

Von Richard Jensen.

Ich wurde ihr durch einen Geschäftsfreund vorgestellt. Früh am Vormittag war ich in der Stadt angekommen, die ich gewöhnlich viermal im Jahre besuche, und nun war ich gegen Abend ausgegangen, um mich ein wenig umzusehen, wie ich die Zeit zu tun pflege. Ich war im einem Varietee gewesen und hatte dann eins der besseren Nachtcafés aufgesucht, um mir in Ruhe und Muße die „Damen" dort anzusehen und diejenige auszuwählen, die mir am erstrebenswertesten erschien ... Herr Gott, ich bin ja Junggeselle!

Und dort fand ich meinen Bekannten in einer kleinen Nische, in einem Lokal, flankiert von zwei prächtigen Mädchen und versehen in Austern und Champagner. Wir haben seit mehreren Jahren Geschäfte miteinander gemacht, haben — ohne einander mehr als oberflächlich zu kennen — gefühlt, daß wir gut zueinanderpassen, und uns gelegentlich famos zusammen amüsiert. Sobald er mich erblickte, sprang er auf, rief mich an seinen Tisch zu lotsen; in begeisterten Redewendungen versicherte er mir, wie sehr er sich freue, mich zu sehen. Ich meinerseits ließ mich natürlich nicht nötigen; die beiden Mädchen, die er erobert hatte, waren, wie gesagt, recht niedlich, und er selbst reflektierte wohl kaum auf sie.

Ich wurde also vorgestellt und sank auf ein Sofa hinab. Ich hatte die Damen sofort beim Vornamen; meine Nachbarin, Fräulein Gertrud, hatte mir diese Freiheit mit einem ganz lockenden, unergründlichen Lächeln gestattet. Was Fräulein Hedwig betrifft, die zweite Dame, so entsann ich mich genauerer Betrachtung, daß ich sie schon von einem frühen Besuch in der Stadt kannte. Sie war ein stilles Geschöpf gefälligem Wesen. Ihr einziger Fehler war, daß sie zu trinken anfing, wenn sie zu viel Champagner getrunken hatte.

Ich saß neben meinem Geschäftsfreund, so daß ich mich Fräulein Gertrud widmen konnte. Im übrigen bildete die Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt natürlich noch ein Ganzes, wir saßen zusammen, plauderten und tranken, und wir eröffneten einander ein Kreuzfeuer von Andeutungen, Witzen und Erzählungen Gewagtheiten. Fräulein Gertrud, die ich, soweit mich entsinnen konnte, früher nicht gesehen hatte, war eine frische Brünette, anfangs der Zwanziger, und sehr übermütig und lebhaft, was mir durchaus nicht unangenehm war.

Das Café, in dem wir saßen, war in dem üblichen Nachtrestaurant-Stil gehalten: Weiß und Gold, über dem Lokal lag ein starkes, blendendes und anstachelndes Licht, das über die weißen Tischtücher hinglitt und in den Gläsern funkelte. Das Orchester spielte lauter weiche, einschmeichelnde Walzer, der Lärm von den Tischen brauste behaglich in unsere Ohren; die einzelnen Rede der vorübergehenden Damen rasselten.

Unsere Freundinnen hatten uns einen Augenblick verlassen, und mein Bekannter sich über den Tisch beugte und mir pfiffig zuflüsterte:

„Na, wie finden Sie denn eigentlich Fräulein Gertrud? Famoses Mädel, nicht wahr?"

Ich leerte ein Glas Sekt und nickte bejahend.

Der Lärm des Cafés zerschnitt unsere Unterhaltung. Dann ging mein Freund fort — wie mir schien, wieder mit argem Blinzeln:

„Wen möchten Sie lieber nach Hause begleiten, Fräulein Hedwig oder Fräulein Gertrud? Fräulein Gertrud, was?"

Ich leugnete es nicht. Sie war viel frischer, als solche Damen es gewöhnlich sind, und ihre Augen waren vielversprechend. Mehr als einmal hatte ein Schleier diese Augen verhüllt, während sie mich ansahen.

Ich bemerkte, daß mein Freund sich innerlich über irgend etwas amüsierte. Aber er sagte in ernstem Tone:

„Mein Lieber, ich glaube, Sie werden eine Enttäuschung erleben."

Ich merkte, daß etwas dahinter steckte; doch es war mir unwichtig, der Sache auf den Grund zu gehen. Ich begnügte mich daher mit einem überlegenen Lächeln und erwiderte:

„Das glaube ich nicht."

Mein Freund hatte einen Einfall:

„Wir frühstücken morgen zusammen. Sie bezahlen die Zeche, wenn es nicht so geht, wie Sie wünschen — sonst ich."

Ich willigte ein.

Unsere Damen kamen zurück. Und von nun an waren sie vor allem Fräulein Gertrud — noch aufgeräumter und genußfreudiger als vorher.

Es fiel mir auf, daß Fräulein Hedwig dem Fräulein Gertrud gegenüber ein wenig zurückhaltend war, während diese dem gegenseitigen Verhältnis ein Gepräge von Vertraulichkeit zu geben suchte. War Fräulein Gertrud der stilleren Hedwig etwa zu wild? — — Ausgelassen warf sie sich auf einen Platz hin und ließ eine Lachtirade von Stapel, und voller Uebermut rief sie meinem Freunde über den Tisch zu:

„Du, Vetter, bin ich nicht schön?"

Er grüßte galant und antwortete:

„Ueber alle Maßen!"

Ich griff ihren Einfall auf und sagte, indem ich mich leicht vor sie beugte:

„Fräulein Gertrud, wollen Sie mich nicht auch zum Vetter erheben?"

Sie sprang entzückt auf und jubelte:

„Wir wollen alle vier eine Familie sein!"

Wir stießen an und kamen immer mehr in Stimmung. Fräulein Gertrud führte das Gespräch; sie tischte so gewagte Witze auf, daß mein Freund sich vor Lachen kugelte, während Fräulein Hedwig ziemlich erstaunt dreinsah. Fortwährend trafen sich Fräulein Gertruds Augen an den meinen fest. Ich war sehr erhitzt und verliebt.

Spät brachen wir auf. Ich sah, wie Fräulein Gertrud noch mit einem letzten Blick das blendende Leben des Nachtcafés in sich aufnahm; dann schmiegte sie sich an mich, und halb führte, halb trug ich sie in ein Automobil. Die andern waren schon nach der entgegengesetzten Richtung verschwunden.

Wir fuhren in der Richtung nach ihrer Wohnung, die sie mir genannt hatte. Sie lag reglos in meinen Armen, und ich küßte sie und küßte sie unaufhörlich. Zitternd duldete sie es. Dann auf einmal richtete sie sich auf. Sie war ganz bleich.

„Du", sagte sie — du zu mir — „fahren wir nicht besser —"

Ich nannte dem Chauffeur sofort die Adresse meines Hotels, und wir fuhren dorthin.

Mein Freund fand sich in strahlender Laune zum Frühstück ein. Er ergriff sofort meine Hände und sagte lachend:

„Mein Lieber, soll ich Ihnen erzählen, warum ich wußte, daß Sie es bereuen würden, Fräulein Gertrud nach Hause gebracht zu haben?"

„Aber —" fiel ich ein.

Doch er fuhr triumphierend fort: „Fräulein Gertrud ist nämlich meine Cousine. Ich habe ihr gestern abend auf ihre inständigen Bitten bloß einmal den Gefallen getan, ihr das monbäne Nachtleben zu zeigen, die Demimondedamen usw. Die anständigen jungen Mädchen sind ja ganz verrückt danach, zu sehen, wie es da zugeht. Nun werden Sie verstehen, warum es mir so ungeheuren Spaß machte, als Sie ganz naiv auf den Leim gingen, ohne zu ahnen, wen Sie vor sich hatten und wen Sie nach Hause begleiteten. Hahaha!"

Er wollte sich ausschütten vor Lachen und fragte mich zum Schluß mit glucksendem Gelächter: „Na, wer von uns beiden bezahlt nun das Frühstück? Sie sind arg entäuscht worden, nicht wahr?"

„Ich bezahle das Frühstück!" sagte ich, „und ich bezahle es mit dem allergrößten Vergnügen!" und rief den Kellner. ...

(Welt am Montag.)

23] **In schlimmen Händen.** [Nachdrucksverb

Roman von Erich Schlaikjer.

Der Markt war glücklicherweise menschenleer. Im selben Augenblick aber kam drüben aus dem Zigarrenladen Stine Andresen und wollte zu dem Gasthofe hinüber. Dagmar fuhr jäh in die Höhe und schlug beide Fensterflügel zu, daß es nur so über den Markt hinweg klirrte. Dann setzte sie sich schnell auf den Stuhl und nahm die Zeitung in die Hand. Stine Andresen war etwas erstaunt; der sonderbare Empfang schien ja ihr zu gelten. Nun, sie wollte ja nicht Fräulein Dagmar, sondern Lorenz besuchen, und so ließ sie sich in ihrer stillen Art von der Sache nicht anfechten.

Als sie eintrat, blickte Dagmar kurz von der Zeitung auf, und ehe sie noch ein Wort hatte sagen können, warf sie ihr in verletzendem Ton die Bemerkung zu: „Herr Asmussen ist nicht zu Hause."

„Ich habe ja noch gar nicht nach ihm gefragt," sagte Stine. Dagmar las unbekümmert die Zeitung, sie zuckte nur mit den Achseln.

„Ist es hier im Hause nicht Sitte, daß man grüßt? Die Sitte kann erst neuerdings abhanden gekommen sein."

Dagmar las und ließ sie stehen. Ihre Lippen vibrierten ein wenig.

„Ich verlange von Ihnen nicht allzu viel, mein Fräulein. Das ist bei Ihrer Herkunft ja nicht angebracht. Gewöhnliche Höflichkeit aber, die man überall erhält, möchte ich doch nicht missen."

Dagmar sprang jäh empor, ging aus dem Zimmer heraus und warf hinter sich die Tür krachend ins Schloß.

Stine blieb allein. Um ihre Lippen zuckte ein bitteres Etwas, aber nur matt und wie aus der Ferne. Sie verließ schweigend das Zimmer; ein Gefühl tiefer Verlassenheit ging herb durch ihre Seele; es war ihr, als schlösse sich nun eine Tür, die ihr sonst offen gestanden hatte und als habe sie obendrein einen Tritt erhalten.

Asmussen kam am Spätmachmittag nach Hause; um die Zeit, wo in der Gaststube das Leben der Dämmerung bald beginnen mußte. Es war keine Menschenseele im Zimmer.

„Wo ist Fräulein Dagmar?" fragte er in die Küche hinaus.

„Sie ist schon gegangen."

„In diesem Augenblick?"

„Nein, schon vor langer Zeit."

Sonderbar! Es war ihr doch nichts zugestoßen? Asmussen ging etwas unruhig die Treppe hinauf. Er klopfte an ihre Kammertür, erhielt aber keine Antwort. Dann öffnete er schließlich selbst; die Kammer war leer. Auf dem Tisch lagen ihre Handschuhe, über einem Stuhl hing das Pelzjackett. Die Fenster standen offen.

Ja, was ist denn das? Sollte sie etwa in seinem Zimmer sein? Sie brachte dort mitunter kleine Bequemlichkeiten an. Aber auch sein eigenes Zimmer war leer. Er sah in alle Fremdenzimmer hinein, aber alle Zimmer waren leer. Die Unruhe machte ihn unwirsch.

„Ja, was ist denn das?" rief er laut die Treppe hinunter. Das Mädchen kam aus der Küche heraus

„Ist sie nicht in ihrer Kammer?"

„Nein!"

Das Mädchen war ratlos.

„Wissen Sie bestimmt, daß sie hinaufgegangen ist?"

„Aber ganz bestimmt."

Ja, wo könnte sie nur denn stecken? „Fräulein Dagmar!" rief er laut, aber es kam keine Antwort. War sie im oberen Stock? War sie dort in einem der Fremdenzimmer beschäftigt? Er hatte ihr so oft gesagt, daß sie diese Arbeit den Mägden überlassen sollte. Aber es konnte ja nicht anders sein. Er ging dort oben durch ein, zwei, drei, vier Zimmer, aber alle waren leer. Er rief zweimal „Fräulein Dagmar!", aber es kam keine Antwort. Es war nur ein kleines Stübchen noch, das schräg unter dem Dach lag. Hier mußte sie nun sein, wenn sie nicht verschwunden war. Er klopfte an die Tür, aber es kam keine Antwort. Dann öffnete er und blieb sofort behutsam stehen. Sie lag angezogen auf dem Bett und schlief. In dem eiskalten Stübchen, wo man sich im Schlaf den Tod holen konnte. Sie lag auf dem Bauch und hatte das Gesicht in die Kissen vergraben. Er ging näher. „Fräulein Dagmar!", sagte er leise. Aber sie schlief ruhig weiter. Er berührte vorsichtig ihren Rücken, und nun fuhr sie erschreckt empor und sah ihn mit verstörten Augen an. Sie begann hastig ihre Kleider zu ordnen, die ihr beim Liegen hinaufgeglitten waren; ihre Strümpfe waren sichtbar gewesen.

„Aber, mein Gott, was ist denn das? Sie können sich ja auf den Tod erkälten."

„Meine Beine sind wie Eis." Sie lächelte umflort.

„Das ist kein Wunder. Was sind das aber auch für Sachen?"

„Ich war so müde," sagte sie mit einem Anflug von Schwermut.

„Aber Sie haben doch Ihr eigenes Zimmer."

„Ich wollte gar nicht schlafen." Ihre Finger spielten verlegen mit dem Kissen.

Nun erst sah Asmussen, daß das Kissen naß war.

„Ist etwas gewesen?" fragte er ernst und eindringlich.

Dagmar nickte, aber sah ihn nicht an. Ihre Finger spielten mechanisch mit dem Kissen.

„Haben Sie geweint?"

Sie nickte.

„Ist das alles, was Sie mir zu sagen haben?"

Dagmar schüttelte den Kopf.

„Dann sagen Sie es doch!"

Sie sah ihn mit ihren Augen voll an. „Es fällt mir so unendlich schwer."

Asmussen wartete schweigend.

Sie hob wieder die Augen und sah ihn tief und ernsthaft an. „Ich muß von Ihnen gehen."

„Wa — wa — was? Was sagen Sie da?"

„Es ist besser für Sie und für mich." Sie spielte wieder mechanisch mit dem Kissen.

„Hat man Ihnen etwas getan?"

Sie nickte bitter.

„Was ist's gewesen?" Die Frage klang bestimmt.

„Es ist nicht ganz mit Unrecht geschehen, Herr Asmussen. Man hat mir meine Herkunft vorgeworfen. Man hat gesagt, daß hier im Hause alles schlechter geworden sei, seitdem ich die Wirtschaft führe. Es gibt Leute, die mich hier forthaben wollen. Sie sollen sich nicht darüber grämen. Ich gehe nach Kiel zurück, wo mich niemand kennt."

Asmussen stand hoch aufgerichtet, als hätte etwas mit einem Schlage seine Muskeln gespannt. Unter den buschigen Augenbrauen flammte der Zorn.

„Wer ist hier so gemein gewesen?"

„Ich sage es nicht."

„Sie müssen es mir sagen!"

„Niemals!" Dagmar schüttelte entschlossen den Kopf.

„Ich will es aber wissen!"

„Ich sage es nicht."

„Sie haben die Pflicht, es mir zu sagen. Ich will wissen, wer in meinem Hause Unrecht tut."

„Sie erfahren es nie."

Asmussen ging an das kleine Fensterchen und sah in stummem Schmerz in den Hof hinab.

„Seien Sie doch nicht so traurig, lieber Herr Asmussen. Wenn ich weg bin, können diese Menschen mir nichts mehr tun. Sie sind gegen mich so gut gewesen."

Asmussen wandte sich um.

„Bitte, nennen Sie mir die Person."

Sie schüttelte den Kopf.

„Wenn ich Sie aber nun darum bitte!" Er stand vor ihr und streckte ihr beide Hände entgegen.

„Wollen Sie mir versprechen, daß Sie nie etwas davon verraten?" Sie blickte zu ihm auf.

„Ich verspreche es nicht gern, wenn es aber sein muß —."

„Daß Sie die Person nie etwas davon fühlen lassen? Es muß unser Geheimnis bleiben."

„Ich verspreche es."

„Es ist Stine Andresen gewesen."

Asmussen schüttelte in wortlosem Entsetzen den Kopf und ging ans Fenster zurück. Nun, konnte Stine nicht vertragen, daß Dagmar die Wirtschaft führte. Und mußte so häßlich sein!

„Erzählen Sie mir, wie es gekommen ist." Er war ruhig geworden, seitdem er etwas Bestimmtes vor sich hatte.

„Sie dürfen aber Ihr Versprechen nie vergessen, auch wenn ich fort bin, nicht."

„Erzählen Sie nur."

„Ich hatte die Fenster aufgemacht, um frische Luft hereinzulassen. Ich selber stand am Fenster. Auf der anderen Seite kam der „große Klaus" die Straße herunter. Er lachte unverschämt zu mir herüber. Ich weiß, daß er ein schlechter Mensch ist und daß Sie ihm die Wirtschaft verboten haben. Ich wollte mir das nicht von ihm gefallen lassen und schlug ihm beide Fenster vor der Nase zu. Da kam Frau Andresen über den Markt und machte gleich so ein böses Gesicht, wie sie mich sah. Ich nahm die Zeitung, weil ich lieber gar nicht mit ihr reden wollte. Als sie hereinkam, hatte ich Angst, daß sie mir etwas tun wollte, weil sie ein so böses Gesicht gemacht hatte. Ich sagte darum gleich, daß Sie nicht zu Hause seien; ich weiß ja doch, daß sie mit Ihnen reden will, und ich dachte, dann geht sie vielleicht gleich wieder fort. Da fing sie an, daß ich erst hätte grüßen müssen und daß ich von schlechter Herkunft sei. Das konnte ich nicht aushalten und lief hinaus. Ich lief hierher, weil ich nicht wollte, daß das Mädchen mich finden sollte. Ich bin dann zuletzt wahrscheinlich vom Weinen müde geworden und eingeschlafen. Das kann ich selber nicht mehr sagen."

Asmussen hatte aufmerksam zugehört und dann und wann durch ein Nicken beigestimmt.

„Und wegen dieser Kleinigkeit wollen Sie das Haus verlassen?"

„Es ist für mich keine Kleinigkeit." Dagmar schlug die Augen nieder.

„Sehen Sie denn nicht, was Sie mir damit antun?"

„Ihnen?" In ihren Zügen malte sich ein fast unerschrockenes Staunen.

„Die Gäste haben Sie alle gern. Wenn Sie nun mitten in der Zeit weglaufen, bringen Sie mich in eine unangenehme Lage. Ich hätte Sie vor Kränkung doch schützen müssen. Die Sache ist um so schlimmer, als ich ja den Grund Ihres Fortgehens nicht verraten darf. Was wird man von mir denken?"

„Daran habe ich nicht gedacht. Ich wollte Sie gerade von Sorgen befreien." Es kam leise und etwas beschämt.

„Wenn Sie das wollen, bleiben Sie, oder gehen Sie zum mindesten erst, wenn Ihre Zeit um ist."

Ihre Finger spielten mechanisch mit dem Kissen. Sie war offenbar unschlüssig geworden.

„Hier ist meine Hand! Schlagen Sie ein und vergessen Sie."

„Aber Sie dürfen Ihr Versprechen nicht vergessen."

„Stine wird von mir keine Silbe zu hören bekommen."

„Auch nicht, wenn ich einmal fort sein werde."

„Auch dann nicht."

„Dann ist es gut."

Dagmar faßte die Hand, die er noch immer hinhielt. Es war, wie an jenem ersten Morgen, als er ihr die Hand zum Willkommen gereicht hatte. Sie war ja auch bereits fort gewesen und kam nun wieder zurück. Und wie damals ließ Dagmar ihm die Hand sehr lange. Asmussen wußte so wenig etwas zu sagen, wie sie selber. Er faßte ihre Hand so treu und warm und hielt sie fest. Es lag ein Schwur darin, das niemand auch nur ein Haar auf ihrem Haupte kränken dürfe. Dagmar fühlte, daß sie fortan in diesem Hause wie ein Heiligtum verehrt werden würde. Ihre Augen blickten tief und dankbar.

Als sie herunterkamen, waren die ersten Gäste bereits da. Dagmar wurde stürmisch begrüßt und nahm fröhlich ihre Arbeit auf.

(Fortsetzung folgt.)

Unterrichtswesen im alten Aegypten.

Von Prof. Dr. Freiherrn v. Bissing.*)

Ueber die Erziehung der Kinder in der ältesten Zeit wissen wir wenig. Soweit wir aus der Weisheitsliteratur und den biographischen Inschriften schließen können, hat es eigentliche Schulen im alten Reiche nicht gegeben. Der natürliche Erzieher ist der Vater, der weise Lehren gibt, wohl auch mit dem Stocke nachhilft, und neben den allgemeinen Anstandsregeln auch die Leibesübung, wie etwa das Schwimmen, nicht vernachlässigt. Mit jungen Jahren tritt der Knabe, der zu einer höheren Laufbahn bestimmt ist, in die betreffende Verwaltung ein, wird etwa wie ein Page der Hofverwaltung zugeteilt und mit den Königskindern zusammen von irgendeinem der Großwürdenträger erzogen. Diese private Ausbildung, dies Aufwachsen zusammen mit den Königskindern unter der Aufsicht einer stets männlichen „Amme" oder „Erzieherin" hat bis in die Spätzeit bestanden, aber je größer die Verhältnisse wurden, um so weniger konnte sie genügen. Die ägyptische Schrift, deren Kenntnis mehr und mehr für jeden höheren Beamten unentbehrlich wurde, war so kompliziert, daß man von früh auf mit ihrer Erlernung beginnen mußte. So kam der

*) Entnommen dessen soeben erschienenen Kulturbildern aus dem alten Pharaonenreiche Die Kultur des alten Aegypten (92 Seiten Text und 22 Tafeln mit 66 Abbildungen). In Originalleinenband 1.25 Mk. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig. Text und Tafeln sind von hervorragendem Interesse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131028-14/fragment/page=0009

Unterricht allmählich an den Schreiberstand, dessen wachsende Bedeutung wir ja seit dem Ende des alten Reichs verfolgen können. Neben den schriftkundigen Priestern entwickelt sich ein Laienstand der Schriftgelehrten, der königlichen Schreiber und Notare, die auch das Rechnungswesen unter sich haben, und am Hof des Königs selbst scheinen die ältesten Schreiberschulen gewesen zu sein. Schon im mittleren Reich sind eine ganze Anzahl Schulbücher verfaßt worden, wie der mathematische Papyrus und wohl auch die Sammlungen von Weisheitssprüchen, aber einen genaueren Einblick in den Schulbetrieb erhalten wir doch erst im neuen Reiche.

Da ist aus der Laienschule die Tempelschule geworden, mehr und mehr hat die Geistlichkeit den Jugendunterricht wie den Unterricht, den wir mit der Hochschule vergleichen können, in ihre Hand genommen. Man kann nicht anders sagen, als daß er gut organisiert gewesen ist; man besaß Musterbücher der verschiedensten Art für die ersten Schreibübungen wie für die Erlernung des schönen Brief- und Kurialstiles; Verzeichnisse alles dessen, was auf Erden existiert, boten in freilich sehr trockener Aufzählung dem Schüler eine Art Enzyklopädie des gesamten Wissens, Listen von Schriftzeichen mit ihren Lesungen, Uebersichten der geographischen Einteilung des Landes, seiner Hauptstädte, Kanäle und Teiche, seiner Tempel und Götter konnte der Lehrer dem Schüler in die Hand geben. Und man verspricht sich von dem Unterricht Erfolge, „die ewig gleich den Bergen währen". Mit dem fünften Jahre scheint der Knabe schulpflichtig geworden zu sein — um die Erziehung der Mädchen kümmerte sich der Staat nicht, und natürlich gelten alle diese Vorschriften nur für den, der die Beamtenlaufbahn oder priesterliche Karriere einschlägt, in den meisten Fällen also den höheren Ständen angehörte. Ein Internat scheint im allgemeinen die Priesterschule nicht gewesen zu sein, denn mittags verlassen die Buben jauchzend die Schule, und die drei Brote und zwei Krüge Bier, die die Mutter dem Schüler nach einem Texte täglich bringt, sind wohl schwerlich die ganze Kost gewesen. Frühmorgens soll sich der Schüler erheben, Kleider und Sandalen anlegen und in die Schule gehen: hätte er keinen Schulweg zu machen, so brauchte er auch keine Sandalen, denn im Hause geht man barfuß. Immer wieder wird der Schüler ermahnt, sein Herz hinter die Wissenschaft zu setzen, sie wie seine Mutter zu lieben und unablässig stark und tätig in der Arbeit zu sein. Nur wer die Wissenschaft beherrscht und ein gelehrter Schreiber ist, leitet die Menschen; das Schreibzeug und die Buchrollen bringen Annehmlichkeit und Reichtum. Aber trotz all der schönen Versprechungen und Verlockungen scheinen die ägyptischen Schüler nicht immer besonders fleißig gewesen zu sein. Ermahnungen allein halfen oft nicht, denn „des Jungen Ohren sitzen auf seinem Rücken, und er hört, wenn man ihn prügelt". Wirkte auch solche Strafe nichts, dann griff man zu kräftigeren Mitteln. Ein Musterbrief des neuen Reichs, der ein beliebtes Schulbuch war, läßt einen früheren Schüler dankbar seinem ehemaligen Lehrer bekennen, „du hast auf meinen Leib gesehen, seit ich einer von deinen Zöglingen war, ich brachte meine Zeit in den Spangen zu, bis sie meine Glieder gebändigt hatten, drei Monate saßen sie an mir, und ich war im Tempel gefesselt". ?

Auch in fortgeschrittenen Jahren noch, wir dürfen wohl sagen auf der Universität, in Heliopolis etwa oder Theben, kam es vor, daß die Studenten auf Abwege gerieten. Ein in der Schule viel gelesenes Buch sagt darüber, „man sagt mir, du verläßt die Bücher, du gibst dich dem Vergnügen hin, du gehst von Straße zu Straße; der Biergeruch allabendlich, der Biergeruch scheucht die Menschen von dir, er richtet deine Seele zugrunde. Du bist wie ein gebrochenes Ruder, das nach keiner Seite hin gehorcht, du bist ein Tempelchen ohne seinen Gott, wie ein Haus ohne Brot, man trifft dich, wie du auf die Mauer steigst und das Brett zerschlägst, die Leute fliehen vor dir, weil du ihnen Wunden schlägst. O dächtest du doch daran, daß der Wein ein Greuel ist, und schwörtest du doch dem berauschenden Trank ab."

Kleines Feuilleton.

Die erste Luftpost.

Der 15. Oktober 1913 wird einmal in der an denkwürdigen Daten schon so reichen Geschichte der Luftschiffahrt eine Rolle spielen. Wie uns unser Pariser Korrespondent mitteilt, wurde an diesem Tage die erste offizielle Luftpost per Aeroplan, und zwar für die Strecke Paris—Bordeaux, eröffnet. Es handelt sich, wohlgemerkt, diesmal nicht um die Aufstellung eines neuen Rekords, sondern die Etablierung einer Rapidpost-Verbindung, die nach diesem ersten gelungenen Versuch beibehalten werden wird, und der weitere „Luftposten" auf anderen Routen folgen sollen. Die Aufgabe bestand im obigen Falle darin, die Korrespondenz, die in Paris zwischen 6 Uhr abends und 7 Uhr des folgenden Morgens auf die Post gegeben wird, noch am selben Tage bis nachmittags 3 Uhr auf das in Pauillac (bei Bordeaux) abfahrende Schiff zu bringen. Bislang konnte diese Korrespondenz, die gegen 100 Kilo Briefe beträgt, nicht so zeitig befördert werden, daß sie den um die genannte Stunde nach den Antillen auslaufenden Dampfer erreichte — Ergebnis: etwa vierzehn Tage Verspätung für diese nach Tausenden Briefen zählenden Kurier, da die Ueberseeroute nach den Antillen nur alle zwei Wochen durch ein Schiff bedient wird. Die Lösung eines solchen Verkehrsproblems erschien demnach gewinnend. Der Militärluftschiffer Leutnant Roman unterzog sich am 15. Oktober als erster der gestellten Aufgabe. In Gegenwart des Handelsministers Massé hob er in Villacoublay (bei Paris) um 7 Uhr morgens mit einer Postsendung im Gewicht von 6½ Kilo (genau 522 Briefe) ab und landete trotz widrigen Südwestwindes und eines unterwegs erfolgten Maschinendefekts pünktlich um 2 Uhr 15 Minuten in Saint-Julien-Beychevelle (bei Pauillac), wo die Korrespondenz auf den vor Anker liegenden Dampfer Pérou transportiert wurde.

Der Luftschiffer, der als einer der hervorragendsten französischen Militäraviatiker gilt, bediente sich bei der Ausführung des interessanten Versuches eines Morane-Saulnier-Eindeckers, dessen Gnome-Motor 60 Pferdekräfte aufwies. Letzterer Maschinentyp hat bekanntlich auch die aufsehenerregenden Weltrekorde der Höhe (6000 Meter, Perreyon) und Schnelligkeit (200 Kilometer in 59 Minuten 45 Sekunden, Prévost) davongetragen. — Für die nächste Rapidpostverbindung zur Bedienung des überseeischen Schiffsverkehrs in der Strecke Paris—Nizza vorgesehen. Voraussichtlich wird der Aviatiker Gilbert, der sich wiederholt durch „Fernflüge ohne Zwischenlandung" ausgezeichnet hat, diese Route (und zwar mit einer reglementsmäßigen Postsendung von 100 kg Briefen) eröffnen. . . . Denn der erste offiziell ernannte „Luftbriefträger" darf doch nicht ohne Kollegen bleiben!

Die längste Brücke der Welt

wird binnen weniger Jahre Deutschland besitzen. Bisher war die Hoanghe-Brücke mit 3247 Meter Länge die längste auf der Erde; die neue Brücke zwischen Strahlsund und der Insel Rügen aber wird diesen Rekord noch um einige Meter schlagen. Die Untersuchungen des Baugrundes sind nunmehr abgeschlossen und haben die wirtschaftliche Möglichkeit des Baues ergeben. Die Gestaltung wird in der Weise erfolgen, daß zwischen dem Festlande und der kleinen, militärischen Zwecken dienenden Insel Dänholm 4 Pfeiler errichtet werden, während für die 2690 Meter lange Strecke bis zur Insel Rügen nur weniger als neunzehn Pfeiler gebaut werden sollen. Um die Schiffahrt in jener Gegend nicht zu beeinträchtigen, wird die Fahrbahn 32 Meter über dem Meeresspiegel liegen. Der Bau dieser Brücke ist für den Eisenbahnverkehr nach Schweden nicht hoch genug anzuschlagen; die Fahrzeit wird durch die Brücke erheblich verkürzt werden. Die Baukosten werden allerdings die enorme Summe von 17 bis 20 Millionen Mark erreichen.

Sozialdemokratie und Kirche.

Politik und Religion.

Ein Gespräch von Luise Zietz.

Frau Arndt: Ich komme schon heute zu Ihnen, Frau Berndt, um Sie etwas zu fragen. Wir haben ein Flugblatt bekommen, darin steht, daß die Sozialdemokratie dem Volke die Religion nehmen wolle; ist das wahr?

Frau Berndt: Nein, liebe Frau Arndt, diese Behauptung ist eine jener Verleumdungen, die immer und immer wiederholt werden, um vor der Sozialdemokratie gruselig zu machen und zu verhüten, daß die gläubigen Arbeiter zur Sozialdemokratie kommen. Die Sozialdemokratie verlangt im Gegenteil, daß die Religion zur Privatsache jedes einzelnen erklärt wird.

Frau Arndt: Es steht auch in dem Flugblatt, in der sozialdemokratischen Partei seien Juden und Religionslose; ist denn das richtig?

Frau Berndt: Das mag schon richtig sein. Wenn wir wollen, daß Religion Privatsache eines jeden sei, da muß das doch auch für alle gelten, für Katholiken so gut wie für Juden und Protestanten, kurzum für alle. Die Sozialdemokratie fragt keinen ihrer Anhänger nach dem Glaubensbekenntnis, fragt keinen, ob oder wie, oder wenn er zu seinem Gott beten will, denn sie ist keine religiöse Sekte, sondern eine politische Partei.

Frau Arndt: Ich habe auch zu meinem Manne gesagt, daß ich nicht glauben kann, daß die Sozialdemokratie jemandem die Religion rauben wolle, denn dazu hat sie gar keine Macht. Die Religion ist doch Herzens- und Ueberzeugungssache, die mir niemand rauben kann.

Frau Berndt: Ganz recht. Die Sozialdemokratie versucht das auch gar nicht. Sie fragt Männer und Frauen, die zu ihr kommen, nur, ob sie ehrlich und aufrichtig helfen wollen, daß für die Arbeiterklasse eine hellere Gegenwart und eine sonnigere Zukunft errungen wird. Wer die Frage mit Ja beantwortet, wer freudig gegen Elend, Knechtschaft und Ausbeutung kämpfen will, der ist herzlich willkommen.

Wer den Arbeitern und Arbeiterinnen etwas anderes sagt, wer die Religion in die politischen Versammlungen zerrt und sie hier zum Zankapfel macht, der erniedrigt sie, der schädigt auf das schwerste die Arbeiterklasse, weil er sie uneins und damit machtlos macht. Machtlos im wirtschaftlichen Kampf und der Gesetzgebung gegenüber. Denn die meinigen Arbeiter haben auch im Reichstag nicht genügend Macht, ihre Wünsche durchzusetzen. Wären dagegen alle Arbeiter einig und wählten Sozialdemokraten, so könnten viele indirekte Steuern abgewälzt, manches Recht für sie errungen werden. Solange sie aber uneinig sind und viele von ihnen noch Zentrum, nationalliberal, linksliberal oder konservativ-antisemitisch wählen, solange stärken sie die Macht derer, die ihnen immer neue Lasten auferlegen. Solange gehören sie zu jenen, von denen das Sprichwort sagt: „Das sind die dümmsten Kälber, die da wählen ihre Metzger selber."

Frau Arndt: Aber schließlich müßten doch auch diese Arbeiter einsehen, daß sie immer wieder von den bürgerlichen Parteien betrogen werden und man sie nur künstlich durch Verleumdungen von der Sozialdemokratie fernhält. Sie müßten doch erkennen, was die Sozialdemokratie für die Arbeiter tut und was die bürgerlichen Parteien, vor allem Nationalliberale und Konservative, gegen sie sündigen.

Frau Berndt: Die Zahl der Arbeiter, der kleinen Geschäftsleute, kleinen Bauern und der Beamten, die das einsehen, nimmt ja auch von Jahr zu Jahr zu, das beweist die Stimmenzahl, die für die Sozialdemokratie abgegeben und die von Wahl zu Wahl größer wird. Der Einwand, die Religion gerate in Gefahr, wenn ein gläubiger Katholik oder Protestant einen Sozialdemokraten wählt, zieht auch nicht überall mehr. So z. B. in Bayern, wo vor Jahren Zentrum und Sozialdemokraten ein Wohlabkommen getroffen hatten, wo in bestimmten Kreisen das Zentrum seine Anhänger aufforderte, den Sozialdemokraten zu wählen, um dem Liberalen das Mandat zu entreißen, da kann man den Wählern nicht mehr weismachen, daß ihr Seelenheil Schaden leidet, wenn sie jetzt wieder so verfahren. Wenn es doch versucht wird, die Katholiken vor den Sozialdemokraten gruselig zu machen, antworten erstere oft genug: „Ei, was uns vor Jahren nichts schadete, das sollte heute gefährlich sein? Das glauben wir halt nicht."

Frau Arndt: Als uns gestern das Flugblatt gebracht ward und mein Mann das von der Religion las, da sagte er: Die Sozialdemokraten seien die besten Christen.

Frau Berndt: Mindestens handeln sie am besten nach dem christlichen Grundsatze: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!" Die Sozialdemokratie tritt überall für die Armen, für die Unterdrückten, für die Witwen und Waisen mit aller Kraft ein. Das Zentrum, die Konservativen und Nationalliberalen aber haben im Jahre 1902 dem Volke, und damit den armen Witwen und Waisen, das Brot und Fleisch verteuert, und bei der Schaffung einer Witwen- und Waisen-Versicherung sind sie dafür, daß nur die vollständig invaliden Witwen eine Rente bekommen sollen, alle anderen nicht. Aber diese „Rente" und jene für die Waisen werden niedriger sein als die Unterstützung, die die Armenverwaltung sonst den Witwen und Waisen gewährt. Dagegen treten die Sozialdemokraten dafür ein, daß alle Witwen eine Rente erhalten. Konservative und Zentrum (mit wenigen Ausnahmen) stimmten dafür, daß den armen Heizern täglich 10 Pf. Zulage abgezogen werden. Nur durch ihr energisches Auftreten hat die Sozialdemokratie diesen Raub verhindert.

Im preußischen Abgeordnetenhause haben die bürgerlichen Parteien die „Zivilliste" des Königs, d. h. die Summe, die der König von Preußen jährlich zum Lebensunterhalt bekommt, um 3½ Millionen erhöht, obgleich sie auch ohne diese Erhöhung nahezu 16 Millionen betrug, und im Reichstag wollten Zentrum und Konservative den Heizern von den paar Pfennigen, die sie bekommen, noch 10 Pf. täglich abziehen. Christus dagegen sagte bekanntlich: „Was ihr dem Geringsten Gutes tut, das tut ihr mir."

Zentrum und Konservative stimmten 1909 für die 500 Millionen Mark neuer indirekter Steuern in der „Finanzreform". Sie verteuerten damit der armen Witwe die Tasse Kaffee, das Streichholz, womit sie ihre Lampe anzündet, sie verschuldeten, daß viele arme Krüppel in der Tabakindustrie arbeitslos wurden, desgleichen in der Zündholzindustrie, und vieles andere mehr. Zeugt das von christlicher Nächstenliebe? In der Bibel steht doch nicht, daß man den armen Witwen das Brot nehmen soll, um sich die Taschen zu füllen, da steht vielmehr: „Wer zwei Röcke hat, gebe dem einen, der keinen hat."

Frau Arndt: Als gestern das Flugblatt bei uns abgegeben war und mehrere Nachbarn zu uns kamen, darüber zu sprechen, da holte mein Mann auch die Bibel und las uns vor, daß Christus eines Tages in den Tempel kam, und als er die Tische der Zöllner und Wucherer gewahrte und sah, wie diese ihr schmutzig Handwerk trieben, da ergrimmte er in seinem Zorn, er stieß die Tische um und trieb die Zöllner und Wucherer zum Tempel hinaus mit den Worten: „Hinaus mit euch, ihr Otternzücht! mein Haus soll ein Bethaus sein, ihr aber habt eine Mördergrube daraus gemacht." Und mein Mann sagte dann, wenn heute der Christus wiederkäme, dann würde er dasselbe zu den Konservativen und Nationalliberalen sagen und sie zum Reichstag hinaustreiben.

Frau Berndt: Da hat Ihr Mann vollkommen recht. Da aber heute kein Christus kommt, diese Arbeit zu vollbringen, so müssen wir sie selber machen. Durch die Verleumdungen der Brot- und Fleischwucherer dürfen wir uns davon nicht abhalten lassen.

Die Kirche und die Sozialdemokratie.

Professor Martin Rade in Marburg, der Herausgeber der christlichen Welt, veröffentlicht in seinem Blatte eine Artikelserie über das Thema: Unsere Pflicht zur Politik. Die Artikelserie soll demnächst auch als Broschüre erscheinen. In der letzten Nummer der christlichen Welt behandelt ein Abschnitt dieser Artikelserie die Stellung der Kirche zur Sozialdemokratie. Professor Rade schreibt:

„Prüfen wir unser Verhältnis zur Sozialdemokratie. Sofern sie sich bei uns als Partei einseitigen Klassenkampfes verfestigt hat, so können wir ihr nur Feind sein. Aber es ist nicht unter allen Umständen wider das Interesse des Volks- und Staatsganzen, wenn ein einzelner Bestand, eine Klasse sich führt und zu eigenen Gunsten eine Aenderung im öffentlichen Wesen beansprucht. Historisch betrachtet, kann kein Zweifel sein, daß die Epoche der Entwicklung der Industriearbeiterschaft seit Mitte des vorigen Jahrhunderts ein Ereignis war, das sich in innerer Notwendigkeit vollzog und im Interesse des Ganzen lag. . . . . Nun ist oft beschrieben und beklagt worden, wie der deutsche Liberalismus, der in erster Linie dazu (zur Lösung der Arbeiterfrage) berufen war, in den Tagen der Marx und Lassalle den Moment verpaßt hat. Gleiche Kurzsichtigkeit hat die Kirche bewiesen. Es ist nur zu Anläufen gekommen. . . . Die kritische Stunde war für uns insbesondere damals, als die Frage unsere Gemüter bewegte: Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? Damit hätte der Bann vor Zweifel und Verzicht, der schon in dieser Frage lag, durch den tapferen Eintritt Weniger oder Vieler von uns in die Sozialdemokratische Partei gebrochen werden müssen. Statt dessen belegten wir unter dem Druck der im Staate herrschenden Ansichten die Sozialdemokratie mit dem religiös moralischen Boykott; will sagen: wir schnitten ihr durch die Verzweiflung an ihrem ethischen Vermögen die christlich-idealistische Zufuhr ab. Welcher Wahnsinn, eine Millionenpartei, einen so großen lebendigen Ausschnitt unseres Volkes moralisch und politisch aufzugeben!"

Professor Rade glaubt, daß diese Versäumnis eines halben Jahrhunderts, die hier der Sozialdemokratie gegenüber vorliegt, nicht wieder gutzumachen sei. Die Sozialdemokratie sei neuerdings immer spröder geworden in der Aufnahme akademischer Personen. Im übrigen habe er die Haltung der Kirche gegenüber der Sozialdemokratie nur als Beispiel dafür anführen wollen, was der politische Idealismus, wenn er lebendig und stark und schlagfertig genug gewesen wäre, gegenüber dem halbhundertjährigen Aufkommen der Sozialdemokratie des Rechts wegen hätte leisten müssen. Aber die große Stunde habe an den Männern der Kirche ein kleines Geschlecht gefunden.

Professor Rade hat recht, wenn er mit seinen Ausführungen sagen will, daß die Vertreter der christlichen Kirche die Sozialdemokratie und ihr Streben noch nicht begriffen haben; hätte hinzufügen können: und nicht begreifen wollen. Denn die meisten Vertreter der Kirche fühlen sich verpflichtet, das Interessen der herrschenden Gesellschaft und des kapitalistischen Staates zu vertreten und Partei gegen die auftretenden Arbeiter zu nehmen. Scheint es doch, daß selbst Professor Rade die sozialdemokratische Bewegung noch nicht richtig erfaßt habe, wenn er glaubt, daß der Eintritt einiger hundert christlicher Männer die Bewegung aus ihren bisherigen Bahnen hätte drängen können. Den Idealismus des Herrn Professors in Ehren! Die sozialdemokratische Bewegung aber kann er damit ebensowenig zu einer christlich-ethischen machen, wie er mit seinem Idealismus Kapitalismus und Unternehmertum zum Verzicht auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse bewegen kann.

Unverehelichte Mütter am Pranger der Kirche.

Die Kirche hat den sehr lebhaften Wunsch, daß möglich viele Kinder die Taufe empfangen. Sie verschmäht auch die unehelich geborenen Kinder nicht, die den Frommen als „Kinder der Sünde" gelten. Ja, gerade um die Unehelichen reißen die Agenten der Kirche sich ganz besonders. Sie lassen keine Mühe verdrießen, die Mütter solcher Kinder von der „Notwendigkeit" der Taufe zu überzeugen. Missionare suchen unverehelichte Mütter in ihren Wohnungen auf, um die Seelen der Kinder zu „retten". Ist die Entbindung in einer Anstalt ausgeführt worden, so beginnt schon da die Bearbeitung der Mutter.

Wie vergilt man nun den unverehelichten Müttern die Nachgiebigkeit und Willigkeit, mit der sie auf die Wünsche der Kirche eingehen? Die allermeisten dieser Mädchen haben sicherlich keine Ahnung davon, daß sie mit ihren außerehelichen „Mutterglück", nachdem sie ihre Kinder haben taufen lassen, der Oeffentlichkeit preisgegeben werden. Ein in Berlin erscheinendes Wochenblättchen, das sich Evangelisch-Kirchlicher Anzeiger nennt, veröffentlicht allwöchentlich eine Liste der in den einzelnen Kirchengemeinden vollzogenen Taufen. Mitgeteilt werden da die Namen der Eltern, der Kinder getauft worden sind. Bei ehelichen Kindern gibt die Liste die Namen der Väter und ihre Berufe an, bei unehelichen nennt sie die Mütter und macht den Zusatz „unverehelicht". Daraus kann dann jeder ersehen, daß die in den betreffenden Kirchengemeinden wohnenden Unverehelichten Müller, Schulze usw. Mütter geworden sind. Ist der Name ein oft vorkommender, so kann die unverehelichte Mutter trotz öffentlicher Nennung unerkannt bleiben. Hat sie aber einen seltenen Namen, dann läßt sich besonders in kleinen Gemeinden ohne allzu viel Mühe herausfinden, wer die mit einem unehelichen Kinde „Glück" ist. Bei manchen dieser unverehelichten Mütter, die ihre Kinder taufen lassen und dann in die zu veröffentlichende Liste kommen, wird dem etwa von Neugier geplagten Leser die Mühe des Nachspürens sogar gänzlich erspart. Während nämlich für die zu den betreffenden Kirchengemeinden gehörenden Eltern der Täuflinge eine Angabe der Wohnung in der Liste für nicht nötig gehalten wird und unterbleibt, wird für die in fremden Kirchengemeinden wohnenden Eltern auch die Wohnung hinzugefügt. Das geschieht — es ist kaum glaublich, aber tatsächlich wahr! — auch bei den Unverehelichten, wenn sie in fremden Kirchengemeinden ihre Kinder taufen lassen. Da weiß man dann sofort ganz genau, wer die unverehelichte Mutter ist. So manche Unverehelichte glaubt, in Berlin heimlich entbinden zu können, und baut darauf, daß von hier aus keine Meldung an die Heimatbehörde gesandt wird. Aber sie läßt sich überreden, daß es „Pflicht" sei, ihr heimlich geborenes Kind taufen zu lassen. Sie ahnt nicht, daß dann ihr Name samt Angabe des in der Provinz liegenden Dorfchens, aus dem sie sich für ein paar Wochen nach Berlin geflüchtet hatte, groß und breit in dem frommen Wochenblättchen veröffentlicht wird.

Muß nicht diese öffentliche Bekanntgabe wie ein Pranger wirken, an den die unverehelichten Mütter gestellt werden? Gerade in dem Leserkreise, den das der Kirche dienende Blättchen hat, wird den Unverehelichten ihr Mutterglück als „Schande" angerechnet. Von den unverehelichten Müttern, die in die Taufliste ihrer Kinder willigen, weiß vielleicht kaum eine, daß jene Liste veröffentlicht wird und in ihr die Unverehelichten gekennzeichnet werden. Welchen Sinn und Zweck mag dieser frommen Brauch haben?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219131028-14/fragment/page=0010